



62. Sitzung

Mittwoch, 12. Juni 2013

Vorsitzende: Präsidentin Carola Veit, Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel und Vizepräsidentin Kersten Artus

Inhalt:

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung, Ergänzung und Änderung der **Tagesordnung** 4735

Michael Neumann, Senator 4751
Christiane Schneider DIE LINKE 4752
Christa Goetsch GRÜNE 4753
Robert Bläsing FDP 4754

Aktuelle Stunde 4735

Fraktion DIE LINKE:

Zivilgesellschaft unterstützt Flüchtlinge aus Libyen – Zeit für eine Lösung!

Christiane Schneider DIE LINKE 4735, 4741
Ksenija Bekeris SPD 4736
Kai Voet van Vormizeele CDU 4737, 4743
Antje Möller GRÜNE 4738, 4746
Martina Kaesbach FDP 4739, 4744
Michael Neumann, Senator 4740
Kazim Abaci SPD 4742, 4747
Heike Sudmann DIE LINKE 4742
Katharina Fegebank GRÜNE 4743
Norbert Hackbusch DIE LINKE 4745
Dora Heyenn DIE LINKE 4746

SPD-Fraktion:

Flut in Deutschland: Hamburg ist solidarisch und hilft seinen Nachbarn

Dr. Andreas Dressel SPD 4747, 4754
Dietrich Wersich CDU 4748, 4755
Jens Kerstan GRÜNE 4749
Katja Suding FDP 4750

CDU-Fraktion:

Rot-grüne Steuerpläne – Gift für Mittelstand und Arbeitsplätze

(Fortführung am 13.6.2013)

GRÜNE Fraktion:

Klagekonzern Vattenfall – ein schlechter Partner für Hamburg

(Fortführung am 13.6.2013)

FDP-Fraktion:

SPD-Überregulierung vertreibt Bauinvestoren: Senat verfehlt Wohnungsbauziele

(Fortführung am 13.6.2013)

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Sofortpaket zum Ausbau der Ganztagsbetreuung im Rahmen von GBS

– Drs 20/7994 – 4755

Mehmet Yildiz DIE LINKE	4755	Roland Heintze CDU	4766
Hildegard Jürgens SPD	4756	Anja Hajduk GRÜNE	4768, 4774
Karin Prien CDU	4757, 4763	Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4770
Dr. Stefanie von Berg GRÜNE	4758	Norbert Hackbusch DIE LINKE	4772
Finn-Ole Ritter FDP	4759	Dr. Peter Tschentscher, Senator	4774
Ties Rabe, Senator	4760		
Dora Heyenn DIE LINKE	4762		
		Beschlüsse	4775
Beschlüsse	4763	Antrag der CDU-Fraktion:	
Gemeinsamer Bericht des Haushaltsausschusses und des Ausschusses Öffentliche Unternehmen über die Drucksache 20/7297:		Wirksam Staus auf Hamburger Autobahnen bekämpfen – Anwohner vor Verkehrschaos schützen	
HSH Nordbank: Wiedererhöhung der Ländergarantie (Senatsantrag)		– Drs 20/8199 –	4776
– Drs 20/8147 –	4764	dazu	
dazu		Antrag der FDP-Fraktion:	
Antrag der Fraktion DIE LINKE:		Wirksam Staus auf Hamburger Autobahnen bekämpfen – Anwohner vor Verkehrschaos schützen	
HSH Nordbank – Beauftragung eines unabhängigen Gutachters für das Geschäftsmodell der HSH Nordbank und gegebenenfalls Beantragung des Reorganisationsverfahrens nach § 7 Absatz 1 Restrukturierungsgesetz		– Drs 20/8356 –	4776
– Drs 20/8354 –	4764	Klaus-Peter Hesse CDU	4776
und		Martina Koeppen SPD	4777
Antrag der FDP-Fraktion:		Dr. Till Steffen GRÜNE	4778
Geordneter Ausstieg aus der HSH Nordbank AG		Dr. Wieland Schinnenburg FDP	4779
– Drs 20/8357 –	4764	Heike Sudmann DIE LINKE	4780
und		Beschlüsse	4780
Antrag der CDU-Fraktion:		Antrag der SPD-Fraktion:	
Expertise der HSH Nordbank für Norddeutschland erhalten – Risiken des Steuerzahlers minimieren – Nachträgliche Garantieprämie prüfen		Netzneutralität im Internet und Diskriminierungsfreiheit gewährleisten	
– Drs 20/8364 –	4764	– Drs 20/8203 –	4781
sowie		dazu	
Antrag der GRÜNEN Fraktion:		Antrag der Fraktion DIE LINKE:	
"HSH Nordbank – Wiedererhöhung der Ländergarantie"		Netzneutralität gesetzlich fest-schreiben	
– Drs 20/8366 –	4764	– Drs 20/8355 –	4781
Jan Quast SPD	4764	Hansjörg Schmidt SPD	4781
		Katharina Wolff CDU	4782
		Farid Müller GRÜNE	4783
		Finn-Ole Ritter FDP	4784
		Kersten Artus DIE LINKE	4786
		Frank Horch, Senator	4787
		Beschlüsse	4788

Antrag der SPD-Fraktion:		Dr. Anjes Tjarks GRÜNE	4803
		Dora Heyenn DIE LINKE	4803
EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel umsetzen			
– Drs 20/8202 –	4788	Beschluss	4804
Gabi Dobusch SPD	4788		
André Trepoll CDU	4789		
Antje Möller GRÜNE	4790		
Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP	4791		
Cansu Özdemir DIE LINKE	4791		
Beschlüsse	4792		
Antrag der CDU-Fraktion:			
Benachteiligung behinderter Menschen bei der Berechnung der Kita-Gebühren und der Gebühren für die Randzeiten- und Ferienbetreuung an den Ganztagschulen stoppen			
– Drs 20/8001 –	4792		
Christoph de Vries CDU	4793, 4796		
Matthias Czech SPD	4794		
Christiane Blömeke GRÜNE	4794		
Finn-Ole Ritter FDP	4796		
Mehmet Yildiz DIE LINKE	4796		
Beschluss	4797		
Antrag der GRÜNEN Fraktion:			
Einführung einer Hamburger Pflegekammer prüfen			
– Drs 20/8215 –	4797		
Heidrun Schmitt GRÜNE	4797, 4801		
Karin Timmermann SPD	4798		
Dr. Friederike Föcking CDU	4799		
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	4799		
Kersten Artus DIE LINKE	4800		
Beschluss	4801		
Antrag der FDP-Fraktion:			
Einsatz von Port Feeder Barges im Hamburger Hafen			
– Drs 20/8209 –	4801		
Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP	4802		
Jan Balcke SPD	4802		
Hjalmar Stemmann CDU	4802		

Beginn: 15.01 Uhr

Präsidentin Carola Veit: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. Die Sitzung ist eröffnet.

Bevor wir in die heutige Tagesordnung einsteigen, möchte ich zunächst noch Glückwünsche aussprechen. Diese richten sich an unsere Kollegin Frau Kaesbach, die heute Geburtstag hat. Liebe Frau Kaesbach, im Namen des ganzen Hauses herzlichen Glückwunsch und alles Gute zum Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Bevor wir gleich zur Aktuellen Stunde kommen, möchte ich Ihnen mitteilen, dass abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats die Fraktionen übereingekommen sind, die Tagesordnung um zwei weitere Punkte zu ergänzen. Das ist zum einen die Unterrichtung der Präsidentin, Drucksache 20/8301, und der Bericht des Haushaltsausschusses, Drucksache 20/8363. Sie werden als Tagesordnungspunkte 16a beziehungsweise 41a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Außerdem haben die Fraktionen Einvernehmen darüber erzielt, den Bericht des Eingabenausschusses aus Drucksache 20/8133 zu vertagen.

Dann kommen wir zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der Fraktion DIE LINKE

Zivilgesellschaft unterstützt Flüchtlinge aus Libyen – Zeit für eine Lösung!

von der SPD-Fraktion

Flut in Deutschland: Hamburg ist solidarisch und hilft seinen Nachbarn

von der CDU-Fraktion

Rot-grüne Steuerpläne – Gift für Mittelstand und Arbeitsplätze

von der GRÜNEN Fraktion

Klagekonzern Vattenfall – ein schlechter Partner für Hamburg

und von der FDP-Fraktion

SPD-Überregulierung vertreibt Bauinvestoren: Senat verfehlt Wohnungsbauziele

Ich rufe zunächst das erste Thema auf. Frau Schneider, Sie haben das Wort.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Seit der letzten Ak-

tuellen Stunde vor 14 Tagen, in der wir über die katastrophale Situation der Flüchtlinge aus Libyen gesprochen und gestritten haben, hat sich etwas Grundlegendes getan. Es hat sich etwas getan, das uns alle herausfordert. Die Zivilgesellschaft hat das Drama nicht länger mit angesehen. Wo der Senat untätig blieb, hat sie gehandelt. Die Nordkirche hat für viele Flüchtlinge, die wochenlang auf der Straße lebten, eine Unterkunft bereitgestellt. Die Kirche St. Pauli hat sie aufgenommen. Auch in Moscheen kamen Flüchtlinge unter. Schulklassen besuchen die Flüchtlinge, sammeln Obst und Lebensmittel in den Geschäften, die gerne spenden. Menschen bringen Kleidung, backen Kuchen, kochen, tragen sich in Listen ein. Der FC St. Pauli schickt einen Lastwagen voll Kleidung und Getränken. Ärztinnen und Ärzte kümmern sich ehrenamtlich um die medizinische Versorgung. Ich könnte die Reihe noch lange fortsetzen. Das mache ich hier nicht, aber ich fasse zusammen: Die Welle der Unterstützung für die Flüchtlinge ist überwältigend.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Solidarität kommt aus den unterschiedlichsten Kreisen und aus einem breiten Spektrum der Hamburger Bevölkerung. Diese – von den meisten von uns nicht erwartete – Solidarität, die uns doch alle freuen muss, hat etwas in Bewegung gesetzt. Sie hat die gesellschaftliche Diskussion über das weitere Schicksal der Flüchtlinge aus Libyen in Gang gesetzt. Mit einem kategorischen Nein, es gebe für diese Flüchtlinge in Hamburg keine Perspektive, wird diese Diskussion nicht zu beenden sein, aber vielleicht könnte die CDU ihre Diskussion beenden.

(Beifall bei der LINKEN)

Stellen wir uns also der Diskussion. Diese Aufforderung richten wir, die GRÜNEN und die LINKEN, mit unserer gemeinsamen und von vielen unterstützten Initiative für ein Abschiebemoratorium an die Bürgerschaft und vor allem an den Senat.

Es geht nicht darum, Frau Kaesbach, internationale Abkommen und nationales Recht auszusetzen, wie Sie in Ihrer Pressemitteilung schrieb. Es geht nicht um gewollte Rechtsbrüche, und es geht auch nicht um unsere in der Tat abweichenden Vorstellungen von einer an humanitären Grundsätzen ausgerichteten Flüchtlingspolitik. Es geht konkret vielmehr darum, den Raum zu öffnen für die Suche nach einer Lösung, die den Flüchtlingen und ihrem Anspruch auf die Wahrung der Menschenrechte gerecht wird und die nach der Rechtslage und nach der Rechtsprechung möglich ist.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Es gibt nämlich auch eine Reihe aktueller Urteile und Gerichtsbeschlüsse, die gegen eine Rückführung nach Italien sprechen, etwa von den Oberverwaltungsgerichten in Schleswig-Holstein oder Köln und von zahlreichen Verwaltungsgerichten. Beispielsweise sei hier das Stuttgarter angeführt, das im

(Christiane Schneider)

Februar urteilte, dass aufgrund der völlig überlasteten Aufnahmekapazitäten für Flüchtlinge und eines ungesicherten Zugangs zu allem Lebensnotwendigen die Rückführung nach Italien auszusetzen sei. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verpflichtete die Bundesrepublik Deutschland im Februar, vorläufige Maßnahmen gegen die Zurückschiebung nach Italien einzuleiten. Es wird also rechtsstaatlich ohnehin nicht möglich sein, die Flüchtlinge mir nichts, dir nichts nach Italien zurückzuschicken. Auch eine jetzt eingeleitete Rückführung würde mit Sicherheit eine längere Zeit beanspruchen.

Darum sagen wir: Nehmen wir uns die Zeit, nach einer Lösung zu suchen. Der Grund, warum diese Zeit benötigt wird, liegt in der spezifischen Notsituation dieser Gruppe von Flüchtlingen, die durch alle Raster fallen, die aus Italien weggeschickt wurden, nachdem man ihre Unterkünfte geschlossen hat, und die dort, wer will das bestreiten, gegenwärtig keinerlei Perspektive haben, die das Recht haben, sich im Schengen-Raum aufzuhalten, zugleich aber keinen Anspruch auf irgendetwas haben, sodass sie hier auf der Straße landen, die unveräußerliche Menschenrechte haben, ohne dass irgendeine staatliche Gewalt es als ihre Sache ansieht, den Schutz ihrer Menschenrechte zu gewährleisten. Von der staatlichen Gewährleistung hängt es aber ab, was Menschenrechte wert sind, ob sie eine Idee ohne Realität bleiben oder ob sie eine Realität sind.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Wir sind uns im Klaren darüber, dass Hamburg das Problem nicht alleine lösen kann. Nehmen wir uns also die Zeit, alle Möglichkeiten auf Hamburg-Ebene, auf Bundesebene und auf EU-Ebene zu prüfen, wie den Flüchtlingen eine Perspektive eröffnet werden kann. Die Flüchtlinge haben Anspruch darauf, individuell und unabhängig beraten zu werden, um über ihre weitere Zukunft selbst mitentscheiden zu können. Sie haben Anspruch darauf, dies in Ruhe und ohne ständige Angst vor Polizeikontrollen zu tun.

Darum geht es, wir fordern nichts Unmögliches. Kein rechtliches Gebot hindert den Senat, einem solchen Moratorium zuzustimmen. Stellen wir uns der gesellschaftlichen Diskussion über die Perspektive der Flüchtlinge. Viele Menschen warten auf eine Antwort.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Bekeris.

Ksenija Bekeris SPD:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte zwei Dinge ganz grundsätzlich trennen, und das sind erstens Solidarität und humanitäre Hilfe und

zweitens rechtliche und gesetzliche Rahmenbedingungen und eine Aufenthaltsperspektive. Die Betonung liegt hier auf Perspektive, die auch ehrlich benannt werden muss. Die Lebenssituation der afrikanischen Flüchtlinge bewegt viele Hamburgerinnen und Hamburger, und wir erleben eine Welle der Solidarität. Dabei ist das Engagement der Kirche ehrenwert, aber zu diesem Engagement gehört auch Ehrlichkeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Humanitäre Hilfe ist selbstverständlich, da sind sich SPD-Fraktion und Senat auch absolut einig. Die Stadt ist auch nach wie vor offen für eine gemeinsame Lösung mit Kirche und Diakonie. Die Unterbringung in Langenhorn ist immer noch möglich. Auch die Tagesaufenthaltsstätten und die ärztliche Versorgung stehen noch offen, und auch das ist humanitäre Hilfe. Alle anderen Einlassungen sind hier nicht zulässig.

(Beifall bei der SPD – *Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Was ist nicht zulässig?)

Auf der anderen Seite steht nun aber die rechtliche Situation, und die meisten afrikanischen Flüchtlinge haben in Deutschland aufgrund der aktuellen Rechtslage keine Aussicht auf einen dauerhaften Aufenthalt und eine Arbeitserlaubnis. Es kann nur eine Einzelfallprüfung geben, und diese ist vom Senat auch in jedem Fall und immer zugesagt worden.

(Beifall bei der SPD)

Dass wir diese Einzelfallprüfung zusagen, das kann gerne um eine unabhängige Beratung auch von kirchlicher Seite aus ergänzt werden.

Ich möchte aber auf einen anderen Aspekt kommen: Die afrikanischen Flüchtlinge zwingen uns, uns mit der europäischen Flüchtlingspolitik auseinanderzusetzen. Dublin II haben wir hier schon oft gehört, und alle europäischen Staaten müssen hier auch stärker eingebunden werden. Aber diese Forderung entlässt Italien nicht aus der aktuellen Verantwortung für eine menschenwürdige Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge. Hier muss die Bundesregierung ihren Einfluss weiterhin geltend machen, was auch an einigen Stellen schon passiert ist.

(Beifall bei der SPD)

Ein Moratorium von sechs Monaten wird für diese Klärung und Diskussion aber nicht reichen,

(*Christiane Schneider DIE LINKE:* Mindestens!)

deshalb ist Hamburg auch der falsche Adressat. Es kann keine Hamburger Alleinlösung geben, ohne dass sich die anderen Bundesländer und auch die Bundesregierung mit diesem Thema auseinan-

(Ksenija Bekeris)

dersetzen, denn wir haben alle eine Verantwortung für Europa und auch für eine Sozialunion.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GRÜNE*: Haben Sie jetzt eigentlich zugehört?)

Der gestern vorgestellte Appell für ein Moratorium wirbt in erster Linie für mehr Zeit. In sechs Monaten wird sich die Perspektive für das, was sich die Menschen vor allem wünschen – eine Aufenthaltserlaubnis und ein Aufenthaltsrecht –, aber nicht ändern lassen. Ihnen etwas anderes in Aussicht zu stellen, ist Augenwischerei, und das ist nicht ehrlich.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich möchte noch einen weiteren Punkt aufgreifen, und zwar denjenigen, mehr Verantwortung für Flüchtlinge zu übernehmen. Das ist eine Forderung, die innenpolitisch nur durchzusetzen ist, wenn sie Unterstützung in der Bevölkerung erfährt. Deshalb freue ich mich über die Unterstützung für die afrikanischen Flüchtlinge, denn sie zeigt, dass unsere Stadt offen ist für Menschen und auch für Menschen, die in Not sind.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD – *Tim Golke DIE LINKE*: Aber nicht der Senat!)

Sie hat aber auch Grenzen, wenn wir uns die Klagen gegen öffentliche Unterbringung außerhalb von St. Pauli ansehen. Diese Offenheit aus St. Pauli wünsche ich mir auch, wenn es um die Unterbringung der anderen Flüchtlinge geht, die wir in Hamburg in steigendem Maße haben. Für die sogenannte öffentliche Unterbringung sucht die Stadt händeringend nach Grundstücken und Gebäuden, und wir stoßen dabei teilweise auf große Widerstände in der Bevölkerung. Auch wenn einige diesen Zusammenhang nicht sehen oder nicht benannt wissen wollen, möchte ich doch noch einmal an die Unterstützung und die Solidarität der ganzen Stadt appellieren, öffentliche Unterbringung in allen Stadtteilen zu realisieren. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Herr Voet van Vormizeele.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Debatten werden nicht besser, wenn man sie alle zwei Wochen wiederholt, das können wir gerade wieder feststellen. Ich hatte den Eindruck, dass wir uns vor zwei Wochen in der Tat energisch gestritten haben. Die Frage stellt sich, was sich in diesen zwei Wochen verändert hat. Es gab ein Angebot des Senats an die Flüchtlinge und die Diakonie. Dieses Angebot wurde von der Diakonie ausgeschlagen. Das gehört zu den Dingen, die ich, offen gesagt, nicht verstehen kann. Wer Hilfe, auch hu-

manitäre Hilfe von der Stadt und der Gemeinschaft beansprucht, der hat nicht das Recht auf Anonymität. Das ist so und deshalb finde ich es unglaublich, wenn man ein solches Angebot ausschlägt und damit letztendlich auch dafür Sorge trägt, dass das Problem sich weiter verschärft und weiter bestehen bleibt. Das ist nicht akzeptabel.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich will gerne aufnehmen, was Frau Schneider zu der Beschreibung des großen Hilfsangebots gesagt hat. Auch ich habe Respekt vor all den Menschen, die dort Hilfe anbieten und in den letzten Tagen und Wochen Hilfe geleistet haben. Es ändert aber überhaupt nichts an der Ausgangslage. Was mich ärgert, habe ich in der letzten Debatte hier schon angedeutet und sage es jetzt noch einmal deutlich klarer: Ich finde es unglaublich, dass es offensichtlich Gruppen in dieser Stadt gibt, die die Lage dieser Flüchtlinge ausnutzen, um Politik zu machen, und dabei das Schicksal dieser Flüchtlinge bewusst außer Acht lassen und sie sozusagen als Manövriermasse ihrer eigenen politischen Forderung gebrauchen. Das geht so nicht, und das finde ich, gelinde gesagt, unanständig.

(Beifall bei der CDU)

Es geht Ihnen in vielen Teilen nicht mehr um das Schicksal dieser Menschen – dafür wollen wir alle gemeinsam Lösungen suchen –,

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Das ist ein bisschen billig!)

sondern es geht Ihnen darum, dass Sie Politik machen wollen.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Das ist echt unterirdisch!)

Sie wollen einen Bundestagswahlkampf mit dem Thema Flüchtlinge machen, das ist Ihr gutes Recht, aber es hat rein gar nichts zu tun mit den Krokodilstränen, die Sie hier um die Flüchtlinge weinen.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Das ist eine Unverschämtheit!)

– Da, lieber Kollege, gebe ich Ihnen recht. Was Sie in den letzten Wochen gemacht haben, war eine Unverschämtheit gegenüber jedem Flüchtling.

(Beifall bei der CDU)

Wir als Union bleiben dabei, dass wir in der Frage den Senat unterstützen. Wir erwarten, dass senatsseitig humanitäre Angebote gemacht werden. Wir erwarten aber auch, dass die Verhandlungspartner, sei es die Diakonie oder seien es Kirchengemeinden, diese Angebote annehmen und dass man da zusammenarbeitet. Wir sagen aber auch ganz deutlich, und das gehört zu dem hier häufig gebrauchten Wort Ehrlichkeit dazu, dass es keine Perspektive für diese Flüchtlinge in Hamburg ge-

(Kai Voet van Vormizeele)

ben wird. Wer etwas anderes behauptet, spielt mit dem Schicksal dieser Menschen, und das ist unehrlich.

(Beifall bei der CDU – *Heike Sudmann DIE LINKE*: Und was machen Sie?)

– Wir tun genau das nicht, weil wir klipp und klar sagen, was wir wollen und was passieren wird. Ihnen ist das, ehrlich gesagt, vollkommen egal.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Das ist eine Unverschämtheit, wie kritisieren Sie denn die Kirche!)

– Es ist schön, dass Sie sich aufregen, denn offensichtlich fühlen Sie sich getroffen.

(Beifall bei der CDU)

Wir bleiben dabei, dass wir vom Senat Angebote humanitärer Lösungen erwarten.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Sehr christlich!)

Aber wir erwarten auch, dass der Senat die bisherige Linie genauso konsequent fortsetzt. Dann wird er uns als größte Oppositionsfraktion an seiner Seite finden.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Frau Möller, Sie haben das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr van Vormizeele, an einer Stelle haben Sie recht: Es ist tatsächlich Politik, die hier gefragt ist, und über Politik reden wir hier. Wenn Sie die Diakonie benennen und ihr Verhalten kritisieren und wenn Sie ein bisschen sybillisch von Gruppen reden, die die Menschen instrumentalisieren, dann sollten Sie das an der Stelle tun, wo Sie auch die Menschen treffen, um mit den Gruppen, die Sie vielleicht auch genauer benennen können, direkt zu reden. Oder sprechen Sie mit der Diakonie, was sich tatsächlich hinter dem vorübergehenden Abbruch der Verhandlungen verbirgt. Aber hier und heute geht es um politisches Handeln, und da haben wir klare Forderungen an den Senat und die Regierungsfraktion und im Übrigen auch an die CDU.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Frau Bekeris hat viel zur Solidarität und Humanität gesagt, das habe ich bei Ihnen ein bisschen vermisst. Ich weiß aber, dass Sie sich als CDU im Prinzip durchaus auch dazu bekennen. Nur leider läuft das alles in Hamburg ein bisschen zögerlich an. Wenn die Gruppe nicht selbst an die Öffentlichkeit gegangen wäre, dann hätten wir heute noch keine politische Reaktion der SPD oder des Senats zu diesem Thema. Die Menschen sind über sechs Wochen obdachlos gewesen, und da hat niemand gesagt, man müsse sie aber jetzt registrieren,

dann bringe man sie unter und dann schiebe man sie ab. Dieser Dreiklang ist erst entstanden, nachdem Öffentlichkeit hergestellt worden ist. Und man darf schlicht und einfach nicht verkennen, dass die Zivilgesellschaft, um sie einmal so zu nennen, ganz genau zu trennen weiß zwischen dem, was bei der öffentlichen Unterbringung unter anderem von Flüchtlingen politisch notwendig ist, und dem, was an aktueller Nothilfe schnell und sofort stattfinden muss. Diesen Punkt vermischen Sie immer mit dem großen Thema der Unterbringung von Flüchtlingen insgesamt, und das halte ich einfach für unläuter an dieser Stelle.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Frau Bekeris, Sie haben all die Punkte aufgezählt, die auch in unserem Moratorium stehen. Es muss Zeit sein, Sie haben sogar die Zeit für eine individuelle Überprüfung zugestanden. Und dazu gehört selbstverständlich, dass sich die Menschen mit ihren Daten, Namen und Papieren in die Beratung geben, das ist doch gar nicht die Frage.

(Zurufe von der SPD und der CDU – *Gerhard Lein SPD*: Die Nase wird immer spitzer! – *Olaf Ohlsen CDU*: Das ist ja ungeheuerlich!)

Ich möchte noch einmal daran erinnern, dass Sie viele Fundstellen in verschiedenen Medien finden, wo es einen Dreiklang gab. Es war bisher niemals die Rede davon – Frau Bekeris hat das heute hier zum ersten Mal gesagt –, dass es möglicherweise auch eine Beratung ohne den Duktus "Und dann erfolgt die Abschiebung" geben könnte. Bisher war das kein Thema, und die Diakonie hat aus meiner Sicht zu Recht gesagt, für diesen Dreiklang lasse sie sich nicht einspannen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Es ist auch mitnichten so, dass irgendjemand von den GRÜNEN oder der LINKEN Hamburg die Zuständigkeit zuschiebt. Wir alle wissen, was auch Frau Bekeris jetzt tatsächlich einmal öffentlich gesagt hat: Wir reden über europäisches Asylrecht, und wir reden darüber, dass das Asylrecht an dieser Stelle große Maschen hat und deswegen diese große Gruppe an Menschen hindurchgefallen ist. Das kommt nicht jeden Tag vor, das ist zum ersten Mal in Hamburg so aufgetreten, und deswegen braucht es gemeinsam mit dem Bund und den Bundesländern eine Entscheidung. Dafür brauchen wir Zeit, und auch dafür brauchen wir dieses Moratorium.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Um all diese Fragen zu klären, braucht es Zeit, und dafür muss man den Flüchtlingen auch vermitteln, dass sie so lange, bis die Fragen geklärt sind, hier in Hamburg untergebracht werden, denn sonst bewegen sich diese Gruppen nämlich weiter durch die Republik. Damit ist der hamburgischen Politik

(Antje Möller)

nicht geholfen, damit ist vor allem den Flüchtlingen nicht geholfen, und damit ist auch keine Lösung in Sicht, denn dieser schlichte Schluss, die Ausländerbehörde könnte einfach verfügen und entscheiden und dann wäre diese Gruppe von Menschen aus der Stadt heraus, funktioniert nicht. Es gibt in Italien keine Unterkunft für sie. Die Unterkünfte sind, nachdem sie zwei Jahre durch die EU finanziert worden sind, geschlossen worden. Es gab keine Anschlussfinanzierung, weil sie niemand einfordert. Das ist die Aufgabe unter anderem von Hamburg, vom Bund und von der EU, und dafür braucht es Zeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt das Wort Frau Kaesbach.

Martina Kaesbach FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Seit die Debatte um die Flüchtlinge aus Libyen in Hamburg begonnen hat, ist eines klar geworden: Dieser Senat vernachlässigt nicht nur seine Aufgabe gegenüber den Flüchtlingen und damit auch den Hamburger Bürgern, sondern er duckt sich jetzt sogar weg.

(Beifall bei *Katja Suding FDP – Kazim Abaci SPD*: Was ist die Alternative?)

Alles agiert – die Kirche, Vereine, Mitbürger, die Medien, die Politiker erklären sich, nur der Senat schweigt seit Tagen, als hätte er sich selbst einen Maulkorb verpasst.

(Beifall bei der FDP)

Man kann es auch Regierungsstarre nennen. Seitdem die Ghanaer, Nigerianer, Kongolesen und damit die Wanderarbeiter, die in Libyen eine sichere Existenz gesucht hatten und die auf Hamburgs Straßen für Wochen – wir haben es vor zwei Wochen gesagt, aber ich wiederhole es gern noch einmal – in Kälte und Regen ausharren mussten, sich durch den Verein "Karawane" und inzwischen durch die Gruppe "Lampedusa in Hamburg" eine hörbare Stimme gegeben haben, ist weiter klar geworden, dass der soziale Schein dieses Senats und der gern zelebrierte Ruf von Zuverlässigkeit um den Ersten Bürgermeister herum einen gewaltigen Riss bekommen hat.

(Beifall bei der FDP – *Kazim Abaci SPD*: Gerade die FDP sagt das! – *Dirk Kienscherf SPD*: Ach Gottchen!)

Auf einmal klappt es nicht mehr. Der Pragmatismus und die vorgeführte Seriosität des Bürgermeisters sind spätestens beim Flüchtlingsthema futsch. Pragmatismus, Seriosität und Verlässlichkeit müssten wieder das Handeln des Hamburger Senats bestimmen, so tönte Olaf Scholz auf einer Wahlkampfveranstaltung im Dezember 2010. Jetzt

wird offenkundig, dass der Senat die Lage nicht im Griff hat.

(Beifall bei der FDP)

Eines ist klar: Die Plätze der Wohnunterkünfte sind rar beziehungsweise im Moment nicht vorhanden. Frau Bekeris ging auf das Thema ein, die Zahlen sind bekannt, und die Problematik ist wirklich groß. Trotzdem dürfen diese Probleme, mit denen der Senat in puncto öffentliche Unterbringung zu kämpfen hat, ihm nicht als Alibi dafür dienen, einfach Hunderte von Menschen vom Winternotprogramm in ein menschenunwürdiges Dasein zu entlassen.

(Beifall bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Auch wenn diese Flüchtlinge mit einer Art Touristenvisum nach Hamburg eingereist sind, so war doch klar, dass sie nach der Entlassung aus dem Winternotprogramm kein Dach über dem Kopf hatten und damit hilflos der schlechten Witterung ausgesetzt waren, und das über Wochen. Wie kann der Senat solche Zustände in Hamburg zulassen? Eine Notunterkunft für diese Flüchtlinge, in der ihre Personalien hätten aufgenommen werden können, wäre zeitnah einzurichten gewesen. Das hat der Senat verbockt. Nun sind die Kirche sowie inzwischen zahlreiche Vereine, St. Paulianer und engagierte Hamburger eingesprungen. Diesen kann man nun wirklich keinen Vorwurf machen, im Gegenteil, humanitäre Hilfe ist grundsätzlich immer zu begrüßen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Allerdings ist das Agieren der Kirche schon zu hinterfragen. Die Signale sind höchst widersprüchlich. So hält sich die Bischöfin, nachdem sie zuerst vom Engagement der St.-Pauli-Kirche begeistert war, inzwischen auffällig zurück und erklärt sogar, die Flüchtlingsbeauftragte der Nordkirche, Fanny Dethloff, hätte bei der gestrigen Pressekonferenz mit den GRÜNEN und den LINKEN nicht als offizielle Beauftragte der Kirche, sondern im Rahmen ihrer pastoralen Freiheit gesprochen. Wie soll man das denn nun verstehen?

(Beifall bei der FDP)

Fakt ist, dass die afrikanischen Flüchtlinge nach EU-Recht nach Italien zurückkehren müssen. Frau Möller, Frau Fegebank und Frau Schneider, Sie gaukeln mit Ihrem Moratorium falsche Perspektiven vor. Ein Beschluss des EuGH zur Aussetzung der Rückführung wie für Griechenland gibt es für Italien nicht. Und der Aufruf von Ihnen, Herr Rose, ist so durchsichtig wie überflüssig. Da ist nun wirklich alles drin außer dem Thema der libyschen Flüchtlinge; dieses heiße Eisen wollten Sie nicht anfassen.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

(Martina Kaesbach)

Sie und Herr Abaci möchten offenkundig die Good Boys spielen, um die Bad Boys Senator Scheele und den Ersten Bürgermeister zu überspielen. Dies ist an Peinlichkeit nicht zu überbieten, das ist Wahlkampf pur.

(Beifall bei der FDP – *Ksenija Bekeris SPD*: Jetzt ist aber mal gut!)

Tatsache ist, dass Italien nach Auslaufen der EU-Fördermittel seine Flüchtlinge einfach weitergeleitet hat. Das ist aber nicht korrekt und sollte nicht noch durch das Agieren der Nachbarländer honoriert werden.

(Beifall bei *Robert Bläsing FDP*)

Die Genfer Konvention schreibt vor, dass jeder Staat die bei ihm auflaufenden Asylverfahren ordentlich zu Ende bringen muss. Wir halten es für richtig, wenn aus Hamburg ein eindringlicher Appell an Italien geht, seine humanitären Verpflichtungen vollumfänglich und nachhaltig zu erfüllen. Das Problem ist hier letztendlich ein EU-Problem. Die FDP setzt sich bereits seit Längerem für die Einführung eines europaweiten Verteilerschlüssels für Asylsuchende und anerkannte Flüchtlinge ein, ähnlich wie beim Königsteiner Schlüssel. Hier muss etwas passieren.

(Beifall bei der FDP – *Ekkehard Wysocki SPD*: Wer ist denn in der Bundesregierung? Sie doch!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort bekommt nun Senator Neumann.

Senator Michael Neumann:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach Artikel 21 des Schengener Durchführungsübereinkommens dürfen sich Drittstaatsangehörige, die Inhaber eines gültigen Reisedokuments und eines nationalen Aufenthaltstitels eines Schengen-Staates sind, im Schengen-Gebiet bis zu drei Monaten frei bewegen, sofern sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Dazu gehört, dass sie über ausreichende Mittel zur Bestreitung des Lebensunterhalts und für die Rückreise in den Herkunftsstaat verfügen. Liegen diese Voraussetzungen nicht oder nicht mehr vor, verlieren diese Drittstaatsangehörigen ihre schengenweite Reisefreiheit. Diese auf Gemeinschaftsebene in Europa geregelte Reisefreiheit im Schengen-Raum berechtigt nur zu touristischen Aufenthalten beziehungsweise zu Besuchsaufenthalten und nicht zur Ausübung von Erwerbstätigkeit. Dafür ist nach geltendem Recht grundsätzlich ein entsprechender deutscher Aufenthaltstitel erforderlich. Mit Eintritt der Mittellosgigkeit halten sich diese Menschen nicht mehr rechtmäßig hier auf. Dies führt zum unmittelbaren Eintritt der Ausreisepflicht, und diese Ausreisepflicht entsteht kraft Gesetzes ohne einen vorherigen hamburgischen Verwaltungsakt. Ein ausreise-

pflichtiger Ausländer ist verpflichtet, das Bundesgebiet zu verlassen. Kommen die betreffenden Drittstaatsangehörigen dieser Verpflichtung nicht nach, so wird die Abschiebung angedroht und, wenn nicht freiwillig, auch staatlich vollzogen. Damit ist die Rechtslage völlig eindeutig, auf europäischer wie auch auf deutscher Rechtsgrundlage.

Schon zum Ende des Winternotprogramms wurde den Betroffenen Beratung und Unterstützung bei der Rückkehr nach Italien beziehungsweise in ihre Herkunftsländer durch die Flüchtlingshilfe angeboten. Nach meinem Kenntnisstand hat nur ein Betroffener dieses Angebot angenommen. In Kooperation mit der BASFI wurde zuletzt Ende Mai ein weiteres vorübergehendes Unterbringungsangebot unterbreitet. Eine vorübergehende Unterbringung und Versorgung der Betroffenen mit staatlicher Beteiligung waren an die notwendige Voraussetzung geknüpft, dass diese ausländerbehördlich erfasst werden, damit der aufenthaltsrechtliche Status überprüft und die rechtlich gebotenen ausländerbehördlichen Maßnahmen eingeleitet werden können. Hierzu wurde den Betroffenen ein Sammeltermin bei der Ausländerbehörde angeboten, und meine Behörde wäre dann in die ausländerrechtliche Einzelfallprüfung eingetreten. Auch für den Fall einer Asylantragstellung müssen die Betroffenen zunächst mit einer asylverfahrensrechtlichen Verteilung innerhalb der Bundesrepublik und, sollte das zutreffen, was ich oben beschrieben habe, einer Rücküberstellung nach Italien nach der sogenannten Dublin-Verordnung rechnen. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat die Rechtmäßigkeit von Rücküberstellungen nach Italien bestätigt. Also führt auch dieser Weg zwangsläufig nach Italien.

Damit ist völlig klar, dass die Zukunft dieser Männer nicht in Hamburg liegt, sondern in Italien. Man kann es drehen wie man will, wir kommen aus diesen rechtlichen Notwendigkeiten nicht heraus, und ich halte es politisch auch für richtig.

(Beifall bei der SPD und der CDU)

Ich will zu den gestern erhobenen Forderungen kurz Stellung nehmen. Erstens wurde gefordert, ein Bleiberecht im Rahmen eines Hamburger Moratoriums für mindestens sechs Monate in Gestalt eines bis zu sechsmonatigen Abschiebestopps nach Paragraf 60 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes auszusprechen. Hierfür gibt es jedoch keinerlei tragfähige Gründe. Es gibt keine hinreichenden Anhaltspunkte, dass Italien seinen EU-rechtlichen Verpflichtungen gegenüber den Betroffenen nicht nachkommt, und somit gibt es auch keine Gründe, die einer Rücküberstellung nach Italien entgegenstehen.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Ach!)

Das kann man gern behaupten, aber es ist weder gerichtlich festgesetzt noch so entschieden wor-

(Senator Michael Neumann)

den, und es wäre gleichzusetzen mit einer Ächtung des Staates Italien. Hier sollte bei allem Respekt vor der Hamburgischen Bürgerschaft Vorsicht walten. Wir haben nicht das Recht, den Stab über unsere italienischen Freunde zu brechen.

(Beifall bei der SPD)

Die mit einer Rückkehr verbundenen Belastungen würden im Übrigen durch eine weitere Verfestigung des Aufenthalts in Hamburg um weitere sechs Monate nur erhöht werden. Es ist letztlich auch im Interesse der Betroffenen, ihnen keine falschen Hoffnungen zu machen, sondern möglichst schnell über ihre Aufenthaltsperspektiven Klarheit zu schaffen. Diese falschen Hoffnungen zu wecken, die nach sechs Monaten, pünktlich zum Weihnachtsfest,

(*Heike Sudmann DIE LINKE*: Dann lieber jetzt!)

enttäuscht werden müssen, kann niemand wollen. Deshalb warne ich davor, falsche Hoffnungen zu schüren. Es gibt keine Perspektive in Hamburg.

(Beifall bei der SPD, vereinzelt bei der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Zweitens sind die Forderungen, Beratungen auf Ebene der Innenministerkonferenz abzuhalten mit dem Ziel, gemeinsam für alle Bundesländer eine Lösung zu erarbeiten, erkennbar zum Scheitern verurteilt. Es gibt kein Bundesland, auch das grün/rot-regierte Baden-Württemberg nicht, das in irgendeiner Weise die Bereitschaft signalisiert, darüber zu sprechen. Daher gibt es niemanden, der auf der Innenministerkonferenz ernsthaft über dieses Thema diskutieren würde.

Drittens ist die Forderung umso illusorischer, auf europäischer Ebene Gleichbehandlungsrechte zu daueraufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen in Bezug auf den Arbeitsmarktzugang und die soziale Sicherung zu gewähren. Ich will daran erinnern, dass heute in diesem Augenblick im Europäischen Parlament die Neufassung der Asylaufnahmerichtlinie beschlossen wird, die gerade solche Gleichbehandlungsrechte zu Daueraufenthaltsberechtigten eben nicht vorsieht. Das bestätigt das Europäische Parlament gerade. Diese Forderung zu erheben, ist politisch legitim, realpolitisch aber nicht umsetzbar und erreichbar.

Viertens besteht in Hamburg die Möglichkeit einer unabhängigen und individuellen Verfahrensbereitung. Sie wurde speziell für diesen Personenkreis zum Auslaufen des Winternotprogramms bei der Flüchtlingshilfe angeboten, aber, wie von mir schon angesprochen, von einer Ausnahme abgesehen nicht angenommen. Die Angebote bestehen jedoch ausdrücklich weiterhin fort.

Zusammenfassend kann ich also feststellen, dass erstens die Rechtslage völlig eindeutig ist und

zweitens die Perspektive nur die Ausreise nach Italien sein kann. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort erhält Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren! Herr Voet van Vormizeele, Sie haben sich mit Ihrer Rede disqualifiziert,

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – Zurufe von der CDU: Oh!)

weil Sie nicht ein einziges Argument gebracht haben. Sie haben Verdächtigungen in den Raum gestellt, die für sich sprechen. Ich will Ihnen ein Argument nennen und appelliere an das "C" im Namen der CDU. Sie haben die Kirche heftig kritisiert und gesagt, dass Sie sie wegen der Registrierung nicht verstehen können. Ich sage Ihnen Folgendes – Zitat –:

"Sammelt Rat, haltet Gericht, mache deinen Schatten des Mittags wie die Nacht, verbirg die Verjagten und melde die Flüchtlinge nicht. – Jesaja 16.3"

Das zum "C" in Ihrem Namen. Nehmen Sie sich das zu Herzen.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – *Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Die sind nicht so bibelfest!)

Das Mindeste, was ich von Ihnen erwarten kann, sind humanitäre Grundsätze. Frau Dethloff hat es gestern deutlich gesagt und Frau Möller eben auch: Es geht überhaupt nicht darum, dass die Flüchtlinge nicht ihre Personalien mitteilen, sondern darum, ob sie eine unabhängige Beratung bekommen und ihr Schicksal darlegen können oder ob sie ihre Personalien abgeben müssen, um dann zurückgeführt zu werden.

(*Ksenija Bekeris SPD*: Das hat Herr Neumann doch gesagt!)

Eine unabhängige Beratung macht nur Sinn, wenn tatsächlich eine Beratung stattfindet, und nicht, wenn man ihnen mitteilt, wann der nächste Flieger nach Italien geht, in den sie gesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN – *Kazim Abaci SPD*: Woher wissen Sie das?)

Das Problem ist in der Debatte deutlich geworden, und die Differenz besteht nicht in der Auffassung über die Rechtslage – dazu haben wir uns geäußert –, sondern, Herr Neumann, Sie haben es gesagt, Sie wollen es nicht.

(Beifall bei *Tim Golke DIE LINKE*)

(Christiane Schneider)

Das haben Sie heute der Stadt gesagt. Wir haben gestern Abend eine Seite eingerichtet, auf der unterschrieben werden kann. Bevor ich eben aufgestanden bin, kam gerade die 502. Unterschrift. Das ist viel, das wird weitergehen. Und Sie werden der Stadt erörtern müssen, dass Sie nicht wollen. Sie haben das heute gut – oder schlecht – auf den Punkt gebracht. Sie machen es sich einfach, aber Sie werden so leicht nicht aus Ihrer Verantwortung genommen werden. Die Auseinandersetzung wird monatelang weitergehen und Ihnen schaden.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Herr Abaci hat nun das Wort.

Kazim Abaci SPD:* Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sehen und hören es täglich in den Medien: Menschen fliehen vor Krieg, Verfolgung und massiver Menschenrechtsverletzung. Weltweit sind über 40 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen, weil ihr Leben oder das ihrer Familien bedroht ist und sie oft keinen anderen Ausweg mehr wissen. Sie flüchten aus dem Krieg und aus Armutsregionen der Welt und hoffen auf Zuflucht in Ländern, in denen sie Schutz und ein menschenwürdiges Leben suchen.

"Jeder hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen"

heißt es in Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Rechtsstaat. Zu den Werten unserer Gesellschaft gehört auch ein humaner Umgang mit Flüchtlingen. Sie haben Anspruch auf eine existenzielle und soziale Grundversorgung, und dazu gehört auch eine menschenwürdige Unterkunft.

Hamburg verzeichnet in der letzten Zeit eine stetig steigende Zahl von Flüchtlingen, und es ist davon auszugehen, dass diese Entwicklung weitergeht. In der Stadt werden dringend Unterkünfte gesucht; darauf hat meine Kollegin Frau Bekeris hingewiesen. Es ist aber nicht nur eine Aufgabe der öffentlichen Institution, mit diesem Thema umzugehen, sondern hier sind wir alle gefragt. Daher habe ich mit meinem Kollegen Wolfgang Rose zusammen einen gemeinsamen Aufruf verfasst, der von vielen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Stadt, von Gewerkschaften, Kirchen, Politik und Medien unterschrieben wurde. Ich hätte mir gewünscht, dass auch vonseiten der CDU und der FDP Unterstützung gekommen wäre. Vielleicht kommt das noch, aber wir bedanken uns erst einmal.

(Beifall bei der SPD)

Dass unsere Stadt diese Herausforderung gemeinsam schaffen kann, haben wir gezeigt, als in den

Neunzigerjahren die Flüchtlingszahlen noch um ein Vielfaches höher lagen.

Meine Damen und Herren! Deutschland ist ein Rechtsstaat. Ein Senat hat sich an Gesetz und Recht zu orientieren. Die Rechtslage für die afrikanischen Flüchtlinge, die aus Italien nach Hamburg gekommen sind, ist eindeutig. Bei diesem Punkt gibt es keinen Dissens. Auch die heutige Debatte hat gezeigt, dass die Rechtslage klar ist. Eine Debatte über die europäische Flüchtlingspolitik und das nationale Asylrecht kann man führen, aber sie ist vor allem in Berlin und Brüssel zu führen.

(Heike Sudmann DIE LINKE: Sind Sie für oder gegen das Moratorium?)

Diese Diskussion hilft den Menschen hier und jetzt aber nicht wirklich weiter.

(Beifall bei der SPD)

Und wenn ein Senat auf die Rechtsstaatlichkeit hinweist ...

(Christiane Schneider DIE LINKE: Die Leute auf der Straße sitzen lässt!)

– Das ist nicht richtig, Frau Schneider. Diese Menschen waren im Winternotprogramm untergebracht. Sie konnten und können immer noch eine Beratung in Anspruch nehmen.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Da hat man ihnen die Nummer 112 genannt!)

Natürlich steht diesen Menschen auch der Rechtsweg offen. Wenn eine Einzelfallprüfung vorgenommen wird, dann kann das dazu führen, dass sie wieder nach Italien gehen müssen. Die Menschen dürfen den Rechtsweg bestreiten, das gehört zum Rechtsstaat, und das muss man betonen. Es ist aber auch klar, dass für die Einzelfallprüfung die Identität notwendig ist. Das gehört zu Gesetz und Recht, und das muss man klar kommunizieren.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Herr Abaci, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Sudmann?

Kazim Abaci SPD: Ja, bitte schön.

Zwischenfrage von Heike Sudmann DIE LINKE:* Vielen Dank. Ich habe aus keinem einzigen Beitrag verstanden, dass ein Moratorium ein Verstoß gegen die von Ihnen genannte Rechtsstaatlichkeit ist.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Natürlich!)

Deswegen die Frage: Sind Sie für ein Moratorium?

(Beifall bei der LINKEN)

Kazim Abaci SPD (fortfahrend): Es geht nicht darum, ob das ein Verstoß ist oder nicht,

(Kazim Abaci)

(Zuruf von *Christiane Blömeke GRÜNE*)

sondern darum, wie wir diesen Menschen konkret helfen können und welche Perspektiven man den Menschen aufzeigen kann. Ein Moratorium von sechs Monaten zeigt immer noch keine Perspektive. Zur ehrlichen Politik gehört auch, so zu kommunizieren.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kaesbach, ich habe immer noch nicht verstanden, was die Position der FDP ist.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Ich auch nicht!)

Ich weiß nicht, ob es eine konstruktive Oppositionspolitik ist, alle möglichen Seiten zu kritisieren, aber keine Alternative aufzuzeigen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Herr Voet van Vormizeele, bitte.

Kai Voet van Vormizeele CDU:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Schneider meinte, von meiner Fraktion einfordern zu müssen, wo der christliche Anteil sei. Frau Schneider, ich will Ihnen das deutlich erklären. Vielleicht fällt es Ihnen mit Ihrer etwas eingeschränkten Sicht auf die Religion schwer, das nachzuvollziehen ...

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Woher wissen Sie das denn, dass sie eine eingeschränkte Sicht hat?)

– Ich kann mich noch an einen Redebeitrag der Kollegin Schneider erinnern – viele andere werden sich auch daran erinnern können – zu Beginn der Amtsperiode, der uns deutlich gezeigt hat, wie schwierig der Blick von Frau Schneider auf Weltreligionen ist. Das gehört zu den wenigen Dingen, die wir in diesem Hause im Protokoll nachlesen können, verehrte Kollegin.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Ich will Ihrem bemerkenswerten Zitat gern noch etwas hinzufügen. Zum humanitären Handeln gehört, mit Menschen ehrlich umzugehen. Ehrlichkeit ist ein wesentlicher Faktor und findet sich übrigens im achten Gebot:

"Du sollst nicht falsch Zeugnis reden".

Sie versuchen, den Menschen bewusst einzureden, dass sie hier eine Perspektive haben. Aber nach der nüchternen und sachlichen Darstellung des Innensensors – das sage ich eher selten beim Innensensor –, wie die Rechtslage ist, kann man nicht hinausgehen und den Menschen erzählen: Kein Problem, ihr dürft gern hier bleiben, und es geht für euch weiter.

(*Norbert Hackbusch DIE LINKE*: Wer tut denn das?)

Das ist unehrlich und nicht humanitär.

(Beifall bei der CDU und der SPD – Zurufe von der LINKEN)

Wenn Sie sagen, dass das Moratorium die Lösung aller Probleme sei, dann sage ich Ihnen noch einmal ganz deutlich – auch das hat der Innensensor in seiner Auflistung der rechtlichen Tatbestände klar und deutlich dargestellt –: Diese Menschen, alle vermeintlichen 300, sind zum jetzigen Zeitpunkt ausreisepflichtig.

(*Antje Möller GRÜNE*: Das ist doch Quatsch!)

Das ist der Tatbestand. Bereits jetzt ist die rechtliche Lage so, dass diese Menschen das Land verlassen müssen. Es geht nur darum, wie wir die Ausreise mit humanitären Maßnahmen begleiten können. Das ist die klare, deutliche Ansage, und wer den Menschen etwas anderes suggeriert, der vergeht sich an diesen Flüchtlingen. Das wäre ein ehrliches Bekenntnis, aber das wollen Sie nicht, denn Sie wollen damit Politik machen, und zwar Politik, bei der es nicht um diese Menschen geht. Ich bin voll und ganz bei denjenigen, die eine klare, ehrliche und deutliche Lösung wollen, denn eine solche halte ich im Interesse der Flüchtlinge für die beste und humanitärste Lösung.

(Beifall bei der CDU und der SPD – *Mehmet Yildiz DIE LINKE*: Was tun Sie denn gerade? – *Jens Kerstan GRÜNE*: Das ist so was von böse, was Sie da sagen!)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat nun Frau Fegebank.

Katharina Fegebank GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr van Vormizeele, Sie haben Recht damit, dass das Moratorium nicht alle Probleme löst. Das war aber auch nicht die Absicht des Moratoriums. Und Herr Abaci, das Moratorium verstößt gegen kein geltendes Recht. Das muss man noch einmal deutlich machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – *Kazim Abaci SPD*: Habe ich auch nicht behauptet!)

Was wir mit dem Moratorium wollen, ist Zeit – das haben alle Vorrednerinnen deutlich gemacht –,

(*Juliane Timmermann SPD*: Mit welchem Ziel?)

und zwar um unabhängige Beratung zu gewährleisten.

Ich komme zur Rede des Innensensors, denn er hat die Geschichte der Menschen verschwiegen. Diese sind teilweise seit über drei Jahren unter-

(Katharina Fegebank)

wegs und werden durch Europa von einem Land ins nächste geschleucht. Jetzt sind sie hier. Das Problem ist von Ihnen teilweise benannt worden. Die hier lebenden Flüchtlinge aus Libyen, die aus unterschiedlichen afrikanischen Ländern gekommen sind, zeigen das hässliche Gesicht europäischer Asyl- und Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Frau Fegebank, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Bläsing?

Katharina Fegebank GRÜNE (fortfahrend): Nein, bitte jetzt nicht. Vielleicht später noch einmal oder nachher im Zweiergespräch.

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Herr van Vormizeele hat den Innensenator wegen seiner ruhigen und sachlichen Art gelobt. Dem würde ich gern entgegensetzen, dass es mir etwas zu ruhig und sachlich war.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Das können Sie ja nicht ab!)

Wir kennen das Gesetz, das Sie vorgelesen haben, und Sie haben uns teilweise, indem Sie die einzelnen Punkte des Moratoriums vorgestellt haben, durchaus recht gegeben, dass das ein Weg wäre, den man beschreiten könnte.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Was? Da haben Sie nicht zugehört!)

Aber, Herr Neumann, Sie haben gesagt, dass weder in Berlin noch in Brüssel etwas gemacht wird, und dass das für uns heißt, dass wir auch nichts machen. Das finde ich ein bisschen einfach.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Wenn die Stadt oder das Bundesland, das mit dem Problem umzugehen hat, mit dem Finger erst nach Berlin, dann nach Brüssel und schließlich nach Rom zeigt,

(*Philipp-Sebastian Kühn SPD*: Stuttgart, Frau Fegebank!)

dann ist das wie bei diesem Äffchen: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen – sich am besten wegducken und sich ordnungspolitisch hinter irgendwelchen Gesetzestexten verstecken.

(*Sören Schumacher SPD*: Das ist der Rechtsstaat!)

Das wird der Situation der Menschen, die hier sind, in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Das zeigt eine gewisse Hilflosigkeit, und ich finde Folgendes bemerkenswert: Als wir das letzte Mal

darüber diskutiert haben, ist Herr Senator Scheele nach vorn gegangen und hat gesagt, dass wir dieses Thema als ein sozialpolitisches begreifen. Heute steht Herr Neumann hier, versteckt sich hinter einem Gesetzestext, der uns bekannt ist, und belehrt uns über die rechtliche Situation, die uns ebenfalls bekannt ist.

(Zurufe von der SPD und der CDU)

Ich weiß nicht, warum Sie sich aufregen. Ich habe eingeleitet mit den Worten, dass das Moratorium gegen kein geltendes Recht verstößt,

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – *Dirk Kienscherf SPD*: Die sind ausreisepflichtig!)

dass es nicht alle Probleme löst und dass wir mit diesem Moratorium Zeit wollen.

Ein leichter Hoffnungsfunke keimte auf, als ich heute Frau Bekeris hörte. Bei ihren Worten dachte ich, dass die SPD vielleicht die Kurve kriegt. Es sind Begriffe gefallen wie Solidarität und humanitärer Umgang mit den Menschen, die hier sind. Ich erwarte von einer Regierung, dass sie sich dieser Situation stellt, in der wir uns befinden, und nicht sagt: Weil Berlin nicht tätig werden kann, die anderen Länder sich nicht bewegen und weil es in Brüssel kompliziert ist, machen wir auch nichts.

In voller Kenntnis der Gesetzeslage haben wir gesagt, dass wir ein Moratorium brauchen, um jedem einzelnen sich im Moment in Hamburg aufhaltenden Flüchtling aus Libyen oder einem anderen afrikanischen Land mit seiner jeweiligen Geschichte und seinem Status die Möglichkeit zu geben anzukommen, zur Ruhe zu kommen,

(*Dirk Kienscherf SPD*: Und dann abschieben!)

versorgt zu werden und dann im Einzelfall unabhängig angehört zu werden. Nichts anderes wollen wir mit diesem Moratorium, und das bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Das gehört dazu, wenn man von Hamburg als einer menschlichen Metropole spricht.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Ach, hören Sie doch auf!)

Sich hinter Verwaltungsdeutsch zu verstecken und Paragraphen vorzulesen, wird dieser Situation nicht gerecht; es tut mir wirklich leid, Herr Neumann.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Kaesbach das Wort.

Martina Kaesbach FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau

(Martina Kaesbach)

Fegebank, ich möchte Sie daran erinnern, dass wir in Deutschland einen Rechtsstaat haben

(Mehmet Yildiz DIE LINKE: Das hat auch keiner bestritten!)

und dass es zu billig ist zu sagen, dass man sich hinter Paragrafen versteckt. Diese Paragrafen sind maßgeblich.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der CDU)

Herr Abaci, Sie fragten nach der Position der FDP. Eigentlich habe ich diese schon mehrfach verdeutlicht. Wir haben gesagt, dass es nicht akzeptabel ist, dass der Senat die Flüchtlinge einfach auf den Straßen gelassen hat, zumal es noch sehr kalt war und die Witterung nicht gut war, aber auch bei guter Witterung ist es menschenunwürdig. Gleichzeitig sagen wir, dass die Flüchtlinge aus Libyen zurückreisen müssen. Das Dublin-II-Abkommen ist klar und wurde schon oft genannt. Uns und mich aber bewegt – ich habe auch eine Schriftliche Kleine Anfrage eingebracht –, wie der Senat jetzt mit der Situation umgeht.

(Jens Kerstan GRÜNE: Der schickt die Polizei!)

Darüber habe ich noch kein konkretes Wort gehört, Herr Senator Neumann.

(Beifall bei der FDP)

Ich weiß nicht, wie der Senat mit dieser – in Anführungsstrichen – verfahrenen Situation umgeht. Da sind Flüchtlinge, die in einer Kirche unterkommen. Die Visa sind wahrscheinlich teilweise ausgelaufen, und im Grunde genommen muss es jetzt diese Einzelfallüberprüfung geben. Ich bin gespannt, wie der Senat weiter vorgeht. Außerdem gibt es noch die etwa 200 Flüchtlinge, die weiter auf den Straßen leben. Ich würde mich freuen, wenn der Senat sagen würde, wie er weiter vorgehen will.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Herr Hackbusch hat das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das ist ein dickes Ei, dass Sie von der SPD uns in dieser Situation fragen, welche Lösung wir in dieser Fragestellung haben. Der Senator erzählt kein Wort davon, dass er sich darüber freut, dass es Menschen in dieser Stadt gibt, die die Flüchtlinge aufnehmen und ihnen – Herr Abaci, wie Sie es auch gefordert haben – eine ordentliche Unterkunft geben und sie nicht weiterhin auf der nassen Straße leben lassen.

(Gerhard Lein SPD: Ist eine Schule keine ordentliche Unterkunft?)

Zu der Frage, wie wir gegenwärtig damit umgehen können, sagt er kein Wort. Stattdessen nennt er Paragrafen, die das eindeutig lösen. Es gibt aber – und das haben wir ausgeführt – verschiedene Gerichtsurteile, die deutlich ausgedrückt haben, dass die Verhältnisse in den Flüchtlingslagern in Italien so schlecht sind, dass es nicht möglich ist, jemanden dorthin zurückzuschicken. Das gehört zu unserer juristischen Situation, und dazu müssen Sie auch etwas sagen.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Viele Menschen wissen, wie die Situation mit der Krise in Südeuropa ist, und haben sich damit auseinandergesetzt, was mit Griechenland war. Dorthin hätten wir nach einer gewissen Zeit eigentlich auch zurückschieben müssen und haben das aus humanitären Gründen aufgehoben. Wir müssen uns alle gemeinsam damit auseinandersetzen, dass Flüchtlingspolitik in Hamburg zum Teil nicht mehr funktioniert.

(Ksenija Bekeris SPD: Nein! Nicht in Hamburg!)

Dementsprechend gehört es dazu, ein Beispiel zu geben. Man kann nicht darauf hinweisen, dass das eine Aufgabe des Bundes oder Europas sei, sondern die Flüchtlinge sind hier, und es ist eine Aufgabe von uns Hamburgerinnen und Hamburgern, uns um sie zu kümmern.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Was bedeutet das, wie der Senat gesprochen hat, für die nächsten Tage? Davor habe ich am meisten Angst. Er hat nicht gesagt, dass die Flüchtlinge eine gewisse Zeit lang in Ruhe bleiben können. Wir fordern, zumindest für eine gewisse Zeit Ruhe dort hineinzugeben.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Was heißt denn eine gewisse Zeit?)

Das bedeutet, dass man drei Monate lang keine Angst haben muss, vor die Kirche zu gehen, von der Polizei überprüft und abgeschoben zu werden.

(Kazim Abaci SPD: Und dann? – Dr. Andreas Dressel SPD: Was ist dann nach drei Monaten?)

Diese Situation wollen wir gegenwärtig. Der Senator hat aber nichts anderes angekündigt, als dass er das anscheinend in den nächsten Tagen machen will.

(Beifall bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Ich möchte gern eine Äußerung dazu, ob das geschieht oder nicht.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Das möchte nicht nur ich als irgendeine Person hier, sondern das möchten viele Menschen in dieser Stadt, die sich in den letzten Tagen für Huma-

(Norbert Hackbusch)

nität eingesetzt und gezeigt haben, dass wir eine weltoffene Stadt sind. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Möller hat das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte auch auf den Innenminister eingehen, der die Komplexität des Gesetzes dargestellt hat, aber keinen einzigen politischen Satz und keinen Hinweis auf seine politische Position zu diesem Thema von sich gegeben hat.

(*Dr. Andreas Dressel SPD:* Politik steht nicht über dem Gesetz! – *Christiane Schneider DIE LINKE:* Er hat gesagt, er will nicht!)

– Nein, Politik steht nicht über dem Gesetz, aber man lernt auch sehr früh, dass Politik helfen kann, Gesetze umzusetzen. Ich denke, da sind wir uns einig, Herr Dressel. Auch Sie wissen, dass die europäische Asylregelung und Asylgesetzgebung weitaus komplexer ist als zum Beispiel das deutsche Asylrecht. Und wenn diese Menschen nach Italien abgeschoben werden, dann haben sie weiterhin ein Schengen-Visum und können einfach wiederkommen.

(*Kazim Abaci SPD:* Ja, dann können sie drei Monate bleiben!)

Es gibt keine Lösung, es bleibt diese Lücke in der europäischen Asylgesetzgebung, auf die man dringend hinweisen muss. Wir haben hier und heute eine Gruppe von rund 300 Menschen in der Stadt, die sich genau darin verfangen hat. Das ist das Hauptthema hier. Dass es einfach sein wird, einen Paragraphen im deutschen Ausländerrecht zu finden, der genau auf diese Gruppe passt, und sie deshalb hierbleiben können, hat niemand gesagt. Wir haben in Hamburg aber viele Beispiele dafür, weil Hamburg oft diesen Impuls gegeben hat. Zum Beispiel hat es als erstes Bundesland angefangen, Abschiebungen nach Afghanistan einzustellen und eine sogenannte Kinderregelung für Kinder aus verschiedenen afrikanischen Ländern, deren Eltern hier gelebt haben, eingeführt. Einer bestimmten Gruppe Schutz zu geben, ist das, was politisch – rechtlich sowieso – möglich und notwendig wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Sie sollten dieses Signal an den Bund geben und alles das, was Sie eben aufgezählt haben, deutlich machen: dass sich niemand dafür interessiert und das Thema anfassen will und dass alle denken, sie kommen aus Italien zwar wieder, aber erst einmal brauchen wir uns mit dem Thema nicht zu beschäftigen, wenn wir sie zurückschicken. So kann es doch nicht weitergehen.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Dann können die doch alle hierherkommen!)

Was ist das für ein Umgang mit Menschen, die sich in den Fallstricken der europäischen Asylregelungen verfangen?

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Es geht nicht um rechtliche Übertretungen, die wir wollen, oder um ein Signal, dass alle hierbleiben können, sondern um das deutliche Signal, dass das europäische Asylrecht an dieser Stelle eine große Lücke hat, und wir brauchen politische Ideen und Initiativen, um diese Lücke zu schließen. Dass das bedeuten kann, dass diese Menschen, die seit drei Jahren unterwegs sind und sich zulässig in Europa aufhalten, in Europa weiterhin ihren Aufenthalt behalten können, wäre eine gute Lösung, und das kann dabei herauskommen. Wir in Hamburg sind in der Verpflichtung, genau diesen Aufschlag zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Und dazu braucht es erst einmal nichts weiter als eine Zusage, dass die Unterkunft, die die Flüchtlinge jetzt haben – das hat auch etwas mit der Rechtslage zu tun –, nicht so etwas ist wie Kirchenasyl. Wir reden hier nämlich nicht über Menschen, die sich im Asylverfahren befinden oder einen negativen Asylbescheid bekommen haben, sondern wir reden über ein Dach über dem Kopf für Menschen, die sich legal hier aufhalten. Ich finde es höchst unverständlich, dass dieser Status dazu genutzt wird, der Polizei die Aufgabe zu übertragen, die Menschen zu überprüfen, sie dann möglicherweise der Ausländerbehörde zuzuführen, in Abschiebehaft zu nehmen und vielleicht auch abzuschicken. Dies ist eher eine soziale Aufgabe, vor allem aber eine politische. Ich finde dies völlig unangemessen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Frau Heyenn, Sie haben das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Diese Aktuelle Stunde hat eine sehr hohe Aufmerksamkeit in dieser Stadt. Wir haben gehört, dass ganz viele Menschen sehr viel tun, um den Flüchtlingen zumindest die Basis für ein einigermaßen würdevolles Dasein in Hamburg zu geben, indem sie ihnen etwas spenden, indem sie mit ihnen reden und indem die Kirche ihnen ein Dach über dem Kopf bietet. Ich finde, dass die Hamburgerinnen und Hamburger ein Recht darauf haben zu erfahren, was der Senat eigentlich vorhat.

(*Dirk Kienscherf SPD:* Das hat er doch gesagt! – *Vizepräsidentin Barbara Duden* übernimmt den Vorsitz.)

Und ich finde es noch viel wichtiger, dass der Bürgermeister ans Mikrofon geht und deutlich sagt,

(Dora Heyenn)

was die Flüchtlinge in den nächsten Tagen und Wochen zu erwarten haben und ob sie, wie Herr Hackbusch sagte, es wagen können, aus der Kirche herauszugehen, ohne sofort festgenommen und abgeschoben zu werden.

Ich appelliere an Sie, Herr Bürgermeister, den Hamburgerinnen und Hamburgern zu sagen, wie Sie als Senat mit diesen Menschen umgehen wollen.

(Beifall bei der LINKEN und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Abaci.

Kazim Abaci SPD:* Meine Damen und Herren! Dass Flüchtlingspolitik jetzt auf die Situation dieser Gruppe in Hamburg reduziert wird, ist eine verkürzte Debatte.

(*Antje Möller GRÜNE:* Ja, das ist aber das angemeldete Thema heute!)

Sie wissen doch, dass es gerade der SPD-Senat und die SPD-Fraktion waren, die den Zugang der Kinder, deren Aufenthaltsstatus unklar war, zu Bildung gewährleistet hat. Das war nicht der schwarz-grüne Senat.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in der Stadt die Möglichkeit, dass die Menschen Zugang zu gesundheitlicher Versorgung haben. Wir haben Flüchtlingspolitik nicht nur als ein ordnungspolitisches Thema behandelt, sondern auch als ein integrationspolitisches Thema. Wir haben nicht nur geredet, sondern wir setzen es um.

(*Tim Golke DIE LINKE:* Nichts hat er gesagt!)

Flüchtlinge sind Teil des Integrationskonzepts.

(Beifall bei der SPD)

Was diese Gruppe angeht, so muss man sich fragen, was nach drei oder sechs Monaten passiert, was die Lösung ist. Sie waren schon drei Monate hier und im Winternotprogramm untergebracht. Und was stellen wir jetzt fest? Wir stehen vor der gleichen Situation wie vor drei oder vier Monaten.

(*Dr. Walter Scheuerl CDU:* Ja, weil ihr nichts gemacht habt!)

Deshalb ist das keine Lösung. Die Lösung kann man nur im Rahmen der Gesetze und der rechtlichen Rahmenbedingungen finden.

(Zuruf von *Katharina Fegebank GRÜNE*)

– Frau Fegebank, wir verstecken uns nicht hinter den Gesetzen. Wir sind ein Rechtsstaat, und die Lösung ist auch im Rahmen des Rechtsstaats zu finden.

(Beifall bei der SPD – *Dirk Kienscherf SPD:* Wir sind wieder in der DDR! – *Jens Kerstan GRÜNE:* Was wollen Sie denn jetzt tun? Die rechtliche Lage kennen Sie, aber was tun Sie denn nun?)

Ich möchte noch einmal festhalten: Das Angebot steht; die Gespräche können noch einmal aufgenommen werden und die Menschen können in dieser Schule untergebracht werden. Einzelfallprüfungen sind vorzunehmen, der Rechtsweg ist offen, und das sind die Rahmenbedingungen. Es gehört auch zu ehrlicher Politik, dass man mit den Menschen offen und ehrlich kommuniziert. Wir können nicht in einem rechtsfreien und gesetzesfreien Raum operieren – so ist das eben.

(Beifall bei der SPD – *Dora Heyenn DIE LINKE:* Ich dachte, der Bürgermeister würde sich zu Wort melden!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann kommen wir zum zweiten, von der SPD-Fraktion angemeldeten Thema:

Flut in Deutschland: Hamburg ist solidarisch und hilft seinen Nachbarn

Wer wünscht das Wort? – Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In der Aktuellen Stunde melden wir Themen an, die die Hamburgerinnen und Hamburger bewegen. Das war eben so, und ich glaube, das ist ein Thema, das die Stadt bewegt. Aber die Frage, wie es mit der Flut aussieht in Deutschland und was Hamburg tun kann, ist, wenn man sich in der Stadt umhört, auch ein Thema, bei dem viele Hamburgerinnen und Hamburger sich bewegt fühlen und einen Beitrag leisten wollen. Deshalb ist es auch richtig, dass wir darüber sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg kann nachempfinden, was es heißt, von einer solchen Flut betroffen zu sein, wenn es menschliches Leid gibt, wenn Existenzen auf dem Spiel stehen und wenn Hab und Gut bedroht ist. Gott sei Dank geht es nur in wenigen Fällen um Leib und Leben. Trotzdem ist es wichtig, dass heute von dieser Bürgerschaftssitzung ein überparteiliches Signal der Solidarität ausgeht, nämlich dass Hamburg solidarisch ist und seinen Nachbarn hilft.

(Beifall bei der SPD)

Dass eine akute Lebensgefahr an vielen Stellen vermieden werden konnte, ist auch das Verdienst der vielen hauptamtlichen und ehrenamtlichen Hel-

(Dr. Andreas Dressel)

fer und Retter, von der Schulklasse über das THW, den DLRG, die Freiwillige Feuerwehr bis hin zur Bundeswehr. Alle packen überall mit an. Die Welle der Hilfsbereitschaft ist beeindruckend und vielleicht auch durchaus ein Zeichen in einer Zeit, in der wir oft über die Ich-Bezogenheit in der Gesellschaft diskutieren. Wenn man sich jetzt umschaute, wie viele Leute sich spontan beteiligen, so ist das beeindruckend und verdient großes Lob.

(Beifall bei der SPD)

Hamburg ist ganz vorn mit dabei. Über 400 Kameradinnen und Kameraden von der Feuerwehr haben in unserer Partnerstadt Dresden mit angepackt. Dort waren wir um Amtshilfe gebeten worden. Gerade heute haben 175 Kameraden der Feuerwehr in Neu Bleckede einen acht Kilometer langen Deich mit erhöht. Auch das ist ein gutes Zeichen. Und wenn wir heute die Nachrichten verfolgen, dann sehen wir, dass sogar Busfahrer der Hochbahn in Magdeburg den Busersatzverkehr stemmen. Es gibt sehr viele Beispiele praktizierter Solidarität auch aus Hamburg. Deshalb die Bitte an Senator Neumann, den Dank der Bürgerschaft an die Einsatzkräfte zu bestellen. Das ist ein ganz toller Einsatz, der hier geleistet wird.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Rat und Tat ist das eine, aber Geld natürlich das andere. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass ASB und DRK eine Spendenaktion "Hamburg hilft den Flutopfern" gestartet haben. Der Bürgermeister hat die Schirmherrschaft übernommen. Ich glaube, es ist auch wichtig, dass wir das kundtun, dass wir die Spendenkonten weitergeben und dafür sorgen, dass sehr viel aus Hamburg zusammenkommt. Auch das ist eine sehr begrüßenswerte Initiative.

(Beifall bei der SPD)

Es wird jetzt darum gehen, einerseits eine unbürokratische Soforthilfe zu leisten, aber andererseits auch nach den konkreten Schäden zu schauen und wie man später bei der Organisation des Wiederaufbaus und der Verbesserung des Hochwasserschutzes helfen kann. Hier ist es wichtig, dass das, was wir jetzt an parteiübergreifender Solidarität haben, auch in den nächsten Wochen und Monaten bestehen bleibt, wenn es nämlich darum geht, die konkreten Maßnahmen anzugehen. Es stimmt nämlich schon ein bisschen skeptisch, wenn man hört, dass es nach 2002 auch sehr viele Maßnahmen gab, die verabredet wurden, und wir jetzt feststellen müssen, dass die eine oder andere Maßnahme gar nicht umgesetzt wurde. Das ist eine Lehre für die aktuelle Flut und die Maßnahmen. Wenn jetzt ein Maßnahmenpaket geschnürt wird, dann darf es nicht nur bei der Planung bleiben, sondern es muss im Sinne der Menschen vor Ort

auch zu einer Umsetzung kommen. Dazu müssen wir als Stadt Hamburg unseren Beitrag leisten.

(Beifall bei der SPD)

Und Hamburg kann etwas beitragen. Ich hatte eingangs schon gesagt, dass wir im wahrsten Sinne des Wortes fluterfahren sind. Seit der Flutkatastrophe 1962 – wir hatten gerade letztes Jahr große Erinnerungsfeiern zu den Geschehnissen und über das, was man danach angeschoben hat, und haben den Jahrestag sehr würdig begangen – ist der Hochwasserschutz staatliche Kernaufgabe. Es sind Milliarden von Euro in Deiche, Hochwasserschutzanlagen und so weiter investiert worden, und es war gut angelegtes Geld. Es hat nach 1962 achtmal eine größere Flut gegeben als der Pegelstand von 1962 war, und immer haben in Hamburg die Deiche gehalten. Das heißt, das Prinzip – das haben wir alle gemeinsam politisch getragen – ist aufgegangen. Deshalb sollten wir unser Know-how zum Thema Hochwasserschutz anbieten. Gerade für unsere Elbnachbarn können wir hierzu etwas beitragen. Wir bieten es gern an, Hamburg hilft mit Rat und Tat, Hamburg ist solidarisch, und es wäre schön, wenn wir das heute gemeinschaftlich feststellen könnten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Birgit Stöver CDU*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Naturgewalten fordern die Menschen heraus, nicht nur in fernen Ländern, sondern auch bei uns. Was uns alle besonders erschreckt, ist die Dauer, ist die Langsamkeit und Berechenbarkeit, wie diese Pegelstände ansteigen, die uns unsere Machtlosigkeit teilweise noch gravierender vor Augen führen. Deshalb reißt der Existenzkampf der Menschen in den Flutgebieten an der Elbe, der Saale, der Donau und ihren Nebenflüssen nicht nur die Betroffenen dort aus ihrem Alltag heraus, sondern uns alle. Deswegen ist es auch richtig, dass wir heute an dieser zentralen Position in der Hamburgischen Bürgerschaft diesem Ereignis Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei *Jens Kerstan GRÜNE*)

Es ist aber auch gut zu wissen und gut zu sehen, dass die Bedrohung der Menschen, der Städte und Dörfer die Solidarität und den Zusammenhalt in schwerer Stunde weckt. So wurde uns in Hamburg 1962 bei der schrecklichen Flut geholfen. So hat Hamburg auch bei der anderen großen Elbeflut 2002 geholfen, insbesondere unserer Partnerstadt Dresden. Und so helfen Hamburg, die Hamburgerinnen und Hamburger auch heute, im Jahr 2013, den Menschen, die von der Flut betroffen sind.

(Dietrich Wersich)

Es wurde erwähnt, dass über 150 Feuerwehrkräfte im Einsatz in Sachsen sind und 200 im Landkreis Lüneburg. Das THW setzt über 150 Helfer ein, das Deutsche Rote Kreuz und der Arbeiter-Samariter-Bund haben Feldbetten aus Hamburg in die Gebiete geliefert. Der ASB, die Malteser und Johanniter befinden sich im Einsatz oder in Alarmbereitschaft, um bei Abruf von Hilfskräften diese Kräfte in die Hochwassergebiete zu schicken. Mehrere Organisationen rufen über das Bündnis "Aktion Deutschland Hilft" zu Spenden für die Flutopfer auf. Und ich bin sicher, dass neben diesen öffentlich wahrnehmbaren Aktivitäten auch viele Menschen ganz privat helfen mit Spenden, mit Unterkünften oder durch freiwillige Hilfsansätze.

Deshalb möchte ich auch für die CDU-Fraktion bekräftigen: Die Menschen, die von den verheerenden Fluten betroffen sind, haben unser Mitgefühl und unsere Solidarität. Wir freuen uns über die große Welle der Hilfsbereitschaft, und wir danken den Hamburgerinnen und Hamburgern, die auf so vielfältige Weise helfen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Aber da ist auch noch eine andere Erkenntnis. Ich glaube, wir haben allen Grund, auch außerhalb von Krisensituationen alles dafür zu tun, dass das Technische Hilfswerk, das Deutsche Rote Kreuz, der ASB, die Johanniter, die Malteser und alle anderen Hilfsorganisationen die notwendige Unterstützung bekommen, um dann im Krisenfall einsatzbereit zu sein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ohne die wertvolle Ehrenamtsstruktur, das muss man an dieser Stelle einmal sagen, in der Zehntausende Menschen auch in Nicht-Krisenzeiten uns alle auf Krisen vorbereiten im Katastrophenschutz, wären wir alle schutzlos den Naturgewalten ausgeliefert. In diesem Sinne: Lasst uns auch, wenn die Krise vorbei ist, an diese Organisationen denken und alles dafür tun, damit der Katastrophenschutz weiter mit so viel ehrenamtlichem Engagement auch in Hamburg funktionieren kann. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Kerstan.

Jens Kerstan GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir erleben zurzeit in Deutschland dramatische Stunden, sehen ergreifende Bilder, sehen Menschen, die um ihre Existenz fürchten, um Haus und Hof, um ihr Erwerbsleben und auch um ihre Gesundheit. Viele fragen sich, ob die Deiche halten werden, auch wenn die Pegelstände jetzt zum Teil langsam sinken. Sie

fragen sich, was sie dort tun können. Insofern ist es auch eine gute Botschaft in unserer Gesellschaft, in der man häufig von Vereinzelung spricht und einem um sich greifenden Egoismus, dass wir feststellen können, dass es auch heutzutage entlang der Elbe Nachbarn gibt, die ihren Nachbarn in Not helfen und das auch als eine Selbstverständlichkeit ansehen und ein großes Engagement an den Tag legen.

Viele Organisationen in Hamburg, die Hochbahn, die Freiwilligen Feuerwehren, das Technische Hilfswerk, die sozialen Verbände, aber auch viele private Hamburgerinnen und Hamburger versuchen, das zu tun, was sie in der Stunde der Not nur tun können. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass dieses Engagement den Dank auch der Bürgerschaft in diesem Hause verdient.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD, der CDU und der FDP)

Diese Anstrengungen sind umso notwendiger, als es sich um eine große nationale Katastrophe handelt, nicht nur hier entlang der Elbe, sondern auch entlang der Donau und in anderen Jahren entlang des Rheins und der Oder. Wir reden dort von Jahrhundertfluten, und doch kommen uns diese Bilder – uns allen mit unserer kurzen Lebensspanne – sehr bekannt vor: die Oderflut 1997, Fluten an der Elbe im Jahr 2002, 2006, 2011 und 2013. In der Tat sind diese Auswirkungen alle katastrophal, aber wir müssen uns bei aller Solidarität auch eine Frage stellen: Was bedeutet es denn eigentlich, wenn solche sogenannten Jahrhundertfluten zu einem regelmäßigen Ereignis in immer kürzeren Abständen führen? Wenn man sich diese Frage stellt, dann muss man sich einmal die Ursachen ansehen, die zu solchen Fluten führen, und sich auch die Frage stellen, ob der Begriff Naturkatastrophe in diesem Bereich eigentlich der richtige ist. Wir alle wissen, dass wesentliche Teile dieser Katastrophen durchaus auch von Menschen gemacht sind. Es kann doch kein Zweifel daran bestehen, dass durch den Klimawandel die tropischen Regenmengen, die Regennuster, die im Moment innerhalb kürzester Zeit in Norddeutschland stattfinden, etwas mit dem Klimawandel zu tun haben, ein Klimawandel, der auch durch menschliches Handeln verursacht worden ist.

Auch weitere Folgen dieser Flut haben mit menschlichem Handeln zu tun, nämlich Flussauen, die immer häufiger verloren gehen, Eindeichungen, Ausbau der Flüsse hin zu immer tieferen Fahrrinnen, sodass die Flut immer höher aufläuft und sich die Belastungen immer weiter entlang des Flusses verschieben, und ebenso ein Hochwasserschutz, der durch Eindeichungen dem Fluss immer mehr Raum nimmt.

Wäre es denn nicht ein Zeichen von Solidarität, nicht nur in der Zeit der Katastrophe darüber nachzudenken, ob das eigene Tun und Handeln viel-

(Jens Kerstan)

leicht dazu beitragen könnte, die Ursachen dieser Katastrophen zu vermindern, damit weniger Menschen in immer kürzeren Abständen vor einer so existenzbedrohenden Katastrophe stehen, wie es jetzt die Menschen entlang der Elbe, der Saale und vieler Nebenflüsse erleben?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Das sind zum Teil unbequeme Fragen. Und eine Hamburger Solidarität muss sich auch mit der Frage auseinandersetzen, ob ein Hafentwicklungsplan gut ist, der vorsieht, entlang der Mittel-Elbe in den nächsten Jahren durch Ausbaumaßnahmen den Pegelstand der Elbe um 10, 20 oder 30 Zentimeter zu erhöhen, sodass jedes Jahr 1,60 Meter gewährleistet sind, damit an 345 Tagen im Jahr Schiffbarkeit an der Elbe hergestellt wird. Das sind genau die 10, 20 oder 30 Zentimeter,

(*Dietrich Wersich CDU*: Das heißt doch nicht, dass die höher werden! Was ist denn das für eine Milchmädchenrechnung?)

die im Moment an vielen Orten entlang der Elbe darüber entscheiden, ob der Deich hält, überflutet wird oder Ähnliches.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Insofern ist Solidarität in der Krise gut und notwendig, und es ist ein gutes Zeichen, dass sie stattfindet. Solidarität bedeutet aber auch, dass wir uns in Hamburg durchaus von solchen Ausbauplänen verabschieden müssen, die das Hochwasserrisiko verschärfen und die Krisenauswirkungen verstärken würden. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Suding.

Katja Suding FDP:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die Nachrichten und Bilder, die uns in den vergangenen Wochen erreicht haben, haben uns wohl alle tief bewegt. Wir haben überflutete Dörfer und Städte gesehen, zerstörte historische Altstadtkerne, Flüsse, deren normaler Lauf gar nicht mehr zu erkennen war und die eher an große Seenlandschaften erinnerten, und Zehntausende Menschen, die, wie vor wenigen Tagen erst in Magdeburg und Lauenburg, ihre Häuser und Wohnungen verlassen mussten und nun teilweise vor den Trümmern ihrer Existenz stehen. Wir haben genauso Unternehmer und Bauern gesehen, deren wirtschaftliche Grundlagen dem Wasser und seiner gewaltigen Zerstörungskraft zum Opfer fielen. Die Wucht und die Stärke, mit der Teile unseres Landes getroffen wurden, war mehr als beängstigend.

Tief beeindruckend war und ist allerdings – ich glaube, da spreche ich im Namen von uns allen –

die Solidarität, die Tatkraft und die unglaubliche Hilfsbereitschaft vieler Menschen, die sofort einsetzte und den Kampf gegen die Wassermassen nicht aussichtslos erscheinen ließ.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Andreas Dressel* und *Jan Quast*, beide SPD)

Gestatten Sie mir einen kurzen emotionalen Exkurs. Ich möchte Ihnen gern eine Geschichte des Radiojournalisten Ingolf Kloss erzählen, die charakteristisch ist für die beeindruckenden Menschen in unserem Land. Es geht dabei um die Hochwasserfront an der Elbe, in der Nähe der sachsen-anhaltischen Landeshauptstadt Magdeburg.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Anhaltisch!)

– Nein, sachsen-anhaltischen heißt es. Ich habe einen Sachsen-Anhalter gefragt, es heißt wirklich so.

Ich möchte aus diesem Beitrag zitieren, hören Sie gut zu:

"Paul schippte Sand und schwitzte. Noch mehr schwitzte aber seine Frau Sandra. Sie brachte die vollen Säcke von A nach B. Zwischendurch fragte ich Paul, ob seine Frau nicht mal eine Pause einlegen will. Er antwortete: 'Das haben die Sanitäter auch schon gesagt, nachdem sie mir vorhin beinahe umgekippt wäre. Aber sie möchte unbedingt weitermachen.' Ich meinte: 'Wäre vielleicht besser, du bringst sie fix heim.' Er: 'Geht nicht so fix, wir kommen aus Goslar. Waren gerade auf dem Weg nach Berlin, wollten ein wenig shoppen, da hörten wir im Radio, dass man hier in Schönebeck jede Hand dringend gebrauchen kann. Na ja, und nun sind wir hier und bleiben.'"

Ich finde, das ist eine schöne Geschichte. Die Energie und das Engagement aller Hilfs- und Einsatzkräfte finde ich mehr als beeindruckend. Vor Ort in Passau, Dresden, Magdeburg und vielen anderen Einsatzorten sind sie immer noch aktiv und werden es auch sicherlich noch eine ganze Weile sein. Wir können wirklich nicht genug danken.

Unser Dank, und da spreche ich wohl auch im Namen der gesamten Bürgerschaft, und unser Respekt gehört den unzähligen Freiwilligen, vor allem auch den vielen Einsatzkräften vom THW, vom Deutschen Roten Kreuz, der Feuerwehr und natürlich auch den Soldaten der Bundeswehr. Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der SPD und der CDU)

Dabei sind auch viele Hamburger Kräfte seit Tagen im Einsatz. Das THW Hamburg unter der Leitung der Fachgruppe Harburg ist seit dem Wochenende im mecklenburgischen Dömitz im Einsatz. Es gilt

(Katja Suding)

dort, den Deich mit ungefähr 300 000 Sandsäcken um 50 Zentimeter zu erhöhen und den Ort so zu sichern. Auch dafür von hier aus vielen Dank und unseren großen Respekt.

(Beifall bei *Finn-Ole Ritter FDP* und *Dr. Andreas Dressel SPD*)

Bei Naturkatastrophen wie dem Hochwasser an der Donau, am Inn, an der Saale und der Elbe kommt man aber nicht umhin, gerade in Hamburg auch an die Sturmflut im Jahre 1962 zu denken. Das Gedenken allein sollte uns allerdings nicht genügen. Wir sollten weiterhin mit aller Kraft und Entschlossenheit in die notwendigen Schutzmaßnahmen und die Infrastrukturen investieren. Hochwasserschutz beginnt bekanntlich nicht erst an den Deichen, sondern bereits am Oberlauf von Flüssen und Bächen. Gerade erst vor ein paar Wochen hat Starkregen dazu geführt, dass die sonst so beschauliche Wandse über ihre Ufer trat. Im vergangenen Jahr zeigten uns Starkregenfälle auf, dass das Schöpfwerk in den Vier- und Marschlanden an seiner Leistungsgrenze angekommen war. In beiden Teilen stand das Wasser bereits vor der Haustür. Deshalb müssen wir auch in Hamburg unsere Infrastruktur für den Hochwasserschutz pflegen und die Bevölkerung für solche Ereignisse sensibilisieren.

Meine Damen und Herren! Die betroffenen Länder und die Bundesregierung haben Sofortprogramme aufgelegt, die unbürokratisch schnelle Hilfe garantieren sollen. Die Folgen der aktuellen Flut werden die Menschen aber noch lange beschäftigen. Ist das Wasser erst einmal abgeflossen, beginnen die Aufräumarbeiten. Dabei dürfen wir die Menschen nicht allein lassen. Jeder Einzelne kann da etwas tun, aber auch die Länder, die nicht unmittelbar betroffen sind, sollten sich beteiligen, auch Hamburg.

Wir als FDP-Fraktion unterstützen deshalb den Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers,

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Na, das verwundert jetzt aber!)

wie schon beim Elbehochwasser 2002 einen gemeinsamen nationalen Flutopferfonds des Bundes und aller Länder einzurichten. Wir hoffen da auch auf Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich denke, es ist im Sinne des Hauses, dass Sie jetzt als letzte Rednerin noch die Chance haben, einen Redebeitrag zu halten.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Der Senator hat sich auch gemeldet! Ich rede nachher!)

Der Senator hat sich auch gemeldet, das hatte ich nicht gesehen. Dann ist es ganz einfach, dann

nehmen wir erst Herrn Senator Neumann und dann machen wir eine neue Runde. – Herr Senator Neumann, Sie bekommen das Wort.

Senator Michael Neumann:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin der Hamburgischen Bürgerschaft sehr dankbar, dass wir heute dieses Thema in der aktuellen Stunde debattieren, denn es gibt mir auch die Möglichkeit, Sie über den aktuellen Stand der Elbeflut aus Hamburger Perspektive zu unterrichten.

Der Scheitelpunkt der Flutwelle wird in Höhe Geesthacht am heutigen Abend und in den frühen Morgenstunden des Donnerstag erwartet. Wir werden dann in einem weiteren Verlauf einen Hochwasserstand am Pegel von St. Pauli von ungefähr 0,4 Metern über Normalnull haben, das heißt, 40 Zentimeter höher als das mittlere Hochwasser. Dieser Scheitel wird sich jedoch voraussichtlich konstant bis zum Sonnabend halten. Unsere Deichwarte beobachten den Bereich zwischen Zolenspieker und Altengamme und haben zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Schäden am Deich feststellen können. Die gleichbleibend hohen Wasserstände am Elbdeich beeinträchtigen nicht die Deichsicherheit, eventuelles Treibgut wird durch bereitgestellte Bagger geborgen. Das ist allerdings bisher nur im Bereich von Buschwerk und Baumstämmen notwendig gewesen, was eine gute Nachricht ist.

Gleichzeitig stellt unsere Hamburger Feuerwehr den Brandschutz und den Rettungsdienst in Hamburg weiterhin bewährt uneingeschränkt zur Verfügung. Auch das ist eine große Leistung in Anbetracht der Belastungen, die die Kameradinnen und Kameraden und Kollegen in Dresden und auch in Lauenburg beziehungsweise in Amt Neuhaus haben.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der FDP)

Ich selbst habe mir heute Morgen mit unserer Wasserschutzpolizei in Lauenburg ein Bild vor Ort gemacht und kann Ihnen berichten, dass dort die Sicherungsmaßnahmen greifen und die eingesetzten Kräfte, seien es die freiwilligen Feuerwehren, die DLRG und auch das Technische Hilfswerk, höchst motiviert, aber auch – das muss man auch sagen – extrem belastet Außerordentliches und Beeindruckendes leisten.

Und wenn ich von beeindruckender Leistung spreche, dann möchte ich Ihnen auch vom Einsatz unserer Feuerwehr in Dresden berichten. Ich habe den Kollegen, Kameradinnen und Kameraden in der Nacht von Donnerstag auf Freitag letzter Woche einen Besuch abgestattet und mich vor Ort über ihre Arbeit informiert. Was ich dort erleben durfte, war außerordentlich beeindruckend. Nachdem die Anforderung von 175 Feuerwehrleuten aus Sachsen am 3. Juni in Hamburg einging, ha-

(Senator Michael Neumann)

ben wir sofort entschieden, unserer Partnerstadt Dresden zu helfen. Noch in der Nacht verabschiedeten unser Feuerwehrleiter, Herr Maurer, und ich die ersten Einsatzkräfte, die sich auf den Marsch gen Dresden gemacht haben. Sie trafen in Dresden selbst auf ein Maß an Hilfsbereitschaft, Freundschaft und Unterstützung, wie sie vielleicht immer nur im Angesicht solcher Katastrophen zu erleben sind. Unzählige Dresdnerinnen und Dresdner unterstellten sich – und das meine ich in An- und Abführungsstrichen – nicht nur sofort dem Kommando der Hamburger Feuerwehr, sondern packten auch tatkräftig mit an, um ihre Stadt vor der Katastrophe zu schützen. Ständig kamen Menschen und brachten Verpflegung für die Kameradinnen und Kameraden, seien es Getränke oder belegte Brote.

Besonders beeindruckend war es für unsere Einsatzkräfte, als ein fünfjähriger Junge mit seiner Großmutter zu unseren Hamburger Feuerwehrleuten kam und die Großmutter erzählte, dass dieser Junge für die Hamburger Feuerwehrleute einen Kuchen gebacken habe, um sich dafür zu bedanken, dass sie dafür gesorgt hätten, dass seine Eisenbahn im Keller nicht überflutet wurde.

Das sind die Momente, in denen allen eingesetzten Kräften klar war, warum es richtig war, nach Dresden zu gehen, warum es richtig war, unserer Partnerstadt zu helfen und warum es richtig ist, solidarisch mit den Opfern zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich nenne ein zweites Beispiel, weil es wirklich eine Situation war, die für mich einzigartig war. Sie müssen sich eine Plattenbausiedlung, wie wir sie in Teilen unserer Stadt auch kennen, vorstellen. Dort war unsere Hamburger Feuerwehr 24 Stunden am Stück eingesetzt und hat in dieser Zeit gut 180 000 Sandsäcke nicht nur aufgestapelt, sondern auch transportiert und befüllt. Nachdem diese Kräfte nach 24 Stunden, ziemlich schlapp von der Arbeit, was nachvollziehbar ist, dann abgelöst wurden, haben die Menschen in diesen Hochhäusern applaudiert, um Danke zu sagen. Das war für alle Einsatzkräfte und auch für mich ein stolzer Augenblick, weil man gemerkt hat, wie dankbar die Menschen waren, dass die Hamburgerinnen und Hamburger an ihrer Seite standen. Das hat auch der Ministerpräsident des Freistaats Sachsen im Bundesrat deutlich gemacht, indem er gerade die Leistung der Hamburger Feuerwehrleute hervorgehoben hat und auch im Bundesrat dafür Danke gesagt hat. Das macht stolz.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Ich schildere Ihnen diese Eindrücke, damit Sie noch besser verstehen, was unsere Feuerwehrleute, was die Mitglieder der Hilfsorganisationen, aber auch unsere Hamburger Polizei in den vergange-

nen Wochen in Dresden und zu dieser Stunde, während wir debattieren, in Amt Neuhaus oder am Hamburger Elbdeich leisten. Bis zum jetzigen Zeitpunkt hatten wir gut 400 Feuerwehrleute in Dresden eingesetzt und in Amt Neuhaus sind es mehr als 250. Die weit überwiegende Zahl von ihnen sind Kameradinnen und Kameraden unserer Freiwilligen Feuerwehren, die diesen Dienst ehrenamtlich leisten. Deshalb sage ich ohne falsches Pathos, und ich würde mich auch für ein einhelliges Signal aus der Bürgerschaft bedanken, dass Hamburg und Dresden diesen Frauen und Männern viel zu verdanken haben und dass wir stolz auf unsere Einsatzkräfte sind. Das ist eben nicht selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD, der CDU, der FDP und bei *Jens Kerstan GRÜNE*)

Nun kommt es darauf an, die Hochwasserlage zu stabilisieren, danach aufzuräumen und eine Schadens- und Bestandsaufnahme zu machen. Sicherlich ist es aber auch notwendig, darüber zu debattieren und darüber zu entscheiden, bei lebenswichtigen Baumaßnahmen, wie es augenscheinlich Deiche oder Dämme sind, die in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gewachsenen Bürgerbeteiligungen auch über Einspruchsmöglichkeiten deutlich zurückzuführen. Ich jedenfalls empfinde es als schwer erträglich, dass nach den hehren Worten des Jahres 2002 so vieles nicht umgesetzt wurde, was die Verantwortlichen im Angesicht der Katastrophe noch versprochen. Es darf nicht sein, dass Einzelinteressen, gar Egoisten demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten erfolgreich missbrauchen, um beispielsweise den Deichausbau oder die Deichrückverlegung zu verhindern. Deshalb appelliere ich auch an dieses Parlament: Bewahren wir uns die Eindrücke im Angesicht der Flut. Erinnern wir uns ihrer, wenn es darum geht, auch in Hamburg die richtigen und notwendigen Entscheidungen für die Sturmflutsicherheit zu treffen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der CDU und bei *Carl-Edgar Jarchow FDP*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schneider.

Christiane Schneider DIE LINKE:* Meine Damen und Herren, Frau Präsidentin! Das Hochwasser hat das Ausmaß einer nationalen Katastrophe angenommen. Dass Hamburg sich solidarisch zeigt, finde ich vor diesem Hintergrund selbstverständlich, und das schmälert überhaupt nicht den Respekt für den Einsatz der vielen Institutionen und Privatpersonen. Wir begrüßen ausdrücklich den Einsatz der Hamburger Freiwilligen Feuerwehr und auch der Berufsfeuerwehr in Dresden und im Landkreis Lüneburg und natürlich auch hier. Nun ahnen wir, wie problematisch es werden kann, wenn bei der

(Christiane Schneider)

Feuerwehr Stellen fehlen; das möchte ich an dieser Stelle auch sagen. Wir begrüßen auch die Initiative – mehrere sind genannt worden und ich werde nicht alle noch einmal aufführen – des Hamburger Arbeiter-Samariter-Bundes – ich weiß schon, warum ich da Mitglied bin – und des Hamburger Deutschen Roten Kreuzes. Und wir freuen uns natürlich über die große Hilfsbereitschaft der Hamburger Bevölkerung.

Ich möchte drei Punkte zur Debatte beitragen. Erstens: Die Schäden sind noch nicht absehbar. Bei der Hochwasserkatastrophe 2002 wurden von Bund, Ländern und Kommunen einschließlich der EU-Mittel nahezu 10 Milliarden Euro mobilisiert. Um einen mindestens so großen Betrag geht es auch bei der gegenwärtigen Katastrophe. Die jetzt zugesagten 100 Millionen Euro Soforthilfe sind höchstens ein Anfang. Wir hoffen nicht, dass ausreichende Hilfe für die Betroffenen der Schuldenbremse zum Opfer fällt. Wie wird sich Hamburg beteiligen? Das ist eine Frage, die wir stellen wollen.

Zweitens: Viel Geld wird auch für einen wirksamen Hochwasserschutz benötigt. Der NABU geht von circa 10 Milliarden Euro aus. Bisher haben die Bundesländer in erster Linie in technische Maßnahmen, wie in den Bau von Mauern und höheren Deichen, investiert. Herr Kerstan hat das schon angesprochen. Das ist auch im Einzelfall vernünftig, doch oftmals wird das Problem einfach nur in die Nachbargemeinden und Nachbarländer flussabwärts verlagert; das ist deutlich geworden. Auch deshalb ist die Hilfe des Nordens für die südlicher gelegenen Gemeinden und Bundesländer eine selbstverständliche Aufgabe, die wir alle annehmen müssen. Es kommt für die Zukunft aber darauf an, Fließgewässer und Auen zu renaturieren. Für den Hochwasserschutz müssen viel mehr Überschwemmungsgebiete geschaffen werden. Dazu braucht es ein Bundesprogramm und länderübergreifende Zusammenarbeit und, wie gesagt, viel Geld, denn es geht um die Entschädigung der betroffenen Landwirtschaft. Auch hier frage ich natürlich: Was plant Hamburg oder wie bringt sich Hamburg ein?

Drittens: Aus der Hochwasserkatastrophe lassen sich schon jetzt etliche Schlussfolgerungen ziehen. Ich möchte mich auf zwei Gesichtspunkte beschränken. Das Hochwasser hat kritische Infrastrukturen wie Strom- und Wasserversorgung beeinträchtigt. Verkehrsverbindungen waren und sind unterbrochen. Ein weiteres Problem stellt die Verunreinigung von Trinkwasserbrunnen durch die Überschwemmungen dar. Präventive, vorsorgliche Gefährdungsanalysen helfen, Risiken zu bewerten und Notfallkonzepte zu entwickeln. Deshalb ist eine Evaluation des baulichen Hochwasserschutzes, der Notfallpläne und der Effektivität der Einsätze nach der Hochwasserkatastrophe notwendig, auch für Hamburg. Wie stehen wir eigentlich da? Ich glaube, mit der Frage werden wir uns in Zukunft

einmal auseinandersetzen müssen. Zweitens erfordern nachhaltiger Hochwasser- und Katastrophenschutz einen ganzheitlichen Ansatz und den Einsatz moderner Technologien, wenn statt Kontrolle das Management im Vordergrund stehen soll. Über die Technik für integrierte Systeme des Hochwasser- und Katastrophenschutzes verfügt die Bundesrepublik. Sie ist aber nicht umsonst zu haben, das müssen wir im Kopf haben. Auch das muss Hamburg im Hinblick auf seinen Hochwasser- und Katastrophenschutz für die Zukunft bedenken. – Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Goetsch.

Christa Goetsch GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie werden sich vielleicht wundern,

(Dora Heyenn DIE LINKE: Ja, allerdings!)

dass ich in die Bütt gehe, aber mir verkommt diese Debatte ein bisschen zu sehr zur Jubel- und Heiteitei-Veranstaltung. Ich habe am Wochenende Sandsäcke geschleppt, weil wir unser Wochenendhaus an der Seege, an der Elbe haben. Wir haben die Situation entsprechend vor Ort hautnah erlebt. Das Wasser stand 60 Zentimeter unterm Deich und das Haus liegt direkt dahinter. Das sage ich nur, um zu begründen, warum ich hier spreche. Ich nenne die Debatte eine Jubel- und Heiteitei-Veranstaltung, weil es viel ernster ist. Es ist natürlich selbstverständlich zu danken, aber, Herr Neumann, es ist doch schön, wenn man die Kameraden nach Dresden schickt und dann vielleicht selbst mit dem Hubschrauber hinfliegt.

(Gerhard Lein SPD: Soll er mit dem Fahrrad fahren?)

Ich sage es etwas überzogen. Es ist doch selbstverständlich, dass Hamburg Solidarität zeigt und dass wir den Helfern danken. Sie haben aber nichts daraus gelernt. Wenn Sie sich anschauen, dass nach der großen Flut 2002 keine ausreichenden Deichrückverlegungen stattgefunden haben,

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN – Dora Heyenn DIE LINKE: Richtig!)

wenn es keine ausreichend klaren Ansagen gibt, wie es jetzt wieder passiert ist, dass die Maisbauern nicht bereit sind, fluten zu lassen und deshalb andere Gebiete gefährdet sind, wenn weiter begrudigt wird, wenn weiter Neubaugebiete ausgewiesen werden in Bereichen, die eigentlich nicht bebaut werden dürfen – von den Auen wurde eben schon von Frau Schneider berichtet –, dann hat man aus 2002 nichts gelernt. Insofern kann es nicht damit enden, dass wir in Hamburg versichern, weiter zu helfen und aufzuräumen. Das ist

(Christa Goetsch)

alles schön und gut, richtig und selbstverständlich. Was aber müssen wir daraus lernen? Wir müssen lernen, dass wir nicht weiter begradigen, nicht weiter vertiefen dürfen, dass technischer Umweltschutz nicht reicht. Wir brauchen ökologischen Umweltschutz, sonst werden wir nicht mehr nur drei Jahrhundertfluten in zehn Jahren haben, sondern dann werden wir jedes Jahr denselben entsetzlichen Mist haben. Ich bin nicht existenzgefährdet, aber alle unsere Nachbarn im Dorf sind das zum dritten Mal in zehn Jahren. Deshalb kann es nur ergänzend zum technischen Umweltschutz um ökologischen Umweltschutz gehen und nicht zum Beispiel um Elbvertiefungen. Wenn das in der Mittelelbe passiert, dann ist das ein Wahnsinn. Das will ich an der Stelle sagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN –
Arno Münster SPD: Das hat doch damit überhaupt nichts zu tun!)

Sie entziehen sich der Verantwortung. Es ist auch sehr galant, Herr Wersich, wie Sie es gemacht haben. Ich bin gespannt, was Ihre Kollegen von der CDU in den entsprechenden Bundesländern machen. – Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Dressel.

Dr. Andreas Dressel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es ein bisschen schade, Frau Goetsch, dass Sie diesen Tonfall noch in die Debatte gebracht haben. Ich glaube, Herr Neumann ist nicht mit dem Helikopter nach Dresden geflogen, sondern er ist gefahren; das vielleicht einmal dazu.

(*Christiane Schneider DIE LINKE*: Ja, aber das Bild ist ja verstanden worden!)

Ich glaube auch, dass es ein gutes Zeichen ist, wenn unser Innensenator zu den Einsatzkräften den Kontakt hält, sich persönlich ein Bild macht und den Dank der Stadt auch den Einsatzkräften direkt übermittelt.

(Beifall bei der SPD)

Trotzdem muss man jetzt schrittweise vorgehen. Jetzt geht es natürlich erst einmal um Nothilfe, um das, was konkret sofort getan werden muss. Der Senator hat ausgeführt, dass es natürlich nachher bei der Schadensbegutachtung auch darum geht, die Konsequenzen zu ziehen,

(*Anja Hajduk GRÜNE*: Da hat er aber nichts von Ökologie gesagt!)

und er hat eine wesentliche Konsequenz genannt. Die hatte ich vorhin auch angesprochen. Es hat nämlich nach 2002 ein Maßnahmenpaket gegeben, das sowohl technische Maßnahmen, höhere

Deiche, aber auch Deichrückverlegungen, um den Flüssen mehr Raum zu geben, vorgesehen hat. Es sind sehr viele Maßnahmen wegen Einsprüchen und so weiter nicht umgesetzt worden. Das stellt man jetzt bitter fest. Deshalb muss es in der Tat die Konsequenz geben, dass sich bei solchen existenziellen Fragestellungen Einzelinteressen nicht gegen das Allgemeinwohl durchsetzen können. Das wird ein wesentlicher Diskussionspunkt für die nächsten Wochen und Monate sein, meine Damen und Herren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – *Anja Hajduk GRÜNE*: Vor allem die richtigen Maßnahmen!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich habe nun noch eine Wortmeldung von Herrn Bläsing und dann eine von Herrn Wersich.

Robert Bläsing FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme selbst aus Breese, das ist ein kleines Dorf bei Wittenberge. Ich weiß noch sehr genau, wie es 2002 war, als es hieß "Die Flut kommt auf uns zu". Ich weiß, was für existenzielle Ängste das tatsächlich sind und was einem durch den Kopf geht, wenn man dann die Waschmaschine vom Keller in die oberen Stockwerke hievt. Insofern ist es nicht nur Eiapopeia, Frau Kollegin Goetsch, wenn wir aus Hamburger Sicht den Helferinnen und Helfern, den entsandten Feuerwehrleuten und den Kameradinnen und Kameraden der Bundeswehr auch einmal wirklich konkret danken.

(Beifall bei der FDP und der SPD – *Christiane Schneider DIE LINKE*: Da hat sie ja auch gar nicht gegen gesprochen!)

Ich finde, dazu hat Senator Neumann auch das Notwendige gesagt. An dieser Stelle reiht er sich zumindest einmal wohltuend in die Reihe der Vorgänger ein. Wenn ich die Meldungen seines Kollegen aus Nordrhein-Westfalen höre, wo angeblich, ich kann es nicht verifizieren, derartige Maßnahmen verhindert worden sind, dann muss man doch klar feststellen, dass sich die Freie und Hansestadt Hamburg hier nicht verwehrt und sich nicht von der Welle der Solidarität, die quer durch Deutschland rollt, ausnimmt.

Frau Goetsch, die GRÜNEN haben drei Jahre regiert und Sie waren Senatorin. Wenn es irgendwelche Maßnahmen gibt,

(*Anja Hajduk GRÜNE*: Die hat's gegeben!)

die vielleicht über das hinausgehend, was gemacht wurde, nicht gemacht worden sind, dann hätten Sie jetzt mehr als zwei Jahre Zeit gehabt, entsprechende Anträge zu stellen. Einer Debatte würde ich mich natürlich in keiner Weise verweigern. Allerdings sind wir nun einmal in erster Linie das Hamburger Parlament und können nicht darüber

(Robert Bläsing)

den Stab brechen, was in anderen Bundesländern passiert.

(Beifall bei der FDP – *Jens Kerstan GRÜNE*: Na, wir wollen doch selber da ausbaggern im Hamburger Hafen!)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Wersich.

Dietrich Wersich CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin schon etwas überrascht und erstaunt. Wenn man aufmerksam die Berichte hört und die beeindruckenden Bilder sieht, wird doch deutlich, dass durch Flutschutzmaßnahmen Städte vor der Verwüstung bewahrt worden sind, die bei gleich hohen oder sogar niedrigeren Pegelständen 2002 betroffen waren. Wie man sich nun in einer derart platten Weise hinstellen und sagen kann, es ist Bundestagswahl und Flutkatastrophe und ich wiederhole mal eben alle Vorwürfe, die ich immer schon einmal aussprechen wollte, das erstaunt mich.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP – *Dora Heyenn DIE LINKE*: Das hat doch kein Mensch gemacht!)

Wenn man dann noch mitbekommt, dass manche Gemeinden den Flutschutz nicht errichtet haben, weil es Bürgerproteste mit Unterstützung der GRÜNEN gab, dann frage ich mich erst recht: Wo bin ich hier heute eigentlich? Was soll diese Bundestagsdebatte an dieser Stelle?

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Und dann kommt diese Sache mit dem Ausbau der Mittelelbe für eine bessere Schifffahrt. Sie erzählen den Leuten, wenn die Elbe im Jahresdurchschnitt an mehr Tagen die 10 Zentimeter garantieren kann, sodass wir mehr ökologisch verträglichen Verkehr auf die Wasserstraße bekommen, dann würde das bedeuten, dass bei einer Flut wie dieser die Höchststände genau 10 Zentimeter höher wären. Das ist doch, mit Verlaub gesagt, Volksverdummung.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Mit dieser Haltung helfen Sie weder den Menschen, noch sichern Sie damit die Lebensgrundlagen der Menschen an der Elbe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Damit ist die Aktuelle Stunde für heute beendet. Wir werden Sie morgen mit dem dritten Thema fortsetzen.

Wir kommen zu Punkt 54, Drucksache 20/7994, dem Antrag der Fraktion DIE LINKE: Sofortpaket

zum Ausbau der Ganztagsbetreuung im Rahmen von GBS.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Sofortpaket zum Ausbau der Ganztagsbetreuung im Rahmen von GBS
– Drs 20/7994 –]**

Wird dazu das Wort gewünscht? – Herr Yildiz.

Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Was gut gedacht war, ist schlecht gemacht. Der Ausbau der Ganztägigen Bildung und Betreuung ist kritikwürdig. Es muss nachgesteuert werden, damit Ganztagschulen ein Erfolg werden. Zur konkreten Situation: Kinder müssen ihr Mittagessen teilweise auf Fluren, in Containern oder Klassenräumen einnehmen, weil keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Die Qualität des Essens ist schlecht. 3,50 Euro, die der Senat maximal pro Essen vorsieht, sind zu wenig, um gesundes Essen zur Verfügung zu stellen. Das ist ein Grund dafür, dass der größte Träger, die Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten, bis 2014 ihre eigene Essensversorgung einstellen wird, weil es sich wirtschaftlich nicht rechnet und für den Preis kein vernünftiges Essen herzustellen ist. Die Arbeitsbedingungen des Personals an den Schulen sind schlecht. Dass Fachkräfte ungern unter diesen Bedingungen für wenig Geld arbeiten wollen, beweisen Probleme bei der Besetzung von Stellen mit qualifiziertem Personal. Sie haben hier die Kritik der Gewerkschaften, Verbände, des Landeselternausschusses und der Elternkammer nicht ernst genommen. Inklusion darf nicht zu einer hohlen Floskel werden. Mit der Einführung von Pauschalen haben Sie im Bereich der Inklusion etwa um die Hälfte gekürzt. Die Standards im Landesrahmenvertrag bleiben weit hinter den Regelungen der Kindertagesbetreuung zurück. Diese Form der Inklusion führt zu größeren Problemen vor Ort. Mit der Einführung der Ganztägigen Bildung und Betreuung wurde den Eltern eine Verbesserung in der Nachmittagsbetreuung versprochen. Tatsächlich ist der Personalschlüssel für Kinder verschlechtert worden, besonders der Schlüssel für Vorschulkinder mit 1:23; in der Kita lag er vorher etwa bei 1:16. Mit frühkindlicher Bildung hat das gar nichts zu tun.

(Beifall bei der LINKEN)

DIE LINKE hat bei der Einführung der Ganztägigen Bildung und Betreuung darauf hingewiesen, aber, Herr Senator Wersich, Sie scheinen beratungsresistent zu sein.

(*Hildegard Jürgens SPD*: Wersich? – *Dr. Andreas Dressel SPD*: Herr Wersich ist nicht Senator! – *Dietrich Wersich CDU*: Das war ein Fehler! Ich hätte mal bleiben sollen, dann wäre es nicht so weit gekommen!)

(Mehmet Yildiz)

– Entschuldigung, Senator Rabe. Fehler macht man mal im Leben, tut mir leid.

Dann wiederhole ich. Herr Senator Rabe, Sie scheinen beratungsresistent zu sein. Ich will Ihnen in aller Deutlichkeit einmal sagen, wie der Senat vorgegangen ist, nämlich mit der Brechstange und ohne Rücksicht auf Verluste. Ich kann Ihnen versprechen: Die Eltern, Kinder und Beschäftigten werden sich das nicht mehr lange gefallen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es muss nicht so weit kommen, dass Elternvertreter, Gewerkschaften und Fachverbände der Politik die Tür einrennen. Unsere Fraktion hat daher ein Sofortpaket vorgelegt, das zumindest die schlimmsten Mängel Ihrer Politik beseitigen kann. Wir wollen erstens, dass mehr Mittel für Kantinenausbau zur Verfügung gestellt werden. Zweitens soll der Kostenansatz auf 4,50 Euro pro Essen erhöht werden. Es kann doch nicht ernst gemeint sein, dass man in der Kita 4,50 Euro bekommt, um für Kinder etwas Gesundes zu kochen, aber in der Ganztägigen Bildung und Betreuung nur 3,50 Euro unter gleichen Bedingungen.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens muss sichergestellt werden, dass Kinder Zwischenmahlzeiten bekommen, denn es gibt Kinder, die um 6 Uhr beginnen und bis 18 Uhr in der Schule sind. Viertens fordern wir pädagogische Konzepte in der Ganztägigen Bildung und Betreuung sowie eine verbindliche Regelung über die Raumnutzung. Bildung bedeutet für uns nicht, dass Kinder in Containern betreut werden. Fünftens wollen wir, dass Ressourcen für Kinder mit Förderbedarf auch am Nachmittag zur Verfügung stehen. Vier Inklusionskinder pro Gruppe sind mehr als genug. Was vormittags für Inklusionskinder möglich ist, das gibt es nachmittags nicht. Einige Schulen sind noch keine Ganztagschulen, und wir wollen, dass Schulkinder, die nicht durch GBS erfasst sind, über das Kita-Gutscheinsystem das Recht auf einen Hortplatz bekommen, um in der Kita betreut zu werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen die Gebührenordnung besonders in Rand- und Ferienzeiten überarbeitet sehen und dass Beitragsfreiheit für Geringverdiener und Hartz-IV-Familien sichergestellt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Letztlich muss eine schnelle Evaluation in der Ganztägigen Bildung und Betreuung stattfinden, sonst ist der im Landesrahmenvertrag festgelegte Auftrag nicht umsetzbar.

Meine Damen und Herren! Wir können den Betroffenen diese Zustände nicht zumuten. In der Schule meines Sohnes – jetzt wird es für Sie, Herr Senator, und auch für die SPD konkret – gehen schon

offene Briefe mit Forderungen an die Schulbehörde ein. Ich habe extra einen fotografiert für die SPD und den Senat. Das ist es, was in Zukunft auf Sie zukommt. Unterschriftenlisten werden erstellt. Die Wut der Eltern ist berechtigt, und sie muss ernst genommen werden.

Die von uns genannten Punkte sollen in der Vertragskommission zwischen den Trägern und dem Senat verhandelt werden. Es bleibt dem Senat also genügend Spielraum. Damit sind wir Ihnen weit entgegengekommen. Das muss ich sagen, denn wir haben langfristige Forderungen, aber zunächst muss die Not gelindert werden. Wir erwarten im Gegenzug von Ihnen, Herr Senator Rabe, dass Sie sich die Sorgen der Eltern, der Kinder und der Beschäftigten anhören. Allerdings höre ich von den Lehrern in der Schule, dass der Senator, wenn er auftritt, häufig zwei Drittel der Zeit allein redet und auf die Eltern nicht hört. Am Ende geht er hinaus und sagt: Ich habe doch eure Probleme angehört, was wollt Ihr denn noch? Das muss aufhören, das muss ernst genommen und auch umgesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Politik für Menschen muss auch die Menschen mitnehmen. Daher bitten wir die Mehrheitsfraktion der SPD, dem Antrag zuzustimmen, sodass wir langfristig die Schmerzen lindern können. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Jürgens.

Hildegard Jürgens SPD: Sehr geehrte Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Antrag und die Panikmache sind für die Umsetzung der Ganztägigen Bildung und Betreuung wenig hilfreich.

(Beifall bei der SPD)

Die Realisierung der Ganztägigen Bildung und Betreuung erfordert von allen Beteiligten einen hohen Einsatz und die Bereitschaft, sich auf etwas Neues einzulassen. Die gute Zusammenarbeit und Vernetzung aller Beteiligten – Schule, Hortträger und Eltern vor Ort – ist dabei der wichtigste Teil.

(Beifall bei der SPD)

Der Senat kann nur die Rahmenbedingungen aufstellen und für finanzielle Grundlagen sorgen. Dass er dieses tut, zeigen die Investitionen der Jahre 2013 bis 2020.

(Tim Golke DIE LINKE: Beton kann man nicht essen!)

Für das Herz unserer Stadt, den Hafen, werden in den genannten Jahren rund 1 Milliarde Euro investiert, in Bildung und Wissenschaft aber rund 3 Mil-

(Hildegard Jürgens)

liarden Euro. Dies zeigt klar, was dem Senat wichtig ist.

(Beifall bei der SPD – *Robert Heinemann CDU*: Da hätten Sie eher mit anfangen sollen!)

Ich komme nun auf Ihren Antrag zurück, der sich sehr auf die Schriftliche Kleine Anfrage des Herrn Kollegen Heinemann bezieht. Ihre aufgeworfenen Fragen wurden dort bereits ausführlich vom Senat beantwortet.

(*Tim Golke DIE LINKE*: Das ist ein Antrag und keine Anfrage!)

Ich gehe kurz auf Ihre acht Punkte ein.

Erstens: Mittel für den Bau von Kantinen und Räumen stehen jederzeit zur Verfügung.

(*Robert Heinemann CDU*: Dann muss man auch bauen!)

Durch Änderungswünsche während des Baus kommt es teilweise zu Verzögerungen. Zum Jahresende werden aber bis zu 70 Kantinen fertiggestellt werden. Produktionsküchen unterliegen der Wirtschaftlichkeit. Die ist erst ab tausend Essen pro Tag gegeben.

(*Robert Heinemann CDU*: Das ist Unsinn! – Gegenruf von *Dr. Andreas Dressel SPD*: Hören Sie mal zu, Herr Heinemann, Sie Lummel! – Gegenruf von *Robert Heinemann CDU*: Zwischenrufe sind erlaubt!)

Zweitens: Eine Anhebung auf 4,50 Euro ist für viele Familien zu teuer. Um die Qualität sicherzustellen, ist mit dem Anbieter vertraglich zu vereinbaren, dass er sich an die Qualitätsstandards der Schulverpflegung der Deutschen Gesellschaft für Ernährung hält. Die Schulen sollten sich am Programm "TrinkWasser macht Schule" möglichst beteiligen.

(Beifall bei der SPD)

Drittens: Auf Antrag und nach Prüfung werden zusätzliche Honorarmittel für die Nachmittagsbetreuung von Kindern mit Förderbedarf zugewiesen. Die Zusammensetzung der Gruppen vor Ort ist Sache des Trägers, der dies gemeinsam mit der Schule in einem pädagogischen Konzept verabredet.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Wo sind die jetzt?)

Viertens: Die Entscheidung für einen GBS-Partner erfolgt auf Grundlage der pädagogischen Vorstellungen der Schulen und Träger am jeweiligen Standort. Bei der Konkretisierung sind die Wünsche der Kinder und Eltern zu berücksichtigen.

(*Robert Heinemann CDU*: Nee, die Wünsche nicht, sondern die Produktionsküchen!)

Fünftens: Bei der Umsetzung gibt es Provisorien. Eltern wählen aber auch GBS-Schulen, die noch nicht fertig sind. Eltern kommt es doch in erster Li-

nie auf das pädagogische Konzept und erst in zweiter Linie auf die räumliche Ausstattung an.

(*Robert Heinemann CDU*: Die werden den Schulen zugewiesen! Das ist die Realität!)

Sechstens: GBS ermöglicht allen Kindern die Teilnahme ohne den Nachweis der Berufstätigkeit der Eltern. Wird kein Ganztagsangebot vorgehalten, ist in Ausnahmefällen der Einsatz von Hortgutscheinen noch möglich.

Siebtens: Für Kinder von Eltern, die Hartz IV beziehen, sind für die Rand- und Ferienzeiten nur 20 Prozent der Gebühren zu zahlen. Dieser verringert sich oft aufgrund der Familiengröße. Zudem gibt es die Möglichkeit der Härtefallprüfung.

Achtens: Eine Evaluation und die entsprechenden Mittel sind vorgesehen. Zudem hat es bereits eine Evaluation im Rahmen der Pilotphase gegeben.

Aus den vorgenannten Gründen und Erläuterungen lehnt die SPD-Fraktion Ihren Antrag ab. Gestatten Sie mir zum Schluss noch eine kleine persönliche Bitte. Wir sollten beim Thema Inklusion vermeiden, auch in hitzigen Debatten und Auseinandersetzungen einige Kinder mit einem Stempel zu versehen.

(*Dora Heyenn DIE LINKE*: Was soll das denn jetzt heißen?)

Der Begriff "Inklusionskind" könnte meiner Meinung nach zum Unwort des Jahres werden. Es sind Kinder wie alle anderen mit ihren Stärken, Schwächen und Fehlern, nur mit einem zusätzlichen Förderbedarf. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Prien.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir sind für den Ausbau von Ganztagschulen,

(*Gerhard Lein SPD*: Das haben wir ja bei Frau Dinges-Dierig gemerkt!)

aber wir wollen einen echten Ganztags mit Verzahnung von Vor- und Nachmittag und eine ordentliche Portion Jugendhilfe dort, wo sie nötig ist.

"Das, was Sie machen, ist vormittags Stundentafel und nachmittags Aufbewahrung.

Zu Ihren Träumereien von Jugendmusikschulen, Sportvereinen und Theater am Nachmittag liegt überhaupt nichts Belastbares vor. Sie machen eine im Grunde gute Idee zunichte, weil Sie sie überhastet und dilettantisch umsetzen und weil Sie auch damit wieder gnadenlos überfordert sind."

(Karin Prien)

(Beifall bei der CDU)

– Danke für den Applaus, aber er gebührt mir nicht. Er gebührt der Kollegin Veit, die das nämlich in einer Debatte zu genau diesem Thema am 11. November 2010 so geäußert hat.

(Dirk Kienscherf SPD: Deswegen geben wir ja auch 30 Millionen Euro mehr aus!)

Interessant ist auch, was der Senator in der gleichen Debatte sagte:

"Ich habe den Eindruck, dass sich die Geschichte wiederholt."

Hört, hört.

"Eine gute Idee wird diskutiert, Fragen werden nicht beantwortet ..."

(Dirk Kienscherf SPD: Irgendwann muss man auch mal was tun!)

"... der Startknopf wird gedrückt und dann bricht das Chaos aus. Lernen Sie aus Ihren Fehlern."

Gut gesprochen, Herr Senator Rabe. Das gilt auch heute, und eigentlich wäre damit in dieser Debatte schon fast alles gesagt.

(Beifall bei der CDU)

Allerdings erwarten die Bürgerinnen und Bürger in Hamburg von uns mehr als immer die gleichen Debatten mit ausgewechselten Rollen. Deshalb erlauben Sie mir ein paar zusätzliche Anmerkungen zu Tempo und Qualität der Umsetzung des Ganztags in Hamburg.

Polemik, das haben Sie, Frau Jürgens, gesagt, nütze uns allen nichts. Sicherlich ist es erst einmal angebracht, den Schulleitungen und Trägern zu danken, die sich unter widrigen Bedingungen auf den Weg gemacht haben, dieses ehrgeizige Projekt umzusetzen, hinter dem wir alle dem Grunde nach stehen, um 2013/2014 den Eltern und Schülern, die sich für den Ganzttag im Rahmen vom GBS entschieden haben, diese Möglichkeit zu geben. Dennoch sind die Anforderungen an den Ganzttag in Hamburg und in der Republik hoch. Wir machen das nicht aus Spaß, sondern wir versprechen uns davon eine ganze Menge. Es geht darum, dass Schulfreude und Lernmotivation erhöht werden. Es geht darum, den Erwerb von sozialen und kognitiven Fähigkeiten bei den Schülerinnen und Schülern zu steigern, und es geht darum, soziale Benachteiligungen zu kompensieren, die Balance zwischen Familie und Arbeitswelt zu verbessern und darüber hinaus mit den Ganzttagsschulen einen wichtigen Beitrag zur Integrationspolitik zu schaffen. Allerdings nützt es nichts, einfach nur die Dauer der Schule in den Nachmittag hinein zu verlängern, sondern es bedarf einer qualitativen Ausgestaltung des Ganztags.

Ich persönlich habe große Probleme damit, dass in Hamburg GBS inzwischen als Neuerfindung der Ganzttagsschule gilt, obwohl GBS natürlich nur eine Form des Ganztags ist und, ehrlich gesagt, auch nicht diejenige, auf die wir uns beschränken sollten. Auch das ist ein Kritikpunkt an Ihrer Politik, Herr Senator. Sie wollen uns weismachen, dass GBS der richtige Weg zur Lösung des Ganztagsproblems in Hamburg sei. GBS ist sicherlich ein Weg zum Ganzttag, aber nicht derjenige, auf den wir uns ausschließlich verlassen sollten.

Alle Untersuchungen zum Thema Ganzttag bundesweit zeigen, dass die Zufriedenheit der Eltern entscheidend davon abhängt, wie die Qualität der Umsetzung ist, und da gibt es bei Ihrem Konzept erhebliche Fragezeichen. Wir haben uns daher entschieden, den Antrag der LINKEN in fast allen Petita zu unterstützen.

(Beifall bei *Christiane Schneider DIE LINKE*)

Nicht unterstützen werden wir Ihr Petikum in Ziffer 7.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Schade, Frau Prien, überlegen Sie sich das nochmal!)

Wir meinen, es handelt sich hierbei um ein Notfallprogramm, das der Schadensbegrenzung dient. Es nützt nichts, Herr Senator Rabe, wenn Sie glauben, schnell, überhastet und nach dem Gießkannenprinzip die Hamburger Eltern beglücken zu können ohne ein ausgewogenes pädagogisches Konzept, ohne eine vernünftige Versorgung der Schulen mit Produktionsküchen und ohne ein ausgewogenes und gut ausgehandeltes Verhältnis zu den Trägern, Sportvereinen, Musikschulen et cetera. Sie tun den Schülerinnen und Schülern in Hamburg keinen Gefallen damit. Sie schöpfen das Potenzial, das der Ganzttag als wichtige gesellschaftliche und bildungspolitische Maßnahme hat, nicht aus. Deshalb ist die Zustimmung zu diesem Antrag das Minimum dessen, was man fordern muss, damit der Ganzttag in Hamburg nicht gegen die Wand fährt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei den GRÜNEN und der LINKEN – Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Dr. von Berg, Sie haben das Wort.

Dr. Stefanie von Berg GRÜNE:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere diejenigen, die ihre Kinder oder Enkel in der Grundschule haben! Neulich erzählte mir eine Mutter Folgendes: Meine Tochter Laura hat ein Jahr lang an der GBS teilgenommen. Ich werde sie wieder abmelden müssen. Jeden Nachmittag, wenn ich sie aus der Schule abhole, höre ich dieselben Klagen.

(Dr. Stefanie von Berg)

Laura sagt, das Essen schmecke ihr nicht, es sei meistens matschig und kalt.

(Robert Heinemann CDU: Ist ja auch lange warmgehalten worden!)

Sie wisse nicht, wer für sie zuständig sei, es sei ständig jemand anderes da. Sie wisse nicht, wo ihre Gruppen und ihre Freundinnen seien, und sie wisse nicht, was sie am Nachmittag machen solle. Meistens sitze sie nur im Klassenraum und male. Wissen Sie, fuhr diese Mutter fort, ich kann es nicht mehr ertragen, meine Tochter Laura jeden Nachmittag traurig aus der Schule abzuholen. Muss Schule so sein?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß nicht, welche Reaktion das bei Ihnen auslöst. Mir tut Laura leid, und mir tut auch die Mutter leid. Stellen Sie sich vor, es wäre Ihr Kind, das Sie jeden Tag traurig und niedergeschlagen nach Hause holen müssten. Nebenbei: Diese Mutter muss, weil sie ihr Kind von der GBS abmeldet, ihren Vollzeit- in einen Teilzeitjob umwandeln. So kann es nicht bleiben, denn Laura ist kein Einzelfall. Ich sage Ihnen eines: Ganztagschule kann, Ganztagschule muss anders sein.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Robert Heinemann und Karin Prien, beide CDU)

Daher fordern wir GRÜNEN den Senat auf, die Qualität bei der Ganztägigen Bildung und Betreuung dringend nachzubessern. Was wir GRÜNEN wollen – und ich hoffe, ich spreche für ganz viele Kolleginnen und Kollegen, vielleicht für alle Kolleginnen und Kollegen im Saal –, ist eine Ganztagschule, in die die Kinder gerne gehen und in der sie gemeinsam mehr Zeit für Bildung, aber auch mehr Zeit für freies Spiel haben.

Für eine gute Ganztagschule brauchen wir als allererstes gesundes, frisch gekochtes Essen für unsere Kinder.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Robert Heinemann CDU)

Dies ist recht einfach umzusetzen, denn wir brauchen eigentlich nur 100 Millionen Euro

(Dr. Andreas Dressel SPD: Wir brauchen nur 100 Millionen Euro! – Dirk Kienschurf SPD: Nur 100 Millionen!)

beziehungsweise ein Teil der Summe, die für den Kantinenausbau vorgesehen ist, muss für echte Schulküchen eingesetzt werden und schon hätten wir frisch gekochtes Essen auf dem Tisch. Frisch gekochtes Essen spendet Kraft und ist ein Pfeiler für unsere Gesundheit. Wir fordern für unsere Kinder: Frisch und knackig statt welk und pappig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für eine gute Ganztagschule brauchen wir außerdem vernünftige pädagogische Konzepte für die

GBS-Schulen. Ganztätige Bildung und Betreuung heißt eben nicht, vormittags Unterricht, nachmittags Aufbewahrung. Daher fordern wir auch pädagogische Mindeststandards. Dazu gehören feste Bezugserzieherinnen, verlässliche Gruppen und verlässliche, abwechslungsreiche Angebote. Kinder brauchen Sicherheit und Vertrauen. Kinder brauchen eine Hand, die sie anfassen können.

Nicht zuletzt brauchen wir für eine gute Ganztagschule auch Mittel für die Nachmittagsbetreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf, insbesondere für Kinder mit einem pädagogischen Förderbedarf im Bereich Lernen, Sprache, emotionale und soziale Entwicklung. Es kann doch wohl nicht sein, dass Kinder, die am Vormittag Extrabetreuung bekommen, am Nachmittag sich selbst überlassen sind. So wird das Konzept der Inklusion ad absurdum geführt.

Wenn in den Schulen frisches Essen, ein stimmiges pädagogisches Konzept und genügend Mittel für die Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf vorhanden sind, werden wir dem Ziel einer guten Ganztagschule näherkommen. Lieber Senat, lassen Sie die Schulen und die Kinder nicht im Stich, sondern unterstützen Sie sie. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Ritter, Sie haben das Wort.

Finn-Ole Ritter FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir hören seit Monaten die immer gleichen Erfolgsmeldungen aus der Schulbehörde und von Senator Rabe:

(Jens-Peter Schwieger SPD: Zu Recht!)

Noch nie gab es so viele Ganztagsangebote an Schulen,

(Beifall bei der SPD)

noch nie gab es in Hamburg so viele Schüler in Ganztagsangeboten,

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

im Sommer werden fast alle Grundschulen Ganztagsangebote vorweisen, das gab es noch nie – soweit das Universum des Senats und der SPD-Fraktion.

(Gerhard Lein SPD: Soweit stimmt es ja auch!)

Trotzdem – und jetzt möchte ich Sie bitten, noch einmal mitzukommen in die Realität – taucht immer die gleiche Frage auf: Wenn es so viele Erfolgsmeldungen gibt und alles so toll funktioniert, warum ist die Kritik der Eltern und der Verbände eigentlich so groß? Für uns ist die Besorgnis der Eltern und der Verbände absolut nachvollziehbar.

(Finn-Ole Ritter)

(Beifall bei der FDP – *Ekkehard Wysocki SPD*: Ist klar!)

Wir wollen nicht verhehlen, dass Anfangsschwierigkeiten bei so einem Konzept normal sind – das bestreitet übrigens auch niemand –, aber dennoch ist die Kritik der Eltern berechtigt, denn viele Probleme sind hausgemacht. Wir als FDP-Fraktion stimmen der LINKEN in einem Punkt zu – ungewöhnlich, das nur als Einschub –: Qualität geht vor Tempo. Damit der Ganztagsausbau gelingt, müssen die Rahmenbedingungen stimmen.

Dafür möchte ich drei Punkte exemplarisch nennen: Die Organisation des Mittagessens in den Schulen ist noch immer in vielen Teilen unzureichend. Die Räumlichkeiten, das wurde schon erwähnt, sind vielfach noch nicht vorhanden. Es fehlt ausreichend pädagogisches Personal, obwohl uns Herr Senator Rabe immer das Gegenteil beweisen möchte. Die Behörde betont nämlich, dass alle Stellen für pädagogische Fachkräfte besetzt werden können. Gleichzeitig sagte sie im Ausschuss, sie wisse nicht, wie viele Stellen eigentlich noch besetzt werden müssten. Wie Sie dann zu dem Schluss kommen, Herr Rabe, dass alle Stellen besetzt werden, ist und bleibt Ihr persönliches Rätsel.

Bei den vielen Petita der LINKEN geht ein entscheidender Punkt fast unter. Nicht nur der Blick auf die Rahmenbedingungen ist wichtig, sondern auch der Blick auf die Inhalte, also auf die Betreuungsqualität. Viele Eltern müssen momentan leider für die ganztägige Betreuung die Katze im Sack kaufen. Das ist für uns nicht akzeptabel.

(Beifall bei der FDP)

Eltern mussten ihre Kinder oft anmelden, ohne die genaue Ausgestaltung der Angebote zu kennen, denn die pädagogischen Konzepte liegen in vielen Schulen immer noch nicht vor. Die Nachmittagsbetreuung wurde an vielen Standorten von erfahrenen Hortträgern gewährleistet, die mittlerweile an die Schulen gewechselt sind, aber es gibt auch neue Anbieter. Dieses Zusammenwachsen von Schule und neuen Trägern muss durch ein pädagogisches Konzept gefestigt werden. Und – damit kommen wir zum Hauptpunkt der Kritik – die angekündigten Qualitätsmerkmale liegen nach unserer Kenntnis immer noch nicht vor. Die Erwähnung der GBS im Orientierungsrahmen Schulqualität beschränkt sich auf drei Spiegelstriche. Vielleicht sind sie auch einfach nur so gut versteckt, Herr Rabe, dass Eltern, Träger und Fraktionen sie nicht finden können. Eltern wissen also, wie gut und pädagogisch hochwertig die Betreuung im Hort war. Sie wissen allerdings nicht, welche Betreuungsqualität sie ab Sommer in der GBS zu erwarten haben. Dass daraus Verunsicherung und Besorgnis bei den Eltern resultiert, ist für uns mehr als verständlich.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Leider tut die Behörde aus unserer Sicht viel zu wenig, um diese Verunsicherung und Besorgnis aus dem Weg zu räumen. Statt Ziel einer Informationsoffensive zu sein, fühlen sich die Eltern mit ihren Fragen im Stich gelassen. Im Übrigen fühlen sich nicht nur die Eltern im Stich gelassen, sondern auch Schulen und Träger haben noch jede Menge Fragezeichen. Das lässt sich daran feststellen, dass immer mehr Träger auf uns zukommen und uns bitten, Schriftliche Kleine Anfragen zu stellen, damit sie überhaupt Informationen bekommen, da die Behörde nur unzureichend oder gar nicht Auskunft erteilt. Eine professionelle Einführung eines Konzepts sieht auf jeden Fall anders aus.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Herr Senator Rabe, ein letztes Mal möchte ich Sie in meiner Rede ansprechen. Die Schüler haben ab nächster Woche Ferien. Das sei ihnen gegönnt, sie haben es auch verdient. Fast alle Grundschulen werden nach den Sommerferien zu GBS-Angeboten. Sie und Ihre Behörde sollten allerdings nachsitzen und die Sommerferien für eine vernünftige Umsetzung der GBS nutzen, denn sonst setzen Sie die Qualität der ganztägigen Betreuung schon vor der Einführung in die letzte Reihe. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei *Karin Prien CDU*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Senator Rabe, Sie haben das Wort.

Senator Ties Rabe:* Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist in der Tat ein wichtiges und spannendes Thema. Ich erinnere daran, wie die Ausgangslage war. Wir haben 200 Grundschulen in Hamburg. Als die SPD ihre Regierung begann, hatten 50 dieser 200 Grundschulen ein Ganztagsangebot. Die Stadt hat sich viel Zeit gelassen, 20 Jahre, um 50 Grundschulen zu Ganztagschulen zu entwickeln. Natürlich hätte man so weitermachen können, vor allem, wenn man dann auch die Ehrlichkeit gehabt hätte zu sagen, dass 10 000 Kinder keinen Nachmittagsplatz bekommen. So war es die ganze Zeit und so wird es auch weiter sein, wenn wir in dem Tempo weitermachen, das die Regierungen in der Vergangenheit angeschlagen haben. Deswegen können wir über alle Einzelheiten diskutieren, aber reden Sie nicht das Kernproblem weg: 10 000 Kinder hatten nachmittags keinen Platz. Wir sind die erste Regierung, die genau darauf eine Antwort gesucht hat,

(*Robert Heinemann CDU*: Das sind ja nun echt Geschichten!)

(Senator Ties Rabe)

und wir haben bis zu diesem Sommer innerhalb von nur drei Jahren 140 Schulen zu Ganztagschulen gemacht, sodass es nun dreimal so viele sind, wie in den vergangenen 25 Jahren entwickelt worden sind. Das ist die Antwort auf die Sorgen und Nöte von Eltern und Kindern, und das haben wir richtig gemacht.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage ganz offen: Man kann auch in Schönheit sterben.

(Robert Heinemann CDU: Das ist dreist, Herr Senator! Dreist!)

Wir könnten weitermachen wie bisher. Einmal im Jahr eröffnet der Senator drei, vier Schulen, die hervorragend ausgestattet sind. Aber dann muss man auch allen Beteiligten sagen, dass weiter Kinder vor der Tür bleiben werden, wenn wir nicht den Mut haben, in die Fläche zu gehen, so wie es bei den Vorgängerregierungen im Tausenderbereich der Fall gewesen ist. Darauf müssen wir auch eine Antwort finden.

Wir müssen natürlich in der Tat eine Antwort finden auf qualitative Fragen. Ich bin allerdings verwundert über die Vorschläge, die Sie hier machen. Sie sagen, es sollen Konzepte geschrieben werden. In unserer Behörde liegt ein Stapel Papier, der ist mindestens so hoch. Jede Schule sollte ein Konzept einreichen, das war die Bedingung dafür, um überhaupt beginnen zu dürfen. Natürlich hat jede dieser Schulen ein Konzept, und natürlich können alle Eltern diese Konzepte einsehen.

(Dora Heyenn DIE LINKE: Das stimmt nicht!)

Ich weiß gar nicht, warum hier immer die Rede davon ist, dass wir Konzepte vorlegen sollen. Wir stellen diese Konzepte gerne auch dem Schulausschuss vor. Das ist eine sinnlose Diskussion, weil das die Voraussetzung war, um überhaupt den Ganztag zu beginnen.

Außerdem sagen Sie, wir sollten schleunigst Kantinen bauen. Darf ich Sie einmal ganz fröhlich daran erinnern, dass wir nicht im luftleeren Raum Politik machen, sondern dass es Vorgängerregierungen gab, die sich ebenfalls mit Kantinenfragen abgemüht haben? Wir werden in diesem Jahr vermutlich 70 Kantinen fertigstellen. Das sind mehr, als während der gesamten schwarz-grünen Regierungszeit insgesamt auf den Weg gebracht worden sind. Selbst wenn man die Zeit unter der schwarzen Vorgängerregierung mit einbezieht, wird es kaum gelingen, an diese Zahl heranzureichen, und das schaffen wir in einem Jahr. Dass Sie sich jetzt hinstellen und sagen, das müsse schneller gehen, ist sicherlich als Ansporn nett gemeint. Da wir aber schon ungefähr drei- bis fünfmal so schnell sind wie alles, was bisher in Hamburg lief, dürfen wir

auch die Realität im Blick behalten: Unser Kantinenprogramm

(Robert Heinemann CDU: Aufwärmküchen haben Sie!)

ist größer als alles, was es bisher in Hamburg dazu gegeben hat.

(Beifall bei der SPD)

Dann finden Sie das Essen für 3,50 Euro so schlecht, dass Sie es als Pampe und so weiter bezeichnen. Frau von Berg, darf ich Sie daran erinnern, dass unter Schwarz-Grün – und ich glaube, dass in der Zeit auch grüne Politik die Schulen geprägt hat – der Essenspreis bei 3 Euro lag? Wenn wir als SPD jetzt auf 3,50 Euro gehen, wenn Niedersachsen 2,50 Euro vorsieht, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen alle zwischen 2,50 Euro und 3 Euro liegen und Grün 3 Euro für genug hielt, wie können Sie sich dann hinstellen und sagen, das reiche nur für Pampe? Glaubwürdigkeit ist wirklich etwas anderes.

(Beifall bei der SPD)

Dann heißt es, wir sollen eine Evaluation machen. Sie wissen alle, dass erstens eine Evaluation schon vorliegt und zweitens in der Drucksache, die wir alle vor einem Dreivierteljahr beraten haben, eine Evaluation bereits vorgesehen ist; das wird es natürlich geben.

Zu den Fragen der Raumgestaltung. Wir wissen, dass die Schulen mehr als doppelt so groß sind wie die bisherigen Horte. Die Räume sind da, aber es ist in der Tat eine schwierige Aufgabe, diese Räume auch zu nutzen. Natürlich kann man nicht nachmittags im Chemielabor auf dem Fußboden spielen und mit LEGO basteln. Deswegen ist es unbestreitbar eine Aufgabe, daran zu arbeiten. Aber zu sagen, dass die ganzen Räume fehlen, wird der Wirklichkeit auch nicht gerecht. Hier haben die Schulen eine schwierige Aufgabe, aber eine Aufgabe, die sie sehr gut meistern.

Damit komme ich zum Schluss. Frau von Berg, Sie haben eine herzerreißende Geschichte von einer kleinen Laura erzählt. Bei 165 730 Schülern im Hamburger Schulsystem schließe ich nicht aus, dass es Schwierigkeiten und Probleme gibt. Wir von der Regierung dürfen aber auch auf einen Punkt hinweisen: Sie haben damals ein Konzept für die Ganztagsbetreuung vorgelegt und gesagt, dass 40 Prozent der Kinder daran teilnehmen werden; es war ein GBS-Konzept.

(Robert Heinemann CDU: Ich dachte, das wäre Ihre Erfindung!)

Wir haben diese Idee aufgegriffen und zwei Dinge verändert. Erstens: Es gibt 30 Prozent mehr Geld, Herr Heinemann, für bessere pädagogische Betreuung und bessere Kantinenausstattung. Sie hatten übrigens in Ihrem Konzept völlig vergessen,

(Senator Ties Rabe)

dafür Geld bereitzustellen, das war gar nicht vorgesehen. Und natürlich gibt es auch mehr Erzieherinnen und Erzieher. Das ist der eine Unterschied. Und der andere Unterschied ist, dass unser Konzept nicht nur 30 Prozent teurer und besser ist, sondern wir glauben, dass deshalb mehr Eltern ihre Kinder anmelden werden. Wir haben 50 Prozent angesetzt, Sie sagten 40 Prozent. Die Wirklichkeit straft alle Annahmen Lügen. Wir werden vermutlich schon im ersten Schwung nicht einmal bei 50 Prozent stehen bleiben.

Ich habe gerade die Grundschule am Kiefernberg in Harburg besucht und wurde dort mit einem Problem konfrontiert nach dem Motto: Lieber Schulse-nator, löse es. Das Problem war wirklich anrührend. Die Anmeldequote für GBS liegt in dieser Schule bei 60 Prozent. Die 40 Prozent der Kinder, die nicht angemeldet worden sind, stellen immer mehr fest, wie spannend Ganztage ist, aber ihre Eltern haben da Berührungsprobleme. Was machen diese Kinder? Sie kommen nachmittags zur Schule, wenn keiner guckt, und krabbeln über den Zaun. Und das Problem, das ich lösen sollte, war, dass der Träger zwar für eine bestimmte Anzahl von Kindern Geld bekommt, aber immer viel mehr Kinder auf dem Gelände hat, weil die da freiwillig hingehen. All ihre Spielkameraden sind da und die Angebote sind viel besser als alles, was sie sonst hatten. Deswegen sind die Anmeldequoten auch gigantisch hoch. Das darf man, bei aller Wahrheit von Einzelgeschichten, nicht vergessen. Die Anmeldequote ist erstaunlich – wir werden in diesem Bereich umgerannt mit Anmeldungen –, und ich glaube, es täte auch der Opposition gut, wenn sie diesen Elternwillen ernst nähme. Wir jedenfalls werden es weiterhin tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Nun hat Frau Heyenn das Wort.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, mit diesem Gejammer werden Sie die Probleme nicht lösen.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU, den GRÜNEN und der FDP)

Und immer diese Schwarze-Peter-Verschieberei auf irgendwelche Vorgängerregierungen hilft auch nicht weiter.

(Dirk Kienscherf SPD: Die haben weniger ausgegeben! Die nölen doch rum!)

Wir von der LINKEN begrüßen es ausdrücklich, dass ab August 2013 fast flächendeckend gebührenfreie Bildung und Betreuung von 8 bis 16 Uhr in Hamburg ermöglicht wird. Das finden wir großartig. Wir können gar nicht oft genug sagen, dass wir das voll respektieren und gut finden.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir möchten aber, dass die Kinder gerne in die Schule gehen, auch in den Ganztage, und dass, wie Frau Prien eben gesagt hat, diese gute Idee nicht gegen die Wand gefahren wird. Es hat mehrere offene Briefe von Eltern, Lehrerkollegien und Schulleitungen gegeben. Dass es Mängel gibt, ist offenkundig, und da ist doch die Frage, was man tut. Deswegen haben wir einen Antrag für ein sogenanntes Sofortpaket eingebracht.

Sie sagen, dass wir den Elternwillen respektieren sollen. Es gibt eine Pressemeldung vom Landeselternausschuss Kindertagesbetreuung, der Folgendes zu unserem Antrag gesagt hat – ich zitiere –:

"Der Antrag der LINKEN greift wichtige Forderungen aus dem Notfallpaket von LEA und Elternkammer auf. Der Antrag sieht vor, die größten Probleme kurzfristig in der zuständigen Vertragskommission zwischen Trägerverbänden und Senat zu verhandeln."

Auch den Eltern liegt es am Herzen, dass der Ganztage funktioniert, und deshalb muss etwas passieren.

Nun hat Frau Jürgens ganz zu Anfang ihrer Rede gesagt, wir würden mit unserem Antrag Panikmache betreiben und sollten uns lieber bewusst machen, dass Schule, Eltern und Hortträger gemeinsam die Probleme angehen. Dazu muss ich Ihnen sagen, dass es mit dem Zuhören bei Ihrem Senator nicht zum Besten bestellt ist. Wir haben zum Beispiel feststellen müssen, dass die Elternkammer bereits im April ein Spitzengespräch mit Schulse-nator Rabe hatte, in dem ein Notfallpaket für den GBS gefordert wurde und zugesagt worden ist, dass es im Ganztage keine Qualitätsabstriche gegenüber der Betreuung in den Horten gibt. Wenn man das umsetzen will, dann gehört dazu Geld, dann gehört dazu Personal, dann muss die Ausstattung verbessert werden, und es gehören auch Zwischenmahlzeiten dazu. Und nun zitiere ich wieder aus der Presseerklärung des Landeselternausschusses Kindertagesbetreuung:

"Den Worten müssen nun endlich Taten folgen. Noch hat die Schulbehörde keine von Senator Rabes Zusagen eingehalten."

Darum geht es: Er hat offenkundig nicht zugehört und er tut auch nichts, und das ist einfach nicht anständig.

(Beifall bei der LINKEN und bei Robert Heinemann CDU)

Dann haben Sie gesagt, das Wort "Inklusionskind" werde das Unwort des Jahres und haben ausgeführt, das seien Kinder wie alle anderen, nur mit einem besonderen pädagogischen Förderbedarf. Da haben Sie recht, aber dann gehen Sie doch bitte einmal in die Ganztage-schulen, um zu erleben, was das bedeutet. Das bedeutet, dass man als

(Dora Heyenn)

Lehrkraft, wenn man mehrere von diesen Kindern mit besonderem Förderbedarf hat, die anderen Kinder vernachlässigt, dass man gar nicht mehr aus dem Kreuz kommt und nicht mehr allen gerecht wird.

(Robert Heinemann CDU: DIE LINKE hat recht! und Beifall)

Deshalb fordern wir, dass in jeder Klasse, sowohl in der Schule als auch am Nachmittag, höchstens vier Kinder mit besonderem Förderbedarf sein dürfen. Ob Sie die dann Inklusionskinder nennen oder nicht, ist mir völlig egal.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der CDU und der FDP)

Herr Senator, Sie fragen, warum wir in Punkt 4 des Petitions in unserem Antrag fordern, dass sichergestellt wird, dass nur Schulen in den Ganztags kommen, die auch pädagogische Konzepte vorgelegt haben. Sie sagen, das sei so. Das stimmt leider nicht, das kann man in jeder Zeitung lesen. Viele Eltern wissen immer noch nicht, was nach den Ferien auf ihre Kinder zukommt, weil die pädagogischen Konzepte eben nicht vorliegen.

Deshalb fordern wir Sie auf, das, was Sie den Eltern versprochen haben, ernst zu nehmen und alles dafür zu tun, dass nach den Ferien an den Schulen vor allem während der Nachmittagsbetreuung nicht das Chaos ausbricht und die Eltern reihenweise ihre Kinder wieder abmelden.

(Beifall bei der LINKEN und bei Robert Heinemann und Dr. Walter Scheuerl, beide CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Meine Damen und Herren! Bevor ich Frau Prien das Wort erteile, will ich deutlich machen, dass es hier zu laut ist. Wenn Sie der Debatte nicht folgen wollen, dann gehen Sie doch bitte nach draußen und führen Sie dort Ihre Gespräche fort. – Frau Prien, bitte.

Karin Prien CDU:* Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was Sie uns zu der Ausgangslage, die Sie bei Regierungsübernahme vorgefunden haben, geboten haben, Herr Rabe, ist doch wohl eher eine kleine Märchenstunde gewesen. Tatsache ist, dass Sie ein ganzes Jahr gebraucht haben, um zu entscheiden, ob Sie überhaupt mit GBS weitermachen wollen, und ein ganzes Jahr lang nichts getan haben. Jetzt muss plötzlich alles ganz schnell gehen.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Stefanie von Berg GRÜNE)

Sie gehen mit Provisorien an den Markt. Sie gehen mit Provisorien im räumlichen Bereich, im pädagogischen Bereich und auch im Personalbereich an den Start. Das ist keine solide Politik für Hamburgs Kinder und Jugendliche.

(Beifall bei der CDU)

Und ob Ihr Mut, in die Fläche zu gehen, am Ende tatsächlich eine gute Entscheidung war, wird die Evaluation, die wir dringend brauchen, zeigen. Und die StEG-Untersuchung von 2010 zeigt, dass gerade im Primarschulbereich die Eltern begeistert auf das Ganztagsangebot eingehen. Aber sie melden ihre Kinder eben auch dann an, wenn die Qualität nicht stimmt. Das droht uns auch in Hamburg, und das wollen wir alle miteinander nicht.

(Beifall bei der CDU)

Das Argument, die Eltern würden Ihnen die Tür einrennen, ist kein gutes Argument. Das ersetzt eine sorgfältige Politik nicht, wenn Sie falsche Erwartungen wecken und dann nicht die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Sie können sich dann nicht hinterher darauf berufen, dass die Eltern Ihnen die Tür eingerannt hätten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Wenn ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, dann kommen wir jetzt zur Abstimmung. Die Fraktionen der CDU, GRÜNEN und FDP haben hierzu eine ziffernweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte nun zunächst die Ziffern 1 und 2 des Antrags der LINKEN annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind die Ziffern 1 und 2 abgelehnt.

Wer schließt sich den Ziffern 3 und 8 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch die Ziffern 3 und 8 abgelehnt.

Wer möchte sich Ziffer 4 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 4 abgelehnt.

Wer möchte nun Ziffer 5 zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 5 abgelehnt.

Wer möchte die Ziffer 6 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 6 abgelehnt.

Wer schließt sich Ziffer 7 an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 7 abgelehnt.

Wer möchte sodann die Ziffer 9 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch Ziffer 9 abgelehnt.

Ich rufe somit den Punkt 30 auf, das ist die Drucksache 20/8147, gemeinsamer Bericht des Haushaltsausschusses und des Ausschusses Öffentliche Unternehmen: HSH Nordbank: Wiedererhöhung der Ländergarantie.

(Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel)

[Gemeinsamer Bericht des Haushaltsausschusses und des Ausschusses Öffentliche Unternehmen über die Drucksache 20/7297:

HSH Nordbank: Wiedererhöhung der Ländergarantie (Senatsantrag)

– Drs 20/8147 –]

Hierzu liegen Ihnen mit den Drucksachen 20/8354, 20/8357, 20/8364 und 20/8366 Anträge der Fraktionen der LINKEN, der FDP, der CDU sowie der GRÜNEN vor.

[Antrag der Fraktion DIE LINKE:

HSH Nordbank – Beauftragung eines unabhängigen Gutachters für das Geschäftsmodell der HSH Nordbank und gegebenenfalls Beantragung des Reorganisationsverfahrens nach § 7 Absatz 1 Restrukturierungsgesetz

– Drs 20/8354 –]

[Antrag der FDP-Fraktion:

Geordneter Ausstieg aus der HSH Nordbank AG

– Drs 20/8357 –]

[Antrag der CDU-Fraktion:

Expertise der HSH Nordbank für Norddeutschland erhalten – Risiken des Steuerzahlers minimieren – Nachträgliche Garantieprämie prüfen

– Drs 20/8364 –]

[Antrag der GRÜNEN Fraktion:

"HSH Nordbank – Wiedererhöhung der Ländergarantie"

– Drs 20/8366 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Quast, Sie haben es.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im April 2009 hatte die Bürgerschaft nach knapp fünfwöchiger Beratung mit den Stimmen der regierenden CDU und der GAL sowie mit den Stimmen der SPD-Opposition die Neuausrichtung einer schwer angeschlagenen HSH Nordbank sowie eine Garantie in Höhe von 10 Milliarden Euro beschlossen.

Mit der heute vorliegenden Drucksache bittet der Senat um die Zustimmung zur Wiedererhöhung der Zweitverlustgarantie zugunsten der HSH Nordbank von 7 auf 10 Milliarden Euro. Wir haben diese Drucksache mehr als zwölf Wochen sehr intensiv beraten, eine Sachverständigenanhörung gemeinsam mit dem Kieler Finanzausschuss und eine Senatsbefragung durchgeführt. Uns haben der Bankvorstand, die Wirtschaftsprüfer und der Senat umfassend Auskunft gegeben, zum großen Teil in öffentlicher Beratung und zu Geschäftsgeheimnissen auch in nicht-öffentlicher Sitzung.

Die uns beratenden Sachverständigen konnten vertrauliche Unterlagen einsehen, so wie auch wir

Akteneinsicht nehmen konnten. Zudem befassen wir uns im Ausschuss Öffentliche Unternehmen regelmäßig mit der HSH Nordbank. Wir haben also ein intensives Beratungsverfahren hinter uns, das eine umfassende Information und Transparenz ermöglichte. Dies ist für eine Entscheidung in der Tragweite, wie wir sie heute zu treffen haben, angemessen und erforderlich. Es erleichtert uns jedoch diese Entscheidung nicht.

Viele Unwägbarkeiten und Risiken in einem schwierigen, von hier nicht zu beeinflussenden wirtschaftlichen Umfeld bleiben bestehen. Es bleibt ein Unbehagen, das die Hamburger Politik nun schon seit 2008 begleitet.

(Beifall bei der SPD)

Bei der HSH Nordbank geht es nämlich nicht allein um die Zukunft dieses Instituts, sondern auch um die Handlungsfähigkeit der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein. Es geht um Haushaltsrisiken in zweistelliger Milliardenhöhe, die vor allem aus der Gewährträgerhaftung resultieren, die immer noch bei gut 30 Milliarden Euro liegt. Diese Gewährträgerhaftung kettet das geschäftliche Risiko der HSH Nordbank an die Stadt und die Steuerzahler.

Die bestehende Garantie, über deren Wiedererhöhung wir heute beschließen, soll die Neuausrichtung der Bank absichern und das weitaus größere Risiko der Gewährträgerhaftung minimieren. Die Entscheidung heute hat daher eine große Tragweite. Das gilt sowohl für die Zustimmung zur Wiedererhöhung der Garantie als auch für deren Ablehnung – eine Tragweite, die wir heute nur abschätzen, nicht aber sicher voraussagen können. Wir alle haben die Fakten bewertet und gewichtet. Und wir kommen in diesem Haus dabei durchaus zu verschiedenen, zum Teil gegensätzlichen Schlussfolgerungen.

Meine Damen und Herren! Wir wägen heute die Chancen für die Zukunft der HSH Nordbank durch eine Garantieerhöhung mit dem Risiko einer möglicherweise höheren Inanspruchnahme der Länder im Rahmen einer wiederaufgestockten Garantie ab. Wir müssen aber auch das Risiko bewerten, das mit einer Verweigerung dieser Garantieerhöhung eintritt, für die HSH Nordbank, für Hamburg und für Schleswig-Holstein. Der Senat und die Landesregierung in Kiel haben eine Abwägung zugunsten dieser Maßnahme getroffen. Diese Abwägung ist durch die Drucksache und durch die Beratungen in den Ausschüssen nachvollziehbar.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, die Kernkapitalquote der Bank bei über 9 Prozent zu halten. Diese harte Kapitalquote fordert die deutsche und die europäische Bankenaufsicht, eine Anforderung, die wir nach den Erfahrungen der Bankenkrise grundsätzlich begrüßen, auch wenn sie uns hier besonders herausfordert.

(Jan Quast)

Gleichzeitig belasten neue aufsichtsrechtliche Vorgaben wie Basel III und die Umstellung auf internationale Rechnungslegungsvorschriften die Kapitalquote der HSH Nordbank wie auch aller anderen Kreditinstitute. Auf die HSH wirkt aber auch die Eintrübung der weltweiten Konjunktur. Vor allem die andauernd schlechte Lage der Seeschifffahrt wirkt sich negativ auf die Werthaltigkeit des Portfolios im Bereich Schiffsfinanzierung aus, ohne dass in Kürze mit einer Erholung zu rechnen ist. Diese Situation hindert die HSH nach heutiger Erkenntnis, die vorgeschriebene Kernkapitalquote aus eigener Kraft zu erreichen. Daher ist ein aktives Eintreten der Anteilseigner für die Bank erforderlich.

(Beifall bei der SPD)

Unterbleibt diese, ist eine Abwertung der HSH durch die Ratingagenturen bereits angekündigt. Dies würde sich sicherlich direkt negativ auf die Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank am Kapitalmarkt auswirken. Die Kosten der Refinanzierung würden steigen mit verheerenden Konsequenzen für die Bank und die für diese Bank immer noch haftenden Länder. Nichts tun ist daher aus unserer Sicht keine Alternative, genauso wenig wie eine aufschiebende Entscheidung, wie es FDP und LINKE fordern.

(Beifall bei der SPD)

Handeln wir nicht, ist die Gefahr groß, wenn nicht sogar gewiss, dass die HSH Nordbank ins Trudeln gerät und der Eintritt einer Haftung durch die alten Gewährträger Realität wird, zum Schaden der Landeshaushalte und unserer künftigen Gestaltungsfähigkeit. Das kann kein verantwortlich Handelnder wollen.

(Beifall bei der SPD)

Mit der vorgesehenen Wiedererhöhung der Ländergarantie von 7 auf 10 Milliarden Euro ist das beabsichtigte Ziel erreichbar, die Kernkapitalquote der HSH Nordbank auf über 9 Prozent zu stabilisieren. Dies haben uns die Experten in der Sachverständigenanhörung bestätigt. Diesen Weg will die SPD-Fraktion daher gemeinsam mit dem Senat, mit der Kieler Landesregierung und mit möglichst vielen von Ihnen gehen.

Diese Maßnahme korrigiert die in der Rückschau als Fehler zu bewertende, schrittweise Rückführung von 3 Milliarden Euro aus der ursprünglich schon einmal 10 Milliarden Euro umfassenden Sunrise-Garantie durch und in Verantwortung der HSH Nordbank im Jahre 2011. Die Wiedererhöhung der Garantie wirkt sofort positiv auf die Kernkapitalquote. Ob sie Bestand hat, wird sich erst in einem neuen Beihilfeverfahren der EU-Kommission entscheiden.

Der Senat hat dargelegt, dass er von einer vorläufigen Genehmigung aus Brüssel ausgeht, bevor voraussichtlich im kommenden Jahr dann endgültig

entschieden wird. Da die wirtschaftliche Situation nach der Wiedererhöhung der Garantie der ursprünglich von der Kommission genehmigten vergleichbar ist, ist es berechtigt, auf diese Genehmigung zu setzen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Thilo Kleibauer CDU*)

Um diese einst EU-konforme Ausgangssituation von 10 Milliarden Euro Garantie auch in Bezug auf den Beitrag der Bank abzubilden, soll die im HSH-Finanzfonds aufgrund der Teilkündigung der Garantie entgangene Gebühr von 270 Millionen Euro rückwirkend von der HSH erhoben werden. Dies ist beihilferechtlich und von der Garantiewirkung her konsequent und stärkt die Argumentationslinie der Länder gegenüber der EU-Kommission.

Diese Gebühr belastet die Bank aber auch zusätzlich. Daher sind wir offen, die Möglichkeit zu prüfen, statt der Nachzahlung dieser Garantieprämie in einer Summe eine Streckung durch eine Verteuerung der künftigen Prämien mit der HSH zu vereinbaren, soweit dies die Linie der Länder im anstehenden Verfahren nicht belastet. Wir werden deshalb den dritten Punkt des CDU-Antrags unterstützen.

Eine zentrale Rolle in der Diskussion hat das neue Geschäftsmodell der HSH gespielt, welches im letzten Beihilfeverfahren der Bank verordnet wurde. Wir haben den Eindruck, dass sich hier durchaus positive Entwicklungen zeigen, wenn auch immer noch nicht ausreichend. Die Bewertung der Erfahrung mit dem Geschäftsmodell wird auch im neuen EU-Beihilfeverfahren Bestandteil sein, sodass wir auch dem ersten Punkt des CDU-Antrags zustimmen wollen, der eine Änderung zugunsten von relevanten Projekten und Finanzierungen im Schifffahrts- und Luftfahrtsektor prüfen lassen will.

Nicht unterstützen können wir die schon vielfach formulierte Forderung der FDP nach einer Abwicklung der HSH Nordbank, den Ruf nach einem Plan B für eine geordnete Abwicklung. Diese Forderung ist widersinnig, weil sie den Eindruck erweckt, es könne ein geordnetes Abwicklungsverfahren geben. Wer ankündigt, eine Abwicklung der Bank zu prüfen, der braucht kein neues, er braucht gar kein Geschäftsmodell mehr, weil so ein Plan B dann automatisch zum Plan A wird, vor allem, wenn die Abwicklung auch noch öffentlich beraten wird, wie die FDP-Fraktion es in ihrem Antrag anlegt.

(Beifall bei der SPD)

Kurz, die Bank wäre am Ende, und zwar nicht, weil die Eigner es so wollten und dies geordnet herbeiführten, sondern weil der Markt Fakten schaffen würde. Wir brauchen keinen Plan B, denn wir wollen die HSH stabilisieren. Was wir brauchen und

(Jan Quast)

auch bekommen, ist ein Sicherheitskonzept, ein Worst-Case-Szenario, wie es alle systemrelevanten Banken in Europa und den USA entwickeln müssen. Darüber werden wir uns auch im zuständigen Ausschuss informieren lassen.

Meine Damen und Herren! Für uns ist mitentscheidend, was der Senat ausführt, indem er in der Drucksache 20/7297 unter Chancen und Risiken der Maßnahme drei mögliche Szenarien betrachtet. Es sind die Szenarien Realisierung der Geschäftsplanung der HSH, schlechterer Geschäftsverlauf als vorgesehen und Ausweitung der Verluste auf über 10,2 Milliarden Euro. In allen drei Szenarien, das führt der Senat aus, sei eine Wiedererhöhung der Garantie gerechtfertigt und sinnvoll, weil die wiedererhöhte Garantie die HSH stabilisieren und ihr die erforderliche Zeit geben würde, ihre Geschäftsplanung auch in der andauernden Krise der Seeschifffahrt umzusetzen.

Und weiter:

"Das Risiko einer Inanspruchnahme aus dem erneut übernommenen Garantiesegment von Euro 3 Mrd. ist gering und selbst im Falle seines Eintretens mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht mit einer Verschlechterung der Gesamtvermögensposition der Länder verbunden."

So können Sie es in der Drucksache nachlesen.

Mit der Wiedererhöhung der Garantie entledigen wir uns nicht aller Probleme oder gar der Risiken. Sie ist aber unseres Ermessens die einzige Weise, verantwortungsvoll zu handeln, als Treuhänder der Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD)

Die Probleme in der Seeschifffahrt, die Auswirkungen der Dollarkursschwankungen und die Aufgabe der Bank, das neue Geschäftsmodell in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld umzusetzen, werden damit nicht gelöst, sie bleiben bestehen. Es sind aber unübersehbar Fortschritte bei der Konsolidierung der Bank und bei der Implementierung des neuen Geschäftsmodells zu erkennen. Wir tragen unseren Teil zur Stabilisierung der Bank bei, indem wir die Kapitalquote durch die Wiedererhöhung der Garantie stärken und bilanziell absichern.

Das ist nicht alternativlos. Alternativen haben FDP und LINKE formuliert. Aber diese Alternativen sind nicht zu verantworten, sie sind Gift.

(Beifall bei der SPD)

Nicht nur für die Bank, nicht nur für den maritimen Standort Hamburg, sondern vor allem auch für unseren Staatshaushalt, weil Risiken aus Gewährträgerhaftung und Garantien unkontrollierbar würden.

Gutes Regieren verbietet diese Alternativen. Deshalb stabilisieren wir die HSH Nordbank, minimie-

ren die Risiken für den Haushalt und stimmen für eine Wiedererhöhung der Garantie.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Herr Heintze, Sie haben das Wort.

Roland Heintze CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die hinter uns liegenden intensiven und zügigen Beratungen zur Wiedererhöhung oder Nicht-Wiedererhöhung oder Alternativmodellen in Bezug auf die Garantiebedingungen der Stadt für die HSH Nordbank haben, glaube ich, nicht nur mich und meine Fraktion, sondern auch viele andere Kolleginnen und Kollegen an ihre Grenzen geführt in Bezug darauf, sich ein Urteil bilden zu können und in der Kompliziertheit der Rahmenbedingungen und der einzelnen Einflussfaktoren noch den Weg zu sehen, um die Risiken für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Hamburg zu minimieren. Nur das ist in dieser Frage unser Ziel. Herr Quast hat schon richtig beschrieben, dass wir in diesem Beratungsprozess allesamt sehr viel geleistet und auch sehr viel gelernt haben.

Nichtsdestotrotz bleibt am Ende die Entscheidung über 3 Milliarden Euro. Es ist jedoch keine Entscheidung der Art, ob wir jetzt beispielsweise für ein besonderes Senatsprogramm oder für 14 neue Stellen in irgendeinem Bereich mehr Geld ausgeben oder nicht, sondern wir entscheiden heute über eine Summe, die das Wohl und Wehe des Hamburger Haushalts bedeuten kann, wenn es schieft.

Wir in der CDU-Fraktion haben es uns mit diesem Thema in keiner Weise leicht gemacht, sondern wir haben einen sehr schwierigen Abwägungsprozess hinter uns. Ein Fehler bedeutet, dass der Steuerzahler eintritt, und zwar in einer Größenordnung, die heute nicht absehbar ist. Die Bank selbst sagt, schon jetzt könnten 1,3 Milliarden Euro der Garantie fällig werden. Deswegen haben wir überlegt, was jetzt das Dringlichste ist, um weiteren Schaden vom Steuerzahler abzuwenden. Auch in der CDU-Fraktion sind wir zu dem Schluss gekommen, dass die Erhöhung der Garantie vordringlich ist, um der Bank die Arbeitsfähigkeit zu erhalten. Deswegen werden wir dieser Garantieerhöhung heute zustimmen.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Das bedeutet einerseits Verantwortung für die Bank, und wir sehen die Notwendigkeit dazu. Es kann andererseits aber nicht bedeuten und das steht auch in dieser Drucksache – hierzu sagte Herr Quast schon zwei Sätze –, dass es ein "Weiter so" gibt auf dem Weg, der 2011 nach den letzten Verhandlungen mit der Kommission eingeschlagen wurde. Was für uns ebenfalls keine Alter-

(Roland Heintze)

native ist, was heute auch gefordert wird, ist die Abwicklung der Bank oder die Entwicklung eines Abwicklungsszenarios. Das hält auch die CDU derzeit für Gift und für falsch.

(Beifall bei der CDU und bei *Andrea Rugbarth SPD*)

Daher ist der Senatsvorschlag für uns gangbar. Wenn wir jedoch sagen, wir wollen als höchste Maxime Schaden vom Steuerzahler abwenden, dann gibt es für uns in dieser Drucksache drei große Schwächen. Deswegen haben wir auch einen Zusatzantrag gestellt, bei dem es für uns wichtig ist, heute darüber zu sprechen und zu schauen, dass wir weitere Risiken minimieren. Für uns sind drei Fragen entscheidend, bei denen wir nicht glauben, dass die Senatsdrucksache ausreicht.

Das ist zum einen das Geschäftsmodell. Wir können nicht sagen, dass ein Geschäftsmodell, das Ende 2011 unter dem Druck, dass die Garantien für Hamburg genehmigt werden können, von der EU ausgehandelt wurde und nie erprobt wurde, heute richtig sein kann, wenn wir uns das anschauen, was derzeit die HSH an Geschäften macht und was ihre Stärken und Schwächen sind. Wir stehen zudem im ersten Quartal vor sinkenden Erträgen. Ich glaube nicht – und das haben wir in unserem Zusatzantrag zum Ausdruck gebracht –, dass ein "Weiter so" im Geschäftsmodell, wie es diese Drucksache noch implementiert, die richtige Entscheidung ist.

Deswegen fordern wir, noch einmal darüber nachzudenken und zu schauen, wo die eigentlichen Chancen dieser Bank liegen, zum Beispiel die Chance für den Standort Hamburg, für den maritimen Standort. Das ist meines Erachtens ein ganz wesentlicher Punkt, den wir heute noch ergänzen sollten, nämlich diese Option offenzulassen. Wir in der CDU-Fraktion glauben nach unseren Beratungen und nach den Expertenmeinungen nicht, dass dieses Geschäftsmodell so trägt, wie es tragen muss, um Schaden vom Steuerzahler fernzuhalten. Deshalb, Herr Senator, gehen Sie bitte offen in diese Verhandlungen und diskutieren Sie vielleicht noch einmal mit der Bank, ob das Geschäftsmodell so richtig ist. Ich habe von der SPD-Fraktion vernommen, dass sie für diese Prüfung offen ist. Das freut uns ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU)

Ein zweiter Punkt ist für uns auch wichtig, und hier müssen wir eine Mär ausräumen. Es wurde immer gefragt, warum die 3 Milliarden Euro an Garantie zurückgegeben wurden. Wir haben eines gelernt in den Ausschussberatungen: Dies ist nicht deshalb geschehen, weil die Vorstände Größenwahnsinnig geworden sind und meinten, sie bräuchten das alles nicht mehr, sondern weil sie verpflichtet sind, zum Wohle der Bank zu handeln. Und da gab es eigentlich nur die Chance, diese Garantie zurück-

zugeben, sonst hätten sich die Vorstände, wenn wir den Experten glauben dürfen, einer Pflichtverletzung schuldig gemacht.

Unabhängig davon, wie ich diese Entscheidung bewerte, können wir jetzt aber nicht so tun, als ob die Bank die letzten Monate mit dieser Garantie gearbeitet hätte, und ihr 270 Millionen Euro nachträglich für eine Garantie in Rechnung stellen, die sie nicht hatte und unter deren Bedingungen sie auch gar nicht arbeiten konnte. Sie konnte nicht die Refinanzierungsbedingungen einer um 3 Milliarden Euro höheren Garantie in Anspruch nehmen. Das ging überhaupt nicht. Von daher halten wir auch diesen Punkt in der Senatsvorlage für falsch. Wir sollten die Bank und die Vorstände nicht für ein an sich juristisch richtiges Handeln bestrafen. Wir glauben aber auch, dass es ein gangbarer Weg ist als Signal an die EU, an dieser Stelle zu überlegen, ob künftige Garantien teurer werden, weil auch das Risiko für den Steuerzahler steigt.

Auch hier wird in unserem Änderungsantrag die Sorge deutlich, was das für den Steuerzahler bedeutet und wie wir eine Risikominimierung erreichen. Daher aus Sicht der CDU die Bitte, dringend noch einmal über dieses Vorgehen nachzudenken. Hierzu habe ich von Herrn Quast gehört, das sei zumindest etwas, bei dem man mitgehen könne. Auch hier muss ich sagen, dass das der richtige Weg ist, denn wir können sie nicht nachträglich für etwas bestrafen, was sie nicht hatten.

(Beifall bei der CDU)

Ein weiterer Punkt, der uns umtreibt, Herr Senator, ist die Vorsorge für den Haushalt. Wir wissen schon heute, dass 1,3 Millionen Euro vermutlich auf Sicht zum Tragen kommen könnten.

(*Jan Quast SPD: Milliarden!*)

– Entschuldigung, Milliarden. Millionen Euro wären schön. Sie sehen, bei den Zahlen wird man irgendwann kirre.

1,3 Milliarden Euro könnten Realität werden. Wenn ich das heute weiß, dann muss ich sehen, dass ich Vorsorge im Haushalt schaffe, und dies fordern wir mit unserem Zusatzantrag: Konsolidierung heute beschleunigen, um nicht von etwas, das auf uns zukommen kann und von dem Experten sagen, es käme auch, kalt erwischt zu werden. Und deswegen unsere dritte Forderung im Sinne des Steuerzahlers dieser Stadt: Vorsorge jetzt im Haushalt treffen, aktiv Haushaltskonsolidierung beschleunigen.

Ich denke, das sind wir als Parlament und das ist der Senat dem Steuerzahler schuldig, der am Ende des Tages die Zeche dafür bezahlen muss. Deshalb ist die klare Forderung der CDU: Vorsorge jetzt betreiben und früher aus der Schuldenpolitik aussteigen, um für mögliche Garantieziehungen gerüstet zu sein.

(Roland Heintze)

(Beifall bei der CDU)

Die Frage, ob der Senat mit dieser Drucksache eine Vision vorlegt oder nicht und ein Konzept für einen maritimen Standort Hamburg entwickelt, haben wir lange diskutiert. Ich glaube, wir brauchen heute diese Diskussion nicht fortzusetzen, denn es geht um die Frage, ob es 3 Milliarden Euro mehr Garantie gibt oder nicht. Uns fehlt diese Vision, und wir wünschen uns dringend, dass der Senat dieses auf dem Fundament, das Hamburg nun einmal hat – und das ist die maritime Wirtschaft –, nacharbeitet. Hier sind Hausaufgaben nicht gemacht worden, und wir hätten uns gewünscht, dass es in diese Drucksache schon eingeflossen wäre.

Wir fordern, dass das Geschäftsmodell überprüft wird. Die Vorsorge für den Haushalt muss erhöht werden und die Garantieprämie muss anders gestaltet werden. Unter diesen Prämissen können wir es uns vorstellen und werden wir heute dieser Garantieerhöhung zustimmen.

Ich muss für meine Fraktion sagen – das spiegelt auch den intensiven Beratungsprozess wider –, dass wir uns sehr freuen, dass wir bei zwei Punkten Unterstützung von der Mehrheitsfraktion im Parlament bekommen. Jetzt geht es darum, dass Sie, lieber Senat, wenn wir heute die 3 Milliarden Euro Erhöhung beschließen, entsprechend der vorgelegten Anträge Ihre Hausaufgaben machen, und zwar schnell. Wir von der CDU-Fraktion wünschen Ihnen dafür ein glückliches Händchen und die nötige Fachkompetenz. Wir glauben nämlich, oberstes Ziel aller sollte es sein – und ich denke, das ist auch so –, dass diese Garantieerhöhung dazu führt, dass nicht am Ende der Steuerzahler vor der Problematik steht, dass die Garantie greift. Das ist das Interesse, von dem die CDU heute geleitet wird zuzustimmen und Bedingungen aufzuschreiben, von denen wir glauben, dass sie Ihre Arbeiten an dieser Stelle verbessern. Von daher freuen wir uns über jede Zustimmung zu unserem Zusatzantrag. Die CDU steht zur Bank, die CDU steht zur Stadt, und deswegen gehen wir heute mit.

(Beifall bei der CDU und bei *Sören Schumacher SPD*)

Vizepräsidentin Dr. Eva Gümbel: Frau Hajduk, Sie haben das Wort.

Anja Hajduk GRÜNE: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich sage gleich zu Anfang, dass die GRÜNE Fraktion der Garantieerhöhung ebenfalls zustimmen wird. Das heißt aber nicht, dass wir in allen Punkten mit der Drucksache übereinstimmen. Aber die Maßnahme, jetzt eine Garantieerhöhung von 3 Milliarden Euro vorzunehmen, halten wir für unumgänglich. Wir haben sehr intensiv beraten, das wurde schon erwähnt.

Die HSH Nordbank ist schon wieder beziehungsweise jetzt wieder in eine bedrohliche Lage geraten, und wenn man jetzt nichts tut, dann droht wirklich mittelbar ein Abwicklungsprozedere. Und so ungeordnet kann man sich das für die Stadt und ihre Vermögenssituation im Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nicht wünschen. Deswegen werden wir so entscheiden.

Ich möchte aber noch einige Punkte erwähnen zur Analyse des heutigen Standes nach einigen Jahren der Krisenbewältigungsversuche mit der HSH Nordbank. Man muss noch einmal hinschauen, was der Auslöser dafür war, dass wir nun in die Situation gekommen sind, dass die Mindestkernkapitalquote, also die harte Kernkapitalquote von 9 Prozent, nicht mehr gehalten werden kann. Warum hat die Kapitalsituation der Bank eine entsprechende Schwächung hinnehmen müssen? Das hat in der Tat damit zu tun, dass es im Jahr 2011 eine erhebliche Rückführung der Garantie – Herr Quast, Sie sagten es schon – um 3 Milliarden Euro innerhalb eines halben Jahres gegeben hat. Das war im März, Juni und September 2011 und ging sehr zügig.

Wir als GRÜNE schlagen als Konsequenz aus den Beratungen vor, dass die Aufsicht über derlei Entscheidungen nicht nur, aber auch, mit Blick auf die Ländergarantien im Aufsichtsrat – gewünscht natürlich auch schon durch den Vorstand der Bank – anders ausgeübt wird. Diese schnelle Garantierückführung hat sich als ein schwerer Fehler durch Vorstand und Aufsichtsrat der Bank herausgestellt. Wir wollen, dass personell die Vertretung Hamburgs im Aufsichtsrat verändert wird und fordern konkret, dass sich nunmehr auch Hamburg, wie Schleswig-Holstein, durch die Staatsratsebene im Aufsichtsrat vertreten lassen soll. Es soll auch zu dem obligatorischen Wechseltermin im Aufsichtsrat oder den dortigen Neuwahlen im Jahr 2014 erwogen werden, ob der hsh finanzfonds ebenfalls eine Rolle spielen soll.

Die wirklichen Ursachen, die hinter dieser Schwächung der Kapitalquotensituation der Bank liegen, sind natürlich in ihrer schwierigen Geschäftslage begründet. Das war das, was auch in der Expertenanhörung am dramatischsten war. Die Experten haben nämlich beklagt, dass sie einen deutlichen Mangel darin sehen, dass zumindest ihrem Eindruck nach die grundsätzliche Anfälligkeit der Bank und ihre Abhängigkeit von der Entwicklung der Schifffahrt und der anhaltenden Schifffahrtskrise zu wenig beschrieben worden ist. Wir wissen doch, dass die Bank ein sehr, sehr großes Portfolio hat, was den Schifffahrtsbereich angeht. Sie hat dadurch auch eine extrem hohe Abhängigkeit von der Dollarvolatilität, also dem Verhältnis zum Euro. Wir haben in den Beratungen gelernt, wie dramatisch sich allein die Veränderung um 10 Cent im Verhältnis zum Euro auf die Kapitalquote auswirkt. Ich verzichte auf konkrete Zahlen, weil das vertraulich

(Anja Hajduk)

ist, aber es ist erheblich. Vor diesem Hintergrund wissen wir doch, dass die nächsten zwei Jahre ausgesprochen schwierig werden für die Bank.

Deswegen bin ich längst nicht so optimistisch, wie das in Teilen bei meinen beiden Vorrednern anklang, was die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells der Bank angeht, denn im Geschäftsmodell spielt die Schifffahrt eine sehr große Rolle. Neue Felder zu erschließen fällt ausgesprochen schwer, da gibt es natürlich auch in der Region starke Konkurrenz. Deswegen sehen wir die Folgen, die jetzt durch die Garantieerhöhung ausgelöst werden, als sehr kritisch an. Eine Folge ist nämlich ein vollständig neues EU-Beihilfungsverfahren. Es gibt nur eine vorläufige Genehmigung, und dann wird die HSH Nordbank ihr Geschäftsmodell noch einmal richtig unter Beweis stellen müssen. Die dauerhafte Überlebensfähigkeit der Bank ist damit offen. Wir wissen, dass mit Sicherheit weitere milliardenschwere Abschreibungen im Schifffahrtsbereich zu erwarten sein werden. Deswegen finden wir von der GRÜNEN Fraktion, dass wir uns natürlich im Interesse der Stadt wünschen müssen, dass die Bank die Krise bewältigt, wir uns aber auch ehrlich eingestehen müssen, dass diese Risiken, die wir schon absehen können, eine solche Dimension haben, dass wir nicht nur auf das Prinzip Hoffnung – das ist nämlich der Plan A auch ein bisschen – setzen dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Insofern brauchen wir einen Plan B im Sinne des Plan B.

(*Dr. Martin Schäfer SPD*: Das ist ja klar!)

Ich habe Verständnis dafür, dass man darüber nicht öffentlich schwadronieren möchte mit Blick auf die Refinanzierbarkeit der Bank. Aber wir brauchen einen Senat, der sich der Aufgabe voll bewusst ist und der gut beraten wäre, unabhängig von der Bank mit seinen ureigenen Beratern jetzt einen Plan B zu erstellen, denn eines möchten wir GRÜNEN auf keinen Fall, dass bei einem möglichen weiteren Krisenfall, wo die jetzige Garantieerhöhung nicht ausreicht, der Senat dann nicht vorbereitet ist, neben einer Rettung um jeden Preis oder einer ungeordneten Abwicklung auch einen Weg erarbeitet zu haben, der eine geordnete Ausstiegsstrategie vorsieht. Eine geordnete Ausstiegsstrategie soll auch vorbeugen, damit man im Rahmen des EU-Beihilfungsverfahrens nicht zu riskanten Fristen für Notverkäufe oder schnellen Entscheidungen verdonnert wird, die dann eine enorme Belastung für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler Hamburgs sein können. Deswegen beantragen wir GRÜNEN im Sinne einer vorsorglichen Planung des Senats, auch wenn wir darauf setzen, dass der Plan A glückt, diesen Plan B.

(Vizepräsidentin Kersten Artus übernimmt den Vorsitz.)

Dafür sprechen nicht nur unsere eigenen Einschätzungen, sondern dafür gab es extrem viele Hinweise seitens der Experten. Diejenigen von Ihnen, die mit in den Ausschussberatungen gesessen haben, werden nachvollziehen können, dass wir das so vorschlagen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der LINKEN)

Ich möchte abschließend noch etwas zum Antrag der CDU sagen. Es ist relativ logisch, dass wir vor dem Hintergrund unseres eigenen Antrags die Anträge der LINKEN und der FDP so nicht mittragen können. Den Punkt 3 des CDU-Antrags werden wir aber unterstützen. Zum Punkt 1 hat die SPD ihre Bereitschaft angekündigt, den Senat aufzufordern, die Vorgaben der EU-Kommission zum jetzigen Geschäftsmodell kritisch zu hinterfragen, um zu prüfen, ob Änderungen zugunsten von relevanten Projekten im Schifffahrts- und Luftfahrtsektor vorgenommen werden können. Ich habe sehr große Zweifel, dass Sie damit dem EU-Beihilfungsverfahren einen Gefallen tun, wenn das hier mehrheitlich so entschieden wird.

(Beifall bei *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Ich glaube nicht, dass die Zeichen im EU-Beihilfungsverfahren darauf stehen, die Bilanz und die Größenordnung der Geschäfte der Bank auszuweiten. Die Abhängigkeit von Geschäften im Sektor, der mit Dollar gerechnet wird, wurde damals bewusst kritisch gesehen. Wir werden deshalb diesem Punkt nicht zustimmen und glauben auch nicht, dass das realistisch und unterstützend für das kritische EU-Beihilfungsverfahren wirken wird.

Schlussatz: Wir möchten nicht mehr, dass der Senat unvorbereitet, wenn er denn muss, vor dieses Haus tritt. Ich erwähne das noch einmal, Herr Dr. Tschentscher, weil Sie in der letzten Bürgerschaftssitzung deutlich gemacht haben, dass ein weiterer Punkt, nämlich die Möglichkeit von Wertpapierverkäufen der Bank an den hsh finanzfonds, ein nächster Schritt sein könnte, wenn die jetzige Rettungsmaßnahme nicht reicht. Wenn das schon Ausdruck Ihres eigenen Zweifels an der Wirksamkeit der Garantieerhöhung sein sollte, dann bitte ich Sie, auch wenn das hier nicht mit offizieller Zustimmung der SPD-Fraktion erfolgen wird, den von uns geforderten Plan B unverzüglich zu erstellen, auch wenn das dann eine Arbeit sein sollte, auf die wir hoffentlich nicht zurückgreifen müssen. Sollten wir nicht auf sie zurückgreifen müssen, dann wäre das eine positive Botschaft für die Stadt. – Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Kluth, Sie haben das Wort.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte eingangs all meinen Vorrednern und Vorrednerinnen dafür danken, wie sachlich und abwägend wir bislang diese Debatte hier führen. Das macht auch deutlich, wie intensiv dieser Diskussionsprozess war und wie ernsthaft wir um die Schlussfolgerungen aus diesem Diskussions- und Informationsprozess gerungen haben, ganz gleich, zu welchem Ergebnis wir letztendlich in der Frage der Garantierhöhung kommen. Das Thema eignet sich angesichts der Konsequenzen für die Stadt in der Tat auch nicht für parteipolitische Scharmützel – das vorab.

Wenn Sie in Hamburg mit Menschen über das Thema HSH Nordbank diskutieren, dann werden Sie einen bemerkenswerten Tatbestand feststellen. Fast niemand spricht sich deshalb für ein Fortbestehen der HSH Nordbank aus, weil er von dem Geschäftsmodell überzeugt ist oder weil er meint, dass die Bank einen besonderen öffentlichen Auftrag wahrnehmen könnte. Wenn für kapitalstärkende Maßnahmen argumentiert wird, dann immer nur unter einem einzigen Aspekt, nämlich dem der Risikominderung und der Schadensminderung. Und das ist meines Erachtens keine ausreichende Perspektive für das Fortbestehen einer Staatsbank der Länder.

(Beifall bei der FDP und bei *Anja Hajduk GRÜNE* und *Norbert Hackbusch DIE LINKE*)

Schon jetzt wird uns die Bank nach ihrer eigenen Risikoprognose ab 2019 mindestens weitere 1,3 Milliarden Euro aus der Zweitverlustgarantie kosten, und es gibt keine Garantie, dass es nicht mehr wird oder dass es nicht auch früher auf uns zuläuft. Ganz im Gegenteil sprechen viele Anzeichen dafür, dass es sogar schlimmer kommen wird. Schon heute ist beim Finanzfonds aus den ursprünglichen Aktiva von 3 Milliarden Euro Beteiligungswert an der HSH Nordbank ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag von 1,37 Milliarden Euro geworden, also eine Vermögensminderung von über 4,3 Milliarden Euro innerhalb von 24 Monaten. Wir reden hier, das muss hervorgehoben werden, vom Vermögen der Steuerzahler.

(Zuruf von *Thilo Kleibauer CDU*)

Wir haben in unserer Fraktion ausführlich diskutiert, ob es Sinn machen könnte, der Garantierhöhung zuzustimmen, nicht weil wir meinen, dass das Geschäftsmodell der Bank überzeugend sei oder die Bank eine besondere öffentliche Aufgabe wahrnehmen könnte, sondern allein um Zeit zu gewinnen und den Zeitpunkt 2015 zu erreichen, wo die Gewährträgerhaftung bis auf 3 Milliarden Euro abgeschmolzen ist, mit anderen Worten, ein ganz erhebliches zusätzliches Risiko aufzunehmen, um ein noch größeres Risiko zu vermeiden. Aber das macht nur dann Sinn, wenn man einen hohen Grad an Gewissheit hat, dass dieser Plan auch funktionieren wird. Sonst wäre das nämlich nur das

Verschieben der Probleme auf die Zukunft und die Hoffnung, dass dann schon alles besser wird. Und das wäre für ein zusätzliches Risiko von 3 Milliarden Euro aus Sicht der FDP-Fraktion deutlich zu wenig.

(Beifall bei der FDP)

Herr Senator Tschentscher, Ihr Verhalten in der letzten Bürgerschaftssitzung hat uns auch schon sehr zu denken gegeben. Anders als Ihre Parteifreunde in Schleswig-Holstein und fast alle Fraktionen im dortigen Landtag waren Sie nicht bereit, auf eine zusätzliche Option neben der Garantierhöhung zu verzichten, nämlich auf den Verkauf von Hochrisikopapieren aus dem Bestand der HSH Nordbank an den Finanzfonds der Länder. Sie halten sich diese Option sogar offen, obgleich Sie die Zustimmung Schleswig-Holsteins für eine Änderung des Anstaltsvertrags des Finanzfonds brauchen würden, und die kann es nach der jetzigen Meinungsbildung in Schleswig-Holstein nicht geben.

Herr Tschentscher, das lässt doch nur eine einzige Schlussfolgerung zu und diese lautet: Sie glauben selbst nicht mehr daran, dass die Garantierhöhung ausreichen wird, um die Kernkapitalquote der Bank zu stabilisieren. Sie glauben nicht mehr an Ihren eigenen Plan, sonst würden Sie nicht an einer wirklich aberwitzigen Option festhalten, der man besser so schnell wie möglich einen Riegel vorschieben sollte.

(Beifall bei der FDP)

Herr Tschentscher, Sie sind damit sogar ein Stück weit ehrlicher als die Finanzministerin Heinold in Schleswig-Holstein, aber Sie entwerten mit dieser Ehrlichkeit zugleich die Überzeugungskraft der uns vorliegenden Drucksache, also des Plans, durch eine neue Erhöhung der Garantiesumme die Kernkapitalquote der Bank nachhaltig zu steigern. Herr Tschentscher, wir teilen diese Sorge, und das ist genau der Grund, warum die FDP-Fraktion die Garantierhöhung nicht mittragen wird. Es gibt viele Gründe und ganz konkrete Anzeichen, dass Ihre Sorgen berechtigt sind und die Bank sich auch mit Garantierhöhung in Zukunft als ein Fass ohne Boden erweisen wird; ich nenne folgende Punkte.

Erstens: Bei der Schifffahrtskrise ist noch lange kein Land in Sicht.

Zweitens, Frau Hajduk hat es angesprochen: Daher sagen viele Experten, dass weitere Forcierungsverluste drohen.

Drittens: Der Ausgang des EU-Beihilfeverfahrens ist nach Meinung aller Sachverständigen völlig offen. Wenn die Kommission dem Muster der WestLB folgt, kann aus einer kontrollierten Abwicklung, wie wir sie uns vorstellen, schnell eine unkontrollierte werden.

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

Viertens: Auch das alte Beihilfeverfahren ist in Wahrheit noch nicht durch. Sie wissen, dass zwei von Flowers beratene Investorengruppen im November 2012 vor dem Europäischen Gerichtshof Klage gegen die Beihilfeentscheidung der Kommission aus dem Jahre 2011 erhoben haben, und das ist sozusagen die Grundlagenentscheidung für alles das, was wir hier diskutieren. Im Februar hat mir der Senat auf meine Anfrage zu dieser Klage mitgeteilt – Zitat –:

"Die für das Teilnehmungsmanagement zuständige Behörde bemüht sich derzeit, nähere Informationen zum Verfahren zu erhalten, und prüft die möglichen Auswirkungen der Klage; die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen."

So der Stand der Auskunft des Senats im Februar in dieser für uns wirklich entscheidenden Frage. Aber wir haben seitdem vom Senat keine weiteren Informationen über dieses wichtige Verfahren erhalten, auch nicht in der Drucksache, die der heutigen Beratung zugrunde liegt.

Fünftens: Völlig unabhängig von der Garantierhöhung werden die neuen Anforderungen nach Basel III und die Umstellung der Rechnungslegung auf IFRS die harte Kernkapitalquote mit einem beziehungsweise anderthalb, also zusammen zweieinhalb Punkten zusätzlich belasten. Mit anderen Worten: Ein Großteil der Wirkung der Garantierhöhung wird schlicht verpuffen.

Sechstens: Auch die Garantierhöhung selbst führt nicht nur zu einer Entlastung der Kernkapitalquote, sondern auch zu einer Belastung, denn die einmaligen Garantiegebühren von 270 Millionen Euro und die jährlichen Garantiegebühren von 120 Millionen Euro sind aus Sicht der Bank zunächst einmal Kosten, die den Verlust weiter erhöhen. Diese Kosten kommen dann als Wertminderung der Beteiligung beim Finanzfonds wieder an. Das ist nichts anderes als ein gewisser Taschenspielertrick und Bilanzkosmetik.

(Beifall bei der FDP)

Siebtens: Auch das neue Geschäftsmodell der Bank greift offensichtlich nicht wie erwartet. Aus dem Q1-Bericht wissen wir, dass das Neugeschäft gegenüber dem Vorjahr im ersten Quartal um 100 Millionen Euro und der Konzernüberschuss um 51 Millionen Euro sinken. Und welcher öffentliche Nutzen für die Länder Hamburg und Schleswig-Holstein darin liegen soll, dass die Bank der Investitionsbank Berlin 50 Millionen Euro gibt, um in Berlin den Mittelstand zu fördern, oder Immobiliengeschäfte in Nordrhein-Westfalen finanziert, das erschließt sich uns, der FDP-Fraktion, jedenfalls nicht.

(Beifall bei der FDP)

Achtens: Wie ist die Situation? Wir haben eine gute Kreditversorgung, niedrige Zinsen und einen harten Wettbewerb von Sparkassen, genossenschaftlichen Instituten und privaten Banken. Das Fördergeschäft, das haben Sie so beschlossen, soll ohnehin die neue Investitions- und Förderbank übernehmen. Ein besonderes öffentliches Interesse an einer Staatsbank der Länder ist daher für uns nicht mehr ersichtlich.

Neuntens: Die Bank muss nach ihrem Geschäftsmodell erhebliches Neugeschäft generieren. Mehr Marktanteile holt eine Bank entweder über günstigere Konditionen als die Wettbewerber oder durch die Übernahme von Risiko, das andere Banken nicht wollen. Günstigere Konditionen kann die Bank nicht bieten, weil sie aufgrund ihres Ratings schlechtere Refinanzierungsbedingungen hat, und die Übernahme von Risikogeschäften – da werden wir uns einig sein – können wir nicht wollen.

Zehntens: Genau diese kritische Beurteilung teilen selbst die Wirtschaftsprüfer der Bank. Diese Beurteilung hat die Wirtschaftsprüfer zu einer außerordentlich kritischen Einschätzung gelangen lassen. Die Wirtschaftsprüfer halten die Annahme einer Unternehmensfortführung, von der der Vorstand in seinem Lagebericht ausgeht, nur noch dann für realistisch, wenn insgesamt sieben verschiedene Voraussetzungen und Bedingungen eintreten. Auch das ist ein Alarmzeichen erster Güte.

Damit komme ich zu den Schlussfolgerungen. Wenn man heute schon erkennt, dass der Plan, die Bank durch eine Garantierhöhung zu stabilisieren, voraussichtlich nicht ausreichen wird, und wenn man sich darüber hinaus die ordnungspolitische Frage stellt, ob es heute noch einer Staatsbank der Länder bedarf, dann muss man einen anderen Plan machen. Und dieser Plan lautet, die kontrollierte Abwicklung der Bank vorzubereiten und durchzuführen. Genau das ist der Inhalt des Zusatzantrags der FDP-Fraktion, den wir Ihnen hier zur Beschlussfassung vorlegen.

(Beifall bei der FDP)

Ein solches Konzept muss auf Basis von unabhängigen Einschätzungen und Zahlen entwickelt werden, also eben nicht auf Basis von Einschätzungen und Zahlen der Bank. Wir brauchen eine Stärkung des Einflusses der Länder auf die Bank. Daher werden wir den Antrag der GAL-Fraktion in diesem Punkt unterstützen, Frau Hajduk, auch wenn wir im Übrigen den Antrag wenig überzeugend finden, denn Ihre Analyse stimmt leider nicht mit den Schlussfolgerungen überein, die Sie daraus ziehen. Daher erscheint er uns inkonsequent und auch ein wenig mutlos, um nicht zu sagen hasenfüßig.

(Beifall bei der FDP)

Das gilt erst recht für den Antrag der CDU-Fraktion, der sich an zwei Nebenaspekten abarbeitet,

(Dr. Thomas-Sönke Kluth)

sich aber in Wirklichkeit um eine klare Aussage und eine klare Positionierung in Bezug auf die Bank drückt.

Meine Damen und Herren! Die Zeit ist reif für ein Abwicklungskonzept – kein Abwicklungskonzept von heute auf morgen, sondern mit angemessenen Übergangsfristen, die es den Kreditnehmern der Bank erlauben, sich ohne Schaden neu zu orientieren, ein Abwicklungskonzept, das das Zeitfenster der drastisch abnehmenden Gewährträgerhaftung bis auf 3 Milliarden Euro in 2015 beachtet, aber auch als Chance erkennt und nutzt, mit einer Übertragung und Veräußerung von Vermögenswerten und ertragsstarken Unternehmensbereichen und mit einer sozialverträglich gesteuerten Verminderung der Mitarbeiterzahl. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Hackbusch, Sie haben das Wort.

Norbert Hackbusch DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wie Sie alle wissen, hat die Links-Fraktion die HSH Nordbank seit Jahren äußerst kritisch begleitet. Wir sind äußerst kritisch an die Beratungen im Zusammenhang mit der Garantierhöhung herangegangen, weil uns dieses Engagement innerhalb der HSH Nordbank, wie der Rechnungshof festgestellt hat, bisher schon weit über 3 Milliarden Euro gekostet hat und wir weiterhin Milliardenprobleme im Zusammenhang mit der Gewährträgerhaftung oder mit der gegenwärtigen Bürgerschaft auf unseren Schultern tragen. Daher ist unsere Haltung immer sehr kritisch gewesen.

Das Mehrwissen, das wir uns angeeignet haben im Zusammenhang mit der genauen Betrachtung dessen, was dort eigentlich in der Bank geschieht, haben wir in wochenlangen Beratungen in den Ausschüssen diskutiert, und ich stelle zufrieden fest, dass unsere kritische Position, die am Anfang etwas exotisch und ein bisschen verrückt wirkte, mittlerweile einiges mehr an Unterstützung gefunden hat. Das ist angesichts der Situation der Bank und des Ernstes der Lage auch völlig angemessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Einen wichtigen Punkt will ich noch einmal anführen. Einer der wichtigsten Akteure, mit dem wir es dabei zu tun haben, ist nicht nur der Senat, sondern der Senat ist immer – was wir übrigens auch im Rahmen der Ausschussberatungen kritisiert haben – in Einheit mit dem Vorstand der Bank aufgetreten. Wir hatten unter anderem gedacht, dass es vernünftig vom Senat wäre, einmal unabhängig vom Vorstand agieren zu können und dort praktisch etwas darstellen zu können. Dieser Vorstand der HSH Nordbank hat zwar durchaus in der per-

sonellen Spitze dann und wann Veränderungen erfahren, aber in der Grundausstattung ist der Vorstand immer noch ähnlich, weil Herr von Oesterreich auch ein alter HSH-Mensch ist und in gewisser Weise immer alles mitgetragen hat. Und wir müssen gemeinsam feststellen, dass dieser HSH-Nordbank-Vorstand sich in seinen Einschätzungen der Situation und der Erwartungen dramatisch geirrt hat. Einen Vorstand, der sich so massiv irrt, muss man sich doch kritisch angucken.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich verweise nur darauf, wie es meinerwegen zuletzt im Zusammenhang mit der Senkung von 10 auf 7 Milliarden Euro in der Einschätzung von Schifffahrtsfragen gewesen ist. Einen Vorstand, der solche Fehler macht – das kann durchaus einmal passieren, und damit will ich nicht gleich sagen, dass er sofort auszuwechseln ist –, muss man sich aber doch auch kritisch anschauen. Sie haben doch auch gesagt, Herr Quast, dass es da weiterhin ein kräftiges Unbehagen gibt. Wenn wir ein kräftiges Unbehagen gegenüber der Bank und den dortigen Aktivitäten verspüren, dann ist es doch unerlässlich, unabhängige Prüfer in diese Bank zu schicken, um uns in die Lage zu versetzen, auch einen unabhängigen Bericht zu erhalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Expertenanhörung hat uns in dieser Position völlig bestärkt. Dort wurde gesagt, dass das eine der großen Schwächen sei und wenigstens wir als Bürgerschaft, wenn schon der Senat sich nicht richtig vom HSH-Nordbank-Vorstand trennen könne und immer mit ihm gemeinsam auftrete, auf diese unabhängige Prüfung drängen sollten. Die Situation ist so, dass wir unsere Informationen nicht nur im Wesentlichen vom HSH-Nordbank-Vorstand bekommen, sondern dass auch die sogenannten Gutachten, die wir uns unter geheimsten Bedingungen anschauen wollten, gefüttert sind mit Zahlen des HSH-Nordbank-Vorstands und nicht mit unabhängigen Zahlen, die dort erhoben worden sind. Im Wesentlichen hat also der HSH-Nordbank-Vorstand alles bestimmt, was eine essenziell falsche Grundlage dafür ist, dass wir unabhängig und vernünftig entscheiden können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich lasse jetzt einiges weg und versuche, die konzentrierten und wichtigen Fragen, die sich in der Diskussion dargestellt haben, noch einmal kurz nachzuvollziehen. Ein wesentliches Argument für die Erhöhung des Garantierahmens ist, dass die Gewährträgerhaftung im Jahre 2015 ausläuft – das sind jetzt noch 30 Milliarden Euro und danach nur noch 3 Milliarden Euro – und wir diese Zeit in gewisser Weise überbrücken müssen.

Es ist notwendig, zwei Sachen dazu auszuführen. Das eine ist, sich noch einmal klarzumachen, dass diese Garantierhöhung, die wir gegenwärtig be-

(Norbert Hackbusch)

schließen, reales Geld und nicht nur virtuelles Geld ist. Das ist reales Geld, weil es in gewisser Weise herangezogen werden kann und eine richtige Bedeutung hat. Wenn es kein reales Geld wäre, das uns nicht wehtäte, dann würde es keine Auswirkung auf die Kapitalquote des Unternehmens haben können. Es geht um eine richtige Erhöhung und um richtiges Geld, was wir dort in die Hand nehmen und ausgeben.

Zweitens haben die Experten dargestellt, dass bis zu dem Zeitpunkt, an dem die Gewährträgerhaftung über die 30 Milliarden Euro im Jahre 2015 ausläuft – so ist jedenfalls die Auffassung von Professor Hellwig gewesen –, kein weiteres finanzielles Engagement notwendig sei, weil bis dahin praktisch in jedem kontrollierten Verfahren, wenn wir nicht in unkontrollierte Verfahren hineinkommen, alles abgesichert werden könnte. Es geht im Wesentlichen um einen Prozess, der weit hinter 2015 liegt, um in der Lage zu sein, praktisch irgendetwas abdecken zu können, weil bis 2015 das Problem mit der Gewährträgerhaftung offiziell erledigt ist. Das Problem ist inoffiziell deswegen leider nicht erledigt, weil wir weit über 2015 hinaus als Eigentümer dieser Bank dafür zuständig sind und bei Risiken, wenn sich die Bank unkontrolliert entwickelt, weiterhin verantwortlich sind. Das heißt, dass diese 30 Milliarden Euro Gewährträgerhaftung materiell nicht bedeutend sind, sondern bedeutend ist, dass wir Eigentümer dieser Bank sind und dementsprechend diese Milliarden dort verantworten müssen.

Das weitere große Argument lautet, man wolle Zeit gewinnen. Das ist auch ein bisschen das Argument, das die GRÜNEN anführen. Sie sagen, sie unterstützten bestimmte kritische Momente, aber um Zeit zu gewinnen, seien sie bereit, diese Garantien jetzt zu erhöhen. Zeit gewinnen kann man aber nur dann vernünftig, wenn der Senat einen Plan vorlegt, dass er diese Zeit auch vernünftig nutzt.

(Christiane Schneider DIE LINKE: Richtig!)

Er legt gegenwärtig einen Plan vor, nach dem es so weitergeht wie bisher. Er legt keinen Plan vor, dass das eigentlich gar nicht geht. Herr Quast hat noch die Hoffnung, es werde alles gut und da gebe es doch eine riesige Chance. Ich will hier nicht "Wünsch dir was" diskutieren, aber ein solches Problem existiert. Wir müssen uns auch in dem Augenblick damit auseinandersetzen, wo es schiefeht. Das ist das Entscheidende für die Politik: in der Lage zu sein, auch kritische Momente kontrollieren zu können, und dazu ist es absolut notwendig, sich damit auseinanderzusetzen, wenn praktisch dieser Plan in der Form nicht geht. Dementsprechend gilt es, Zeit zu gewinnen nur für etwas, was man auch konkret macht.

(Beifall bei der LINKEN und bei Anja Hajduk GRÜNE)

Mir ist dabei schon aufgefallen, dass das Argument nach dem Motto "Wofür brauchen wir eigentlich diese Bank?" gar nicht mehr trägt. Der Senat hat es geschafft, uns eine Senatsdrucksache zur HSH Nordbank vorzulegen, wo an keiner Stelle positiv ausgedrückt wird, warum diese Bank eigentlich für Hamburg notwendig ist. Das lässt mich natürlich hoffen, dass der Senat irgendwo im finsternen Kämmerchen einen klugen Plan hat und ihn mit uns noch nicht diskutiert, denn wenn er ihn mit uns diskutieren würde, ginge das irgendwie nicht. Ich will nicht die Politik in einem der wichtigsten Punkte, um die es in dieser Stadt geht, daran orientieren, ob der Senat im stillen Kämmerchen irgendetwas hofft zu machen, sondern wir müssen es hier debattieren können. Das ist die entscheidende Grundlage dafür, dass wir öffentliches Eigentum haben, und wir sind der Stadt gegenüber verantwortlich, dass wir das auch öffentlich darstellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das letzte Argument bezieht sich darauf, ob die Bank nicht die Chance bekommen soll, ihr Neugeschäft zu entwickeln und die Schiffahrtskrise zu überwinden. Das geht so ein bisschen in die Richtung, wie die CDU sich das gegenwärtig wünscht. Das Problem ist leider viel heftiger. Wenn wir uns das Schiffahrts-Portfolio der HSH Nordbank genau ansehen, dann stellen wir fest, dass das wesentliche Portfolio erst in und kurz nach der Krise aufgebaut wurde. Herr von Oesterreich zeigt uns immer mit großer Begeisterung, wie jung die Schiffe noch sind. Die sind vier Jahre alt oder ein bisschen älter, und er meint, dadurch eine große Hoffnung für die Zukunft zu haben. Das zeigt aber doch, dass dieser HSH-Nordbank-Vorstand die letzte Krise und die Chancen, die diese Stadt ihm mit Milliarden an Euro gegeben hat, dazu genutzt hat, die nächste Krise vorzubereiten und sich im Schiffahrtsbereich mit spekulativen Sachen vollzusaugen, die uns gegenwärtig als Nächstes auf die Füße fallen. Das ist doch die Realität. Dementsprechend ist das erstens schiefgelaufen, und zweitens besteht nach meiner Meinung auch keine Hoffnung. Das wurde in den Expertenanhörungen sehr deutlich. Es gibt keine Hoffnung, dass sich im Schiffahrtsbereich vor 2016 irgendetwas entwickelt, und bis dahin wird Etliches abgeschrieben werden müssen.

Das letzte Moment, das Neugeschäft, zeigt deutlich, dass es hier lediglich um Umsatzzahlen geht und es keinerlei Anzeichen für einen wirklichen Gewinn gibt. Das Neugeschäft wäre doch das Einzige, worauf man Hoffnung setzen könnte.

Zum Schluss müssen wir uns noch einmal die Sache mit dem EU-Verfahren vorstellen. Meine Damen und Herren von der CDU, ich muss leider sagen, wenn Sie sich das EU-Verfahren genau ansehen, dann werden Sie merken, dass gerade das Geschäftsmodell der HSH auf einen bestimmten

(Norbert Hackbusch)

Bereich, und zwar auf den einer regionalen Bank für Hamburg, eingepfercht worden ist. Dementsprechend ist die Ausweitung, die Sie wünschen, eine direkte Auseinandersetzung mit den Ideen der EU. Ich gehe sowieso davon aus, dass es sehr schwierig sein wird, die EU davon zu überzeugen, dass diese Garantieerhöhung vernünftig ist. Ihr Vorschlag, da bin ich mir völlig sicher, hat keine Chance, sich in der Art und Weise dort durchzusetzen.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun die Zusammenfassung. Wir freuen uns, dass die Zusatzanträge der GRÜNEN und der FDP in die richtige Richtung gehen. Wir verstehen nicht, wie die GRÜNEN durchaus positive und gute Forderungen stellen können, aber trotzdem dem Gesamtmodell des Senats zustimmen. Das halte ich für keinen schlaun Weg.

(Zuruf von Anja Hajduk GRÜNE)

Dementsprechend sind wir der Meinung, dass wir die Restrukturierung ins Auge fassen müssen. Nur dann sind wir in der Lage, einer unkontrollierten Entwicklung, die ansonsten droht, entgegenzuwirken. Ich habe den Eindruck, dass beim Senat dieses Wissen durchaus vorhanden ist, nur dass er sich davor scheut, sich mit den Mächtigen der Finanzwirtschaft anzulegen. Ich verstehe nicht, warum. Für diese Stadt ist es schlecht.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Senator Dr. Tschentscher hat jetzt das Wort. Ich bitte noch einmal darum, das Murmeln einzustellen oder hinauszugehen.

Senator Dr. Peter Tschentscher:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zu den Themen, Problemen, Risiken, die heute auf vernünftige Weise angesprochen wurden, möchte ich gern den Gesichtspunkt vor Augen führen, dass wir zwar von außen gesehen eine HSH Nordbank haben, dass sich dahinter aber im Grunde zwei Banken befinden, eine Kern- und eine Abbaubank. Das ist deshalb bedeutsam, weil man zu falschen Schlüssen kommt, wenn man diesen Punkt nicht beachtet. Die sogenannte Restrukturierungseinheit, in der die Altgeschäfte abgewickelt werden, ist eine Abbaubank innerhalb der HSH. Das Neugeschäft befindet sich dagegen in der Kernbank. Um zu verstehen, wie sich die Dinge entwickeln, muss man zwischen Kern- und Abbaubank unterscheiden. Das hat die Bank bei der Vorstellung ihres Jahresabschlusses 2012 getan, und die Zahlen sind klar. Das Ergebnis der Kernbank ist positiv, das der Abbaubank deutlich negativ. Mit anderen Worten, das Neugeschäft führt zu positiven Erträgen, die Abbaubank, also das Altgeschäft, zu großen Verlusten, die das Ergebnis auf Gesamtbankebene un-

ter Wasser drücken. Wir haben 2009 diese getrennte Zuordnung der Ergebnisse zur Kern- und Abbaubank ausdrücklich beschlossen, und deshalb muss man das auch zur Kenntnis nehmen, wenn man nicht aus einer zutreffenden Beschreibung von Risiken und Problemen die falschen Schlüsse ziehen will. Die Verluste im Altgeschäft sind das Problem. Das Neugeschäft hat einen angemessenen Umfang und angemessene Margen. Der Umfang des problematischen Altportfolios ist hingegen erheblich. Anfang 2009 waren es 185 Milliarden Euro, derzeit sind es noch rund 80 Milliarden Euro. An dem Abbau um rund 100 Milliarden Euro seit 2009 erkennen Sie, dass die Abwicklung des Altgeschäfts innerhalb der HSH durchaus vorankommt, aber es verbleibt eben immer noch eine große Risikoposition, die aufgrund der Schifffahrtskrise aktuell noch einmal aufgenommen hat.

(Glocke)

Vizepräsidentin Kersten Artus (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Hajduk?

Senator Dr. Peter Tschentscher: Ja.

Zwischenfrage von Anja Hajduk GRÜNE: Herr Senator, ist es nicht so, dass jenseits der Restrukturierung Unit auch das Geschäft der Kernbank, nämlich der Schifffahrtsbereich, Krisen ausgesetzt ist und insbesondere auch die hohe Abhängigkeit von dem Wechselkurs zwischen Dollar und Euro die Kernbank belastet? Sie haben das gerade getrennt, und ich möchte noch einmal nachfragen, ob ich nicht richtig liege in meiner Annahme, da das auch durch die Bank selbst in den Anhörungen bestätigt wurde, dass ihr Kerngeschäft mindestens innerhalb der nächsten zwei Jahre sehr risikofähig ist.

Senator Dr. Peter Tschentscher (fortfahrend): Genauso ist es, Frau Hajduk, das ist dargelegt worden. Es gibt einen großen Umfang an Schiffskrediten, auch aus früheren Zeiten, die innerhalb der Kernbank verwaltet werden, weil die Schiffsfinanzierung zum Kerngeschäftsfeld auch des neuen Geschäftsmodells gehört. Dadurch ergibt sich, wenn man so will, die Dollarsensitivität dieses Teils der Bilanz, aber das ist eben in der Betrachtung der Kernbank schon eingepreist. Trotz dieser von uns doch gewollten Tätigkeit der HSH ist die Kernbank in dieser Ausrichtung auf eine zukünftige Entwicklung schon heute profitabel.

Jetzt kommen wir zur Abbaubank, die eben kein Neugeschäft beinhaltet. In dieser Abbaubank treten derart hohe Verluste auf, dass dann auf Gesamtbankebene die Bilanzen in dieser uns bekannten Weise ausfallen. Schauen Sie sich noch

(Senator Dr. Peter Tschentscher)

einmal die Zahlen an. Ich glaube, wir haben sie auch im Ausschuss berichtet, sonst können wir darauf noch einmal zu sprechen kommen. Sie geben eine aufschlussreiche Analyse darüber, wie sich Dinge entwickeln und wo die Risiken liegen. Die Länder haften, ob sie wollen oder nicht, für die Risiken des alten Geschäfts, und nur darauf wirkt auch die Sunrise-Garantie, über die wir heute sprechen.

Die Frage, die die FDP-Fraktion mit ihrem Antrag aufwirft, ist im Grunde eine andere. Sie lautet nicht: Brauchen wir eine Abbaubank oder brauchen wir eine Restrukturierung? Die Frage, die Sie aufwerfen, ist im Grunde folgende: Schütten wir jetzt das Kind mit dem Bade aus? Verzichten wir, brechen wir die weitere Entwicklung eines vernünftigen Neugeschäfts ab, um dann nur noch die Kosten der Abwicklung zu haben? Das ist die Frage, die Ihr Antrag aufwirft. Unsere Antwort lautet eindeutig: Nein, jedenfalls nicht freiwillig. Diese Ende-mit-Schrecken-Theorie haben wir bereits 2009 erörtert und uns dagegen entschieden. Der seinerzeit vom Parlament befragte Revisor aus der Schweiz hat es ungefähr wie folgt eingeordnet. Die Länder tragen 65 Milliarden Euro Gewährträgerhaftung. Gehen Sie einmal davon aus, dass bei einer reinen Abwicklung der Bank, geplant oder unkontrolliert, das meiste davon fällig wird. Das war die Analyse damals, und ich bin froh, Herr Hackbusch, dass das Parlament damals dieser Empfehlung Ihrer Fraktion nicht gefolgt ist. Ich glaube, das ist eine richtige, offene Frage, die Sie bis heute nicht beantworten. Das wäre reales Geld gewesen, Herr Hackbusch. Ich bin froh, dass das Parlament diesen Weg damals nicht gewählt hat.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU und den GRÜNEN)

Vor diesem Hintergrund ist es nicht nur im regionalwirtschaftlichen Interesse, sondern auch von großer Bedeutung für den Haushalt, darauf ist hingewiesen worden, dass die Restrukturierung der HSH Nordbank gelingt. Um die dafür erforderliche Zeit zu haben, müssen die Kapitalquoten der Bank gestärkt werden, die aufgrund der Schiffahrtskrise unter Druck sind, die aber auch zusätzlich aufgrund höherer Anforderungen der Aufsicht und auch höherer Erwartungen des Marktes derzeit höheren Ansprüchen gegenüberstehen, als es noch vor Kurzem der Fall war. In dieser komplexen Problemlage sind der Senat und die Landesregierung Schleswig-Holsteins zu der Einschätzung gekommen, dass die Chancen und die positiven Wirkungen einer Garantierhöhung das zusätzliche Risiko weit überwiegen. Notfallpläne muss man immer haben. Darüber haben wir auch berichtet. Das machen auch die anderen großen Banken in Europa, aber es darf keinen Zweifel geben, was der tatsächliche Kurs der HSH und der Länder ist, nämlich die weitere Verknüpfung des Abbaus alter Risi-

ken mit der Umsetzung eines neuen möglichst soliden Geschäftsmodells.

(Beifall bei der SPD)

Die Tragfähigkeit dieses Konzepts, das ist die kritische Frage, muss die Bank schon jetzt jeden Tag und auch in Zukunft gegenüber Investoren, der Bankenaufsicht und der EU-Kommission belegen. Für die weitere Diskussion mit der EU-Kommission hat die CDU-Fraktion zwei Vorschläge gemacht, die ich für bedenkenswert halte. Das sind die Punkte 1 und 3 Ihres Antrags. Beide Vorschläge haben – Frau Hajduk hat in dem einen Fall schon darauf hingewiesen – in der Denkart der EU-Kommission durchaus ihre Tücken, aber man kann und sollte darüber verhandeln. Voraussetzung ist aber, dass wir die erforderliche Sicherheit des bereits einmal genehmigten Garantierahmens wieder herstellen und das Petitum der Drucksache beschließen. Dies liegt im Interesse der HSH, es liegt auch im Interesse der Hamburger und der gesamten norddeutschen Wirtschaft, und es liegt vor allem im Vermögensinteresse der Länder und der Steuerzahler. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/8357.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag abgelehnt.

Weiter zum Antrag der Fraktion DIE LINKE aus Drucksache 20/8354.

Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Nun zum Antrag der CDU-Fraktion aus Drucksache 20/8364. Hierzu hat die SPD-Fraktion zifferweise Abstimmung beantragt.

Wer möchte sich der Ziffer 1 anschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Ziffer angenommen.

Wer möchte Ziffer 2 zustimmen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Ziffer abgelehnt.

Wer schließt sich Ziffer 3 an? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Ziffer angenommen.

Wir kommen nun zum Antrag der GRÜNEN Fraktion aus Drucksache 20/8366. Diesen möchte die CDU-Fraktion zifferweise abstimmen lassen.

Wer möchte Ziffer 1 seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist diese Ziffer abgelehnt.

(Vizepräsidentin Kersten Artus)

Wer schließt sich den Ziffern 2 und 3 an? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit sind diese Ziffern abgelehnt.

Schließlich zum gemeinsamen Bericht des Haushaltsausschusses und des Ausschusses für öffentliche Unternehmen aus Drucksache 20/8147.

Wer möchte den Ausschussempfehlungen mit den soeben beschlossenen Änderungen seine Zustimmung geben? – Gegenstimmen? – Enthaltungen. – Damit ist das angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den sehe ich nicht.

Wer will den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist das auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 60 auf, Drucksache 20/8199, Antrag der CDU-Fraktion: Wirksam Staus auf Hamburger Autobahnen bekämpfen – Anwohner vor Verkehrschaos schützen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Wirksam Staus auf Hamburger Autobahnen bekämpfen – Anwohner vor Verkehrschaos schützen
– Drs 20/8199 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/8356 ein Antrag der FDP-Fraktion vor.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Wirksam Staus auf Hamburger Autobahnen bekämpfen – Anwohner vor Verkehrschaos schützen
– Drs 20/8356 –]**

Beide Drucksachen möchte die Fraktion DIE LINKE an den Verkehrsausschuss überweisen.

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Hesse, Sie haben es.

Klaus-Peter Hesse CDU: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit die SPD in Hamburg regiert, staut es sich in unserer Stadt und der Verkehr ist nahezu zum Erliegen gekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Heiterkeit bei der SPD)

Die Freude in der SPD-Fraktion könnte ich verstehen, wenn es der Kollege Schinnenburg und ich

gewesen wären, die das sagen. Aber nein, vor wenigen Tagen konnten wir alle im "Hamburger Abendblatt" und in der "Welt" Folgendes lesen:

(Arno Münster SPD: Ach!)

"Angesichts der täglichen Staus auf Hamburgs Straßen wendet sich die Handelskammer in ungewohnt direkter Weise gegen den Senat. In einer Resolution fordert die Wirtschaftsvertretung eine deutlich bessere Koordination der Baustellen in der Hansestadt und legt dafür sogar ein eigenes Konzept vor. Die Kammer verlangt unter anderem einen unabhängigen Projektcontroller, der die Arbeit der Behörden überwacht und die Öffentlichkeit über die Ergebnisse informiert. 'Jede Stunde, die Hamburgs Erwerbstätige im Stau stehen, bedeutet einen Verlust an Bruttowertschöpfung für die Stadt von bis zu 58 Millionen Euro', heißt es in der Erklärung, die vom knapp 70-köpfigen Plenum verabschiedet wurde."

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht mehr die CDU, es ist auch nicht die FDP, die dem Senat Untätigkeit vorwirft. Lieber Senator Horch, es ist Ihre eigene Handelskammer, der Sie lange vorgesessen haben, die Ihnen mittlerweile auch sagt, dass es so nicht weitergeht in unserer Stadt. Dieser Senat ist untätig. Er muss sich endlich gegen diese Stausituation zur Wehr setzen und etwas tun.

(Beifall bei der CDU und bei Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

Ich könnte nahtlos weitermachen. Am dritten Tag der NordLogistik, Herr Senator Horch, wurde Politikern ebenfalls eine Resolution übergeben,

(Arno Münster SPD: Ich dachte, eine Baustelle!)

in der sehr deutlich steht, dass ein Verkehrsleitkonzept während der Bauphasen auf der A 7 gefordert wird. Auch hier erleben wir, lieber Kollege, dass der Senat bisher vollkommen untätig war und, was ich noch viel schlimmer finde, er negiert, dass es zu solchen Problemen kommt. Wir als CDU-Fraktion haben mehrere Schriftliche Kleine Anfragen gestellt. Was liest man als Antwort vom Senat über die Baumaßnahmen, die auf der A 7 wahrscheinlich bis 2030 dauern werden?

"Auf der A 7 werden dem Verkehr während der Ausbauarbeiten grundsätzlich, wie im Bestand, drei beziehungsweise zwei Fahrstreifen je Richtung zur Verfügung stehen. Es werden aufgrund der gegebenen Struktur des BAB-Netzes und des Hauptverkehrsstraßennetzes keine grundsätzlichen Verkehrsverlagerungen infolge der Baumaßnahmen erwartet. Im Übrigen siehe Drs. 20/2001 und Drs. 20/3431."

(Klaus-Peter Hesse)

Sie haben permanent behauptet, dass Bauarbeiten auf der A 7 bis zum Jahr 2030 keine Auswirkungen auf den Verkehr haben werden. Das ist nicht nur naiv, lieber Herr Senator, das ist fahrlässig. Jeder, der sich bisher mit Baustellen auf deutschen Autobahnen beschäftigt hat, weiß, dass es bei diesen Baumaßnahmen nicht nur zu Ausweichverkehren, sondern zu erheblichen Stausituationen auch in unserer Stadt kommen wird. Sie negieren das, und das ist fahrlässig den Anwohnerinnen und Anwohnern gegenüber, aber auch fahrlässig gegenüber den Menschen, die nördlich unserer Stadt an der A 7 oder auch in Niedersachsen wohnen und unter diesen Ausweichverkehren leiden werden.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter* und *Dr. Wieland Schinnenburg*, beide FDP)

Das Gleiche gilt auch für die Schleswig-Holsteiner, da haben wir mittlerweile auch eine Küstenebelkoalition, die nicht weiß, was sie macht und die ebenfalls negiert,

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Ist ja alles rot! – *Dr. Till Steffen* GRÜNE: Lass' mal einen heben!)

was dort verkehrlich gerade auf ihren Straßen passiert. Deshalb hat sich die CDU-Fraktion mit den Kolleginnen und Kollegen aus Schleswig-Holstein und Niedersachsen getroffen, und wir haben einmal überlegt, was man machen kann. Es ist ein Maßnahmenpapier zustande gekommen, das wir heute als Antrag einbringen. Ich glaube, das Mindeste, was wir von diesem Senat erwarten können, ist, dass er sich mit den Kolleginnen und Kollegen in Schleswig-Holstein und Niedersachsen zusammensetzt und überlegt, welche Auswirkungen diese Baumaßnahmen tatsächlich haben, dass er die Probleme benennt, analysiert, Lösungen entwickelt und vielleicht auch noch den einen oder anderen mit dazu nimmt, der von der Materie etwas versteht. Die FDP hat dazu ja einen Zusatzantrag gestellt, den wir unterstützen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Auch hier zeigt sich aber keinerlei Bereitschaft des SPD-Senats, etwas zu tun. Wir fordern zudem ein länderübergreifendes Informationssystem, das auf die Problematik aufmerksam macht, mit einer eigenen Website, einer App. Wir fordern den Ausbau des Pendlerportals. Wir wollen endlich auch, dass Baustellen nicht nur in Hamburg, sondern auch auf den Autobahnen so ausgeschildert werden, dass der Nutzer auch weiß, wann die Arbeiten beendet sein sollen. Wir wollen, dass endlich in den Verträgen, auch in denen, die Sie im Auftrag des Bundes abschließen, heftige Vertragsstrafen für Bauverzögerungen vereinbart werden, wenn man feststellt, dass auf diesen Baustellen nicht gearbeitet wird. Auch das kann man jetzt machen. Wir fordern aber auch, dass man sich über eine vernünftige Beschilderung der Ausweichstrecken Gedanken macht und darüber, wie auf den Ausweichstrecken Am-

pein geschaltet werden können, dass es für die Anwohnerinnen und Anwohner erträglich wird. Das sind lauter Maßnahmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die man ergreifen kann, um die A 7, der in den kommenden Jahren bis 2030 erhebliche Stausituationen drohen, zu entlasten. Nichts davon ist bisher vom Senat zu hören. Es herrscht stilles Schweigen beim Senat, stilles Schweigen bei der SPD. Liebe Frau Koeppen, ich bin schon allein deshalb froh, dass wir demnächst einmal eine Anhörung haben werden, bei der wir uns auch mit Baustellenmanagement beschäftigen werden. Vielleicht wird dem Senat danach ein Lichtlein aufgehen, sodass er weiß, was man mindestens machen kann, um diese Stausituation zu beseitigen.

Wir fordern selbstverständlich auch, dass der öffentliche Personennahverkehr verstärkt wird. Es sind natürlich insbesondere die Achsen nach Pinneberg. Die Regionalbahn muss verstärkt werden, die S-Bahn und voraussichtlich die U1. Man muss sich Gedanken über Shuttle-Beziehungen machen. Das alles sind wichtige Punkte, und wer den Wirtschafts- und Logistikstandort Hamburg ernst nimmt, der muss befürchten, dass nicht nur der Flughafen, sondern natürlich auch der Hafen durch diese Stausituation auf der A 7 erheblichen Beeinträchtigungen ausgesetzt ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich selten so wie heute gefreut, dass eine Parlamentsdebatte aufgezeichnet wird. Irgendwann einmal wird man sehr gern das Protokoll lesen.

(*Dr. Till Steffen* GRÜNE: Es hört ja keiner zu!)

– Genau, lieber Herr Kollege Steffen, das können aber auch die tun, die jetzt nicht im Plenarsaal sind. Auch die können das nachlesen.

Ich verspreche Ihnen, dass wir spätestens 2015 auf das Thema zurückkommen.

(Zuruf von *Dr. Till Steffen* GRÜNE)

Die Stadt wird im Stau stehen, weil Sie nichts getan haben. Das kritisieren wir, und deswegen fordern wir Sie auf: Nehmen Sie unseren Antrag an. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Wieland Schinnenburg* FDP)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Frau Koeppen, Sie haben das Wort.

Martina Koeppen SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hesse, das war wieder einmal laut und viel heiße Luft. Ihr Redebeitrag und Ihr Antrag haben heute wieder gezeigt, dass Sie sich mit der Situation vor Ort überhaupt nicht auskennen.

(Martina Koeppen)

(Birgit Stöver CDU: Ausgerechnet!)

Die A 7 wird doch deshalb ausgebaut, weil sie überlastet ist und die Verkehre nicht mehr aufnehmen kann. Genau aus diesem Grund stauen sich täglich die Verkehre auf den parallel verlaufenden Ausweichstraßen im Hamburger Stadtgebiet. Herr Hesse, Sie schauen jetzt ein bisschen gelangweilt drein, aber ich lade Sie einmal morgens nach Eidelstedt ein. Dann schauen wir uns die Holsteiner Chaussee an, die täglichen Pendlerverkehre. Da geht überhaupt nichts mehr, weil die Autofahrer die A 7 verlassen, und genau deswegen wird sie ausgebaut.

(Beifall bei der SPD)

Eine mögliche Ausweichstrecke gibt es noch über die Schnackenburgallee, nur dahin kommen natürlich die Schleswig-Holsteiner überhaupt gar nicht mehr, weil sie schon in Eidelstedt die A 7 oder die A 23 verlassen. Der Ansatz, während der Bauphase die Verkehre auf der A 7 zu belassen, ist genau richtig. Sie haben aus einer Schriftlichen Kleinen Anfrage zitiert. Das möchte ich auch tun und eine Antwort zitieren:

"Im Bereich der A 7 werden während der Bauzeit im Abschnitt Stellingen grundsätzlich, wie im Bestand, drei Fahrstreifen je Fahrtrichtung aufrechterhalten. Hierdurch soll die Verkehrsabwicklung soweit wie möglich gesichert werden. Die Einrichtung zusätzlicher Umleitungsstrecken wurde nicht vorgesehen, um eine Verlagerung der A7-Verkehre auf das nachgeordnete Netz nicht zu fördern."

(Klaus-Peter Hesse CDU: Und Sie glauben, das funktioniert?)

Diese Antwort, lieber Herr Hesse, auf meine Schriftliche Kleine Anfrage stammt übrigens aus der vergangenen Legislaturperiode. Ich kann mich nicht wirklich erinnern, dass Sie damals einen solchen Zwergenaufstand wie heute gemacht haben.

(Beifall bei der SPD)

Es scheint einen großen Unterschied zu machen, welcher Senat diese Antwort gibt. Vielleicht können Sie uns diesen Unterschied gleich noch erklären.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Scheint sich ja in der Behörde nicht viel geändert zu haben! – Gegenruf von Karin Timmermann SPD: Billig!)

Die intelligente Verkehrslenkung funktioniert, Herr Hesse. Das hat uns der SPD-Senat bereits im März vergangenen Jahres gezeigt, als nämlich genau ein Wochenende lang die A 7 gesperrt war, weil die Brücke über die Güterumgehungsbahn erneuert wurde. Es wurde eine Umleitungsstrecke Holsteiner Chaussee/Eidelstedter Platz/Kieler Straße ausgewiesen. Langezeit vorher wurden die Au-

tofahrer über alle möglichen Kanäle, über Medien, über Rundfunk, über aufgestellte Schilder, darauf vorbereitet. Trotzdem hat man mit dem Verkehrschaos schlechthin gerechnet. Was ist passiert an dem Wochenende? Es war eine gähnende Leere auf den Straßen.

(Zuruf von Arno Münster SPD)

Ein Chaos gab es, und zwar waren sämtliche Fahrradstellplätze rund um den Eidelstedter Platz völlig überbelegt. Das zeigt uns aber erstens, dass die Planung zur Vollsperrung vom Senat hervorragend vorbereitet und vernünftig umgesetzt war.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens sollten wir uns wirklich einmal an die eigene Nase fassen. Müssen wir jeden Weg mit dem Auto zurücklegen, oder können wir auch einmal auf das Fahrrad umsteigen?

(Beifall bei der SPD und bei Heike Sudmann DIE LINKE)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Antrag der CDU werden wir heute ablehnen, weil er völlig überflüssig ist, und analog dazu auch den FDP-Antrag. Die in diesem Antrag benannten Punkte werden bereits bei der Planung zum Ausbau der A 7 berücksichtigt. Es werden alle erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Bauarbeiten kosten- und zeitoptimiert auszuführen und den Verkehr so wenig wie möglich zu beeinträchtigen. Eine Koordinierung mit den Nachbarländern findet bereits statt, und die Beschilderung, sehr geehrter Herr Hesse, wird zentral auf Grundlage der Vorgaben des Bundes erfolgen, wie auf jeder Baustelle auf einer Bundesautobahn. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Kersten Artus: Herr Dr. Steffen, Sie haben das Wort.

Dr. Till Steffen GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hesse, das war eine wilde Rede zu einem harmlosen und im Wesentlichen auch zustimmungsfähigen Antrag. Der Antrag gab das eigentlich gar nicht her.

(Beifall bei Arno Münster, Frank Wiesner, beide SPD, und Heike Sudmann DIE LINKE)

Es ist schon ein bisschen auffällig, welche Bögen Sie gemacht haben. Dass Sie noch die Handlungskammer einflechten mussten, die sich offenbar mehr von einem Bauchgefühl als von Fakten hat leiten lassen, was die alltägliche Stausituation betrifft, spricht auch eher für diese These.

Im Rahmen von verschiedenen Debatten haben wir nun ein paar mehr Daten für die verkehrspolitische Diskussion. Wenn wir uns die einmal anschauen, dann wissen wir, dass es sich im inner-

(Dr. Till Steffen)

städtischen Bereich etwas entspannt. Dagegen haben wir eine hochbelastete Situation auf den Fernverkehrsstraßen. Hier ist natürlich die A 7 auf alle Fälle dabei. Von der Situation, die sich vor dem Elbtunnel darstellte, als nur drei Röhren zur Verfügung standen, ist bekannt, dass allein der Umstand, dass eine sechsspurige Autobahn in einen sechsspurigen Tunnel mündet, zu erheblichen Verkehrsstaus führt. Das zeigt: Sechs Spuren sind nicht zwingend gleich sechs Spuren. Spuren können auch unterschiedlich leistungsfähig sein. Der Effekt ist, wie beim Elbtunnel zu beobachten, dass es zu Verkehrsstockungen kommt, da eine Verunsicherung aufgrund der Verkehrssituation eintritt, der berühmte Tunneleffekt. Dieser Effekt ist bei Baustellen noch stärker. Natürlich wird bei einer hochbelasteten Baustelle eine sechsspurige Führung der Autobahn durch die Baustelle zu einer geringeren Leistungsfähigkeit der Autobahn führen. Das ist so, und das wird sich natürlich bei einer hochbelasteten Autobahn wie der A 7 auch bemerkbar machen.

Deswegen ist der Antrag der CDU richtig, und die kritische Frage der CDU ist auch richtig. Was tut der Senat eigentlich über die insoweit vernünftige Entscheidung hinaus, die Baustelle in der Art zu planen, dass stets genauso viele Spuren wie jetzt zur Verfügung stehen? Diese grundlegende Entscheidung wurde von vornherein getroffen. Jetzt geht es also um die Detailarbeit. Es geht darum zu schauen, welche konkreten Maßnahmen eigentlich ergriffen werden können, um nach Möglichkeit das Verkehrsaufkommen zu senken oder nicht so stark steigen zu lassen, wie das die Prognosen für den Fernverkehr ansonsten erwarten und auch befürchten lassen. Dabei geht es wirklich um konkrete Dinge. Die CDU hat einiges Richtiges benannt. An einem Punkt haben wir eine andere Meinung. Sie hat richtige Maßnahmen benannt, und das kann die Bürgerschaft auch ausdrücklich unterstützen. Dazu liegt uns vom Senat bisher nichts vor. In den vielen Anfragen, die zu dem Thema gestellt wurden, wird dazu nichts Konkretes ausgeführt. Deswegen ist es legitim, dass die CDU genau das beantragt.

Es gibt zwei Punkte, über die man sich noch einmal konkret Gedanken machen muss. Meiner Meinung nach zieht die SPD aus dem Umstand, dass die A 7 über zehn Jahre weniger leistungsfähig sein wird als jetzt, nicht die richtigen Konsequenzen; ich rede nicht über die Frage, wann man welche Schilder aufstellt. Die erste Frage lautet: Wie ist es denn tatsächlich mit den Ausweichstrecken? Das ist auch der Punkt, dem wir beim CDU-Antrag nicht zustimmen können, weil wir nicht genau wissen, welche Strecken eigentlich gemeint sind. Frau Koeppen hat zwar die Antwort aus der vorigen Wahlperiode zitiert, dass Ausweichstrecken durch die Stadt eigentlich nicht sinnvoll sind, im praktischen Handeln hat es aber eine Änderung gege-

ben. Die SPD will Ausweichstrecken durch die Stadt in großem Umfang ausbauen und baut sie gegenwärtig auch aus. Das mussten wir feststellen, als wir uns die Pläne für die Busbeschleunigung angesehen haben. Auf dem Straßenzug Kollaustraße/Lokstedter Steindamm/Hoheluftchaussee und so weiter werden die Knoten leistungsfähiger ausgebaut. Das ist genau die Ausweichstrecke für die A 7, die rechtzeitig zur Verfügung stehen soll, bevor die Bauarbeiten beginnen. Sie mündet in die größte innerstädtische Stausituation, nämlich am Dammtorbahnhof. Weiter gibt es Maßnahmen am Eidelstedter Platz, die auch zur Steigerung der Leistungsfähigkeit für den Autoverkehr führen werden. Auch das sind wieder Ausweichverkehre von der A 7. Und es gibt die geplante Baumaßnahme an der Kreuzung Kieler Straße/Sportplatzring/Volksparkstraße. Auch dort wird die Leistungsfähigkeit für den von der A 7 abfahrenden Verkehr erhöht mitten hinein in die Bereiche, in denen wir eine extrem hohe Lärmbelastung haben – die Kieler Straße und die Stresemannstraße – und wir uns im Rahmen des Lärmaktionsplans fragen, was wir für die Anwohnerinnen und Anwohner tun können. Das ist Punkt 1. Die SPD redet so, handelt aber anders, und die Menschen werden massiv mit zusätzlichem Verkehr belastet. Das finden wir falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Punkt ist die Frage, was man ernsthaft an Alternativen machen kann. Dazu gehört sicherlich, die Potenziale für den Radverkehr im Bereich Eidelstedt/Schnelsen stärker zu erschließen. Aber der richtig große Punkt ist die Frage, ob wir in die Pötte kommen, was den Ausbau der AKN als S-Bahn betrifft. Da sagt die SPD immer, sie mache erst einmal die S4, und dann werde geschaut, ob man noch Lust habe. Das ist genau falsch. Wenn wir uns beeilen würden mit der AKN-Strecke, hätten wir die Chance, zumindest in der Mitte dieser zehnjährigen Bauphase eine leistungsfähige Alternative für den ÖPNV anbieten zu können. Vielleicht würden die Leute dann auch bei der Bahn bleiben, wenn die Baustelle wieder weg ist; das würde uns natürlich sehr freuen. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN – Präsidentin Carola Veit übernimmt den Vorsitz.)

Präsidentin Carola Veit: Herr Dr. Schinnenburg, Sie haben das Wort.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir finden den Antrag der CDU-Fraktion absolut richtig und werden ihn unterstützen. Sie haben schon zu Recht gesagt, dass wir eine kleine Änderung beantragt haben, die unserer Ansicht nach nötig ist, aber ansonsten geht Ihr Antrag in die richtige Richtung. Sie haben nur zwei Probleme, und deshalb, Herr

(Dr. Wieland Schinnenburg)

Hesse, bedauere ich Sie ein bisschen. Guter Antrag, wenig Realisierungsmöglichkeiten – das ist das Problem. Der Hamburger Senat, das haben wir heute wieder gehört, interessiert sich nicht für Staus. Frau Koeppens Rede war insofern ein sehr guter Beitrag. Sie sagte, vor gut einem Jahr wäre die A 7 an einem Wochenende gesperrt gewesen und da sei doch auch nichts passiert. Das ist genau die Herangehensweise des Senats. Am Wochenende ist nichts passiert, dann wird auch die nächsten Jahre nichts passieren. Sie betreiben bestenfalls eine Schönwetterpolitik, gegen die Staus tun Sie nichts.

(Beifall bei der FDP und bei *Christoph Ahlhaus CDU*)

Aber noch schlimmer oder mindestens genauso schlimm ist ein zweiter Punkt, der sich in dem guten letzten Jahr geändert hat. Wir haben in den Regierungen der Nachbarländer GRÜNE sitzen,

(*Dr. Anjes Tjarks GRÜNE*: Auch das noch!)

und das ist ein mindestens so großes Problem wie die Untätigkeit des Hamburger Senats. Die GRÜNEN haben ein festes Weltbild: Gut ist nur der Verkehr, der von Muskelkraft abhängt oder wenigstens von Schienen gefesselt ist, alles andere ist nicht so gut. Stellen Sie sich einmal vor, es ginge um Staus auf den Radwegen, dann würde Herr Dr. Steffen doch sofort wie Rumpelstilzchen vor diesem Pult stehen und laut rufen: Ach, wie gut, dass niemand weiß, dass das alles Mist ist. So etwas ist von den GRÜNEN bei Autostaus natürlich nicht zu erwarten, im Gegenteil. Schauen Sie einmal in die Wahlprogramme der GRÜNEN in Niedersachsen und auch in Schleswig-Holstein. Sie wollen keine feste Fehmarnbeltquerung, was die A 7 entlasten würde, sie wollen keinen Weiterbau der A 20 und auch keine PPP-Straßenprojekte, obwohl gerade in Niedersachsen ein solches bei der A 1 ganz hervorragend funktioniert hat.

Meine Damen und Herren! Millionen von Menschen und vor allem auch die Wirtschaft hängen vom Auto beziehungsweise dem LKW ab. So geht es nicht, ändern Sie Ihr Weltbild. Die GRÜNEN sind ein Risikofaktor für die Bürger in diesem Land, was den Verkehr angeht. Es muss dringend etwas geschehen.

(Beifall bei der FDP)

Nun zu unserer kleinen Ergänzung. Wir sind der Meinung, dass an dieser Konferenz nicht nur die Behörden und die Verkehrsunternehmen teilnehmen sollten, sondern auch Betroffene wie der AD-AC und auch die Anwohner sollten beteiligt sein, damit ein bisschen Kompetenz und Betroffenheit dabei ist. Deshalb haben wir das entsprechend beantragt.

Die FDP wünscht dem CDU-Antrag Erfolg, aber ich bin skeptisch. Mit diesem Senat und den GRÜNEN in den Regierungen der Nachbarländer

(Zuruf von *Katharina Fegebank GRÜNE*)

kommen auf die Autofahrer und Anlieger in Hamburg schwere Zeiten zu. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Sudmann das Wort.

Heike Sudmann DIE LINKE:* Herr Schinnenburg, da Sie weder Muskelkraft noch Hirnschmalz einsetzen, ist Ihre Verkehrspolitik nicht erwähnenswert; ein anderer Kommentar bleibt mir nicht übrig. Sie haben Glück: Wir haben keinen Stau, wir haben einen zu großen Abfluss der Redezeit, deswegen fasse ich mich kurz.

(*Finn-Ole Ritter FDP*: Und viel Hirnschmalz ist auch nicht dabei!)

Wir werden der CDU in diesem Fall zustimmen. Wir hätten uns zwar gewünscht, das, was Frau Koeppen beschrieben hat, im Ausschuss zu hören. Wir hätten uns gewünscht, dass der Senat dort darstellt, dass er all diese Maßnahmen schon ergriffen hat. Sie werden nicht überweisen, das finden wir sehr schade.

Dem FDP-Antrag werden wir nicht zustimmen.

Frau Koeppen, letztes Jahr haben Sie uns mit Ihrer Sommertour beglückt und danach einen Antrag auf ein Info-Zentrum gestellt. Wir würden gerne wissen, wie weit eigentlich Ihr Info-Zentrum gediehen ist und wo es stehen soll, weil die Anwohnerinnen und Anwohner informiert werden sollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt? – Wenn das nicht der Fall ist, können wir zu den Abstimmungen kommen.

Zunächst die Frage nach einer Überweisung der Drucksachen 20/8199 und 20/8356 an den Verkehrsausschuss.

Wer möchte so beschließen? – Wer möchte nicht überweisen? – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab.

Meine Damen und Herren! Ich habe Sie nicht zum Hammelsprung aufgefordert, insofern weiß ich nicht, was Sie dort hinten alle an den Türen suchen. Vielleicht nehmen Sie einfach Ihre Plätze wieder ein, dann können wir mit den Abstimmungen fortfahren.

(Präsidentin Carola Veit)

Wir kommen zum Antrag der FDP-Fraktion aus Drucksache 20/8356.

Wer möchte diesem gerne folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei wenigen Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zum CDU-Antrag, Drucksache 20/8199. Hier möchte die GRÜNE Fraktion Ziffer 4 separat abstimmen lassen.

Wer möchte also dem Antrag mit Ausnahme der Ziffer 4 seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist dann soweit abgelehnt.

Wer möchte Ziffer 4 annehmen? – Auch hier die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit hat der Antrag insgesamt keine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 64, Drucksache 20/8203, Antrag der SPD-Fraktion: Netzneutralität im Internet und Diskriminierungsfreiheit gewährleisten.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
Netzneutralität im Internet und Diskriminierungsfreiheit gewährleisten
– Drs 20/8203 –]**

Hierzu liegt Ihnen als Drucksache 20/8355 ein Antrag der Fraktion DIE LINKE vor.

**[Antrag der Fraktion DIE LINKE:
Netzneutralität gesetzlich festschreiben
– Drs 20/8355 –]**

Beide Drucksachen möchte die FDP-Fraktion federführend an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Rechtsausschuss überweisen.

Das Wort wird gewünscht und Herr Schmidt hat es.

Hansjörg Schmidt SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Tag der Beratung unseres Antrags drosselt die Telekom ihre eigenen Drosselpläne. Da kann man nur sagen: SPD wirkt.

(Beifall bei der SPD)

Aber die Einführung von Volumentarifen ist nicht das Hauptproblem. Jedes Unternehmen muss selber wissen, ob und wie es seine Kunden vergraulen will. Allerdings: Die hier im Raum stehenden 70 Gigabyte als Vielsurferei zu betrachten, halte ich angesichts der Tatsachen, gelinde gesagt, für den falschen Begriff. Man stelle sich einen Vierpersonenhaushalt vor: Ein bisschen Streaming von Filmen, Musik oder eben die Übertragung der Bürgerschaftssitzung, ein bisschen Skypen mit der Oma, Uploading eines Fotobuchs aus dem Urlaub und schwupps ist das Volumen schon verbraucht.

Das eigentliche Thema, um das es hier geht, ist die Netzneutralität. Ein offenes und diskriminierungsfreies Internet ist Grundlage für Meinungsfreiheit und Vielfalt. Wir Sozialdemokraten wollen Wettbewerbsverzerrung und Diskriminierung der Anbieter und Anwender durch Behinderung oder Verlangsamung verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Das Ausnehmen der eigenen Angebote oder der Angebote von Partnern aus dem Volumen ist eine Verletzung der Netzneutralität. Da gehen die Pläne zu weit.

Der Angriff auf die Netzneutralität ist auch ein unglaublicher Sabotageakt am einzig verbliebenen Innovationsmotor in Deutschland, dem Mittelstand. Erst durch die Gleichbehandlung aller Datenpakete, unabhängig von Inhalt, Dienst, Anwendung, Herkunft oder Ziel, konnte das Zusammenspiel von Mittelstand und Internet so ausschlaggebend für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung werden. Das Ausnutzen von Marktmacht und die Schaffung künstlicher Eintrittsbarrieren behindern die Innovationsausbreitung. Ein Internet der zwei Geschwindigkeiten wäre fatal für die weitere Entwicklung. Die SPD ist hier auf der Seite des Mittelstands und der Start-ups.

(Beifall bei der SPD)

Netzneutralität ist aber vor allem auch ein Verbraucherschutzthema, und deswegen geht es uns alle an. Schauen Sie auf den Tarifdschungel beim Mobilfunk und Sie sehen, was droht. Es kann nicht sein, dass nur, weil man beim falschen Provider ist, auf einmal bestimmte Dienste und Angebote im Internet nicht mehr nutzbar sind.

Hier spielt auch der von uns angesprochene Routerzwang eine Rolle. Es ist ein Übel, dass Provider ihren Kunden bestimmte Geräte aufzwingen wollen und die Zugangsdaten verheimlichen. Das Nachsehen bei dieser Entwicklung haben die Kunden durch weniger Komfort und Einschränkung der Nutzungsmöglichkeiten und die Gerätehersteller durch eingeschränkten Wettbewerb, weil die Kunden keine Wahl mehr haben. Die SPD macht sich deshalb stark für die Netzneutralität und gegen den Routerzwang. Man stelle sich vor, dass der Stromanbieter den Preis erhöht, weil man nicht die Waschmaschine der Hausmarke verwendet, oder aus der Dusche auf einmal weniger Wasser kommt, weil man den falschen Duschkopf verwendet. So etwas darf es nicht geben. Hier ist der Gesetzgeber gefordert.

(Beifall bei der SPD und bei *Katharina Wolff* CDU)

Die SPD hat bereits 2011 im Bundestag einen Antrag zur Netzneutralität eingebracht. Union und FDP haben diesen abgelehnt, ohne eigene Vorschläge zu machen. Aus den Reihen der FDP hieß

(Hansjörg Schmidt)

es, wie so oft, der Markt werde das schon regeln. Deshalb sind die Krokodilstränen von Herrn Rösler an dieser Stelle auch vollkommen unglaubwürdig. Die Zeit des Briefeschreibens ist vorbei. Hier muss endlich gehandelt werden.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Die SPD ist zum Handeln bereit. Wir haben 2011 einen Antrag im Bundestag eingebracht, wir haben einen einstimmigen Beschluss des Bundesparteitags, wir haben die Netzneutralität in der Enquete-Kommission Internet im Deutschen Bundestag immer wieder gefordert, und wir haben die gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität im Wahlprogramm stehen. In NRW und heute nun auch in Hamburg unterstreicht die SPD diese Position noch einmal eindeutig. Wir sind bei diesem wichtigen Thema zum Handeln bereit. Es liegt einzig und allein an der CDU und vor allem an der FDP, Farbe zu bekennen und die Blockadehaltung endlich aufzugeben. Deswegen werden wir diesen Antrag heute auch beschließen. Diskussionen, Herr Ritter, sind eigentlich an allen Stellen schon genug geführt worden. Deswegen beschließen wir das; hier ist Handeln gefordert und nicht weiteres Rumlamantieren, wie es die FDP gerne macht. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Farid Müller GRÜNE*)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Wolff das Wort.

Katharina Wolff CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Internet hat die Art, wie Menschen überall auf der Welt kommunizieren, sich informieren, partizipieren und auch wirtschaften, auf radikale und gleichzeitig auf fantastische Art und Weise verändert. Von überall auf der Welt kann jeder auf die gleichen Informationen und Daten zugreifen, kann sie konsumieren, für sich nutzen und weiterverarbeiten. Nie zuvor war es für junge, innovative Unternehmer, die angesprochenen Start-ups, so leicht möglich, mit einer guten Idee und dem nötigen Know-how neue Geschäftsmodelle einzuführen und Dienstleistungen für Menschen überall auf der Welt anzubieten. Eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass das bisher möglich ist, ist die Existenz der Netzneutralität. Die Gleichbehandlung aller Daten im Internet hat dazu geführt, dass für neue Innovationen niedrighschwellige Eintrittsbarrieren existieren. Für die Wettbewerbsfähigkeit eines Dienstes oder eines Produkts ist damit bisher vor allem dessen Qualität verantwortlich, nicht aber seine Erreichbarkeit im Netz, da diese bei allen anderen Konkurrenten, die es vielleicht am Markt gibt, bei Netzneutralität gleich ist.

In der analogen Welt macht es einen entscheidenden Unterschied, ob Sie Ihr Ladengeschäft in einer zentralen Einkaufsstraße wie zum Beispiel der Mönckebergstraße haben oder in Waltershof inmitten des Containerhafens. Je leichter der Zugang zu einem Geschäft ist, desto größer ist natürlich auch die Wahrscheinlichkeit, dass der eine oder andere potenzielle Kunde dort vorbeikommt. Das wissen die Unternehmen, und deshalb zahlen sie für gute Standorte auch hohe Mieten. Das ist aber den meisten Start-ups nicht möglich. Im Internet ist das deswegen bisher weitgehend anders. Die Netzneutralität hat sichergestellt, dass hier Gutes schnell durch Besseres verdrängt werden kann, und damit wurde das Internet innerhalb kürzester Zeit zum innovativen Antreiber gesellschaftlichen, aber auch ökonomischen Fortschritts. Im Internet kann bisher quasi jeder einen Laden in der Mönckebergstraße eröffnen. Jedes Geschäft, jedes Angebot wird infrastrukturell genau gleich angeboten. Über Erfolg und Misserfolg entscheidet damit dann nicht die Zugänglichkeit im Netz, sondern allein die Attraktivität des Produkts, seine Bekanntheit und sein Nutzen.

Ich will an dieser Stelle nur zwei bekannte Beispiele von deutschen Unternehmen nennen, denen es durch die Netzneutralität erleichtert wurde, auch mit US-Unternehmen konkurrieren zu können. Da gibt es zum Beispiel das Unternehmen XING, das es nur durch die Netzneutralität geschafft hat, den amerikanischen Platzhirschen LinkedIn im deutschen Markt von den Nutzerzahlen her zu überholen. Und auch nur im Umfeld der Netzneutralität hat ein Unternehmen wie DailyDeal es geschafft, dem weitverbreiteten US-Pendant Groupon wirklich ernsthafte Konkurrenz machen zu können. Diese zwei Beispiele stehen stellvertretend für unzählige kleine Unternehmen mit innovativen und guten Produkten, die sich schnell und erfolgreich auf einem bereits besetzten Markt sogar gegen diese US-Riesen durchsetzen können. Genau das gerät jetzt in Gefahr, und deswegen unterstützen wir den Antrag der SPD-Fraktion ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Wenn, wie gerade von der Telekom angekündigt, einzelne Provider – Herr Schmidt hat es ausgeführt – ihre Macht über den Netzzugang dazu nutzen, einzelne Dienstleister oder Tochterunternehmen zu bevorteilen und damit andere Anbieter zu diskriminieren, dann droht unsere Innovationsfähigkeit regelrecht abgetötet zu werden, dann zerstört das die Chancen für neue Start-ups und Gründer innovativer Produkte, und dann verschlechtert das letztendlich natürlich auch das Angebot für den Endkonsumenten, den User.

Es geht im konkreten Beispiel eben nicht darum, dass die Telekom ab einem gewissen Volumen, das ein Kunde verbraucht hat, dessen Zugang

(Katharina Wolff)

zum Netz nur verlangsamt, sondern es geht vor allem darum, dass die Telekom angekündigt hat, den Zugang für spezielle Dienstleistungen eben nicht zu verlangsamen. Ebenso soll der Zugang zu Dienstleistungen von Anbietern, die die Telekom für eine schnellere Erreichbarkeit bezahlen, nicht verlangsamt werden. Damit würde über die Attraktivität einer Dienstleistung oder eines Produktes eben nicht mehr die Qualität, sondern die Zugänglichkeit entscheiden. Diese Zugänglichkeit – das ist der entscheidende Punkt – wird dann für sich zu einer Ware, die man sich kaufen kann oder in Zukunft vielleicht sogar kaufen muss, wann man Erfolg haben will. Im Umkehrschluss hieße das, dass ein etablierter Anbieter den Provider auch dafür bezahlen kann, dass eventuell zukünftig Konkurrenten eine gedrosselte Zugänglichkeit haben. Das würde das Internet fundamental verändern. Das Internet als Innovationstreiber, so, wie wir es heute kennen, wäre dann Geschichte.

Wenn diese Form der Diskriminierung erst einmal möglich ist, dann werden mit Sicherheit auch andere Provider diese Einnahmequelle für sich entdecken, und dann werden sich die Provider irgendwann generell dafür bezahlen lassen, wie schnell, wie stabil und in welcher Bandbreite sie die Daten einzelner Anbieter durch ihre Netze lassen. Es darf nicht dazu kommen, dass Provider Exklusiv-Verträge mit anderen Anbietern abschließen. Es darf nicht dazu kommen, dass nur noch die Suchergebnisse von speziellen Seiten in hoher Geschwindigkeit durchgelassen werden. Das nächste Facebook, das vielleicht schon im Kopf irgendeines Gründers existiert und Gestalt annimmt, wird am Anfang bestimmt niemals die Finanzkraft haben, um zu verhindern, dass es von einem etablierten Unternehmen vom Markt gedrängt wird, bevor es überhaupt die Chance hat, sich dort zu etablieren. Die CDU-Fraktion in Hamburg glaubt deshalb, dass die Netzneutralität ein schützenswertes Gut ist, und deswegen – ich habe es schon gesagt – werden wir den Antrag der SPD unterstützen, auf Bundesebene eine entsprechende Regelung zu finden.

Nicht einverstanden sind wir mit dem Vorhaben, die Verantwortung für diese Fragen auf die Länderebene zu übertragen, so wie Herr Scholz es bei "Spiegel Online" verlauten ließ. Die Verantwortung für ein weltweites Netzwerk in die Hände von 16 einzelnen Bundesländern zu geben, die 16 unterschiedliche Vorstellungen und vielleicht sogar 17 unterschiedliche Ideen davon haben, wie das gestaltet werden soll, erscheint uns unverantwortlich und kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU und bei *Farid Müller GRÜNE* und *Kersten Artus DIE LINKE*)

In Punkt 2 des Antrags der SPD finde ich den zweiten Absatz daher ein bisschen kritisch. Werten Sie es als ein Zeichen dafür, dass wir diesen An-

trag sehr wichtig finden, wenn wir trotzdem den gesamten Antrag annehmen.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Solidarität!*)

Den Antrag der LINKEN werden wir ablehnen, weil wir finden, dass eigentlich schon alles im SPD-Antrag gesagt ist. Natürlich überweisen wir gerne und werden auch gerne im Ausschuss über beide Anträge diskutieren.

Herr Schmidt, Sie haben aus dieser Debatte ein bisschen eine parteipolitische Debatte gemacht.

(*Hansjörg Schmidt SPD: Ich doch nicht!*)

Das ist an dieser Stelle gar nicht nötig. Wir brauchen nicht parteipolitisch zu werden, sondern können alle gemeinsam für einen bundeseinheitlichen Erhalt der Netzneutralität kämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei *Hansjörg Schmidt SPD* und *Farid Müller GRÜNE*)

Präsidentin Carola Veit: Der Abgeordnete Müller hat jetzt das Wort.

Farid Müller GRÜNE:* Frau Wolff, dann wollen wir doch einmal schauen, ob wir das so hinkommen.

Wir GRÜNE begrüßen den Vorstoß der SPD in diesem Punkt. Wir sind auch der Meinung, dass das Internet nicht der Telekom oder Vodafone oder O2 oder allen gemeinsam gehört. Deswegen ist der Vorstoß, den die Telekom gewagt hat, aus meiner Sicht nicht nur nicht hilfreich, sondern er führt in die Irre, und er wird uns vor allen Dingen digital in Europa und auch weltweit zurückwerfen. Es ist gut, dass die Telekom, wie heute bekannt wird, offenbar zurückrudert.

(*Hansjörg Schmidt SPD: Auf unseren Antrag hin!*)

– Bei allem Respekt vor Ihrer Arbeit, Herr Schmidt, glaube ich nicht, dass das aufgrund eines Hamburger Bürgerschaftsantrags geschehen ist. Ich denke, dass die öffentliche Diskussion, der Druck durch die Bundesnetzagentur, aber auch die Klagen der Verbraucherzentrale in NRW ihre Wirkung gezeigt haben.

Wir sollten an dieser Stelle aber deutlich sagen, dass das, was die Telekom in der Sache selbst nachgegeben hat,

(*Hansjörg Schmidt SPD: Nichts ändert!*)

nicht ausreicht. Deswegen ist das für uns als GRÜNE nicht akzeptabel.

Es gibt ein paar gute Beispiele für das, was die Telekom nach neuesten Berechnungen und noch nicht schriftlich vorliegend den Kunden anbieten möchte, nämlich zwei Megabyte pro Sekunde. Das sind für einen vierköpfigen Haushalt ungefähr acht

(Farid Müller)

Aufrufe von Homepages am Tag und vielleicht eine halbe Stunde ein Video Streaming, und das in schlechter Qualität. Mit anderen Worten: Das ist eine Mogelpackung, die uns jetzt auf Druck vorgelegt wird. Wir alle sollten darauf um Gottes Willen nicht eingehen, sondern wir müssen – das fand ich sehr gut bei Frau Wolff – auf dieser Netzneutralität bestehen.

Natürlich muss man, Frau Wolff, auch ein bisschen politisch bei der Sache sein, denn wir stehen deswegen mit diesem Problem in der Bürgerschaft, weil der Bundestag sich bisher nicht durchringen konnte, eine gesetzliche Regelung zu finden, zum Beispiel im Telemediengesetz. Das haben die Fraktionen der SPD und auch der GRÜNEN im Bundestag vorgeschlagen, und am Ende kam eine Wischwaschi-Regelung heraus, die dann dazu geführt hat, dass die Telekom gesagt hat, das machen wir mal so, wir haben schon so viele Datenmengen, die wir transportieren müssen, und irgendwie rechnen sich auch diese Flatrates für uns gar nicht mehr. Schauen wir einmal in unser Entertainmentangebot, das nicht so richtig läuft, und bevorzugen das ein bisschen, dann wird das schon was.

(Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Das Entertainmentangebot findet hier vorne statt, insofern wäre es schön ...

Farid Müller GRÜNE: Ich merke, dass ich da nicht mithalten kann.

Präsidentin Carola Veit: Das macht nichts, Herr Müller, Sie haben das Wort und nur Sie.

(*Gerhard Lein* SPD: Er muss uns entertainen! Das ist das Problem! – Glocke)

Herr Müller, bitte fahren Sie fort.

Farid Müller GRÜNE (fortfahrend): Ich versuche, durchzudringen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gab auch in NRW schon im Mai einen Antrag im Landtag, der eine Bundesratsinitiative forderte. Dieser Antrag wurde von Rot-Grün auch beschlossen. Ich weiß gar nicht, ob die CDU zugestimmt hat; das könnten Sie vielleicht noch einmal recherchieren. Wenn es eine von vielen getragene Bundesratsinitiative zu diesem Thema gibt, dann kann das helfen, aber machen wir uns an diesem Punkt nichts vor: Wenn wir wirklich einen Schritt weiterkommen wollen, geht das nur über zwei Dinge. Entweder werden andere Parteien diese Bundestagswahl gewinnen

(*Finn-Ole Ritter* FDP: Hoffentlich nicht!)

und dann dieses Gesetz auf den Weg bringen, oder die EU wird ein Gesetz vorlegen, das dieses

europaweit regelt. Solche Richtlinienentwürfe wurden schon angekündigt, und es wäre nicht verkehrt, wenn wir europaweit einen einheitlichen Standard hätten.

Wir stimmen dem SPD-Antrag zu. Mit Punkt 2 haben wir aber auch Probleme. Wir sehen keinen Sinn darin, das Internet auf Länderebene regeln zu wollen. Das ist mit uns auf keinen Fall zu machen. Über die Europadimension oder eine weltweite Regelung können wir reden, aber so weit sind wir noch nicht bei der Gesetzgebung. Wenn wir das europaweit hinbekommen, wäre das super. Mir würde aber auch schon reichen, das Telemediengesetz entsprechend anzupassen. Ich hoffe, dass sich alle Fraktionen in diesem Hause bei diesem Weg im Grundsatz einig sind; das würde helfen. – Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun bekommt Herr Ritter das Wort.

(*Hansjörg Schmidt* SPD: So, jetzt mach mal was!)

Finn-Ole Ritter FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Schmidt, das waren ja rührende Worte zur Netzneutralität.

"Netzneutralität im Internet und Diskriminierungsfreiheit gewährleisten"

Das hat die SPD und das hat Herr Schmidt echt schön formuliert.

(*Hansjörg Schmidt* SPD: So bin ich!)

Dahinter steckt aber leider wenig, vor allem Wahlkampf. Schauen wir uns den Antrag einmal an, in der Einleitung steht:

"Bestimmte Entwicklungen der letzten Monate fordern politischen Handlungswillen zur Einhaltung der Netzneutralität heraus."

(*Hansjörg Schmidt* SPD: Am Puls der Zeit!)

Richtig, die SPD stellt seit Monaten bundesweit auf Wahlkampfmodus um. Fraktion und Senat versuchen nach Kräften, am Bundesrat zu drehen, und da die Themen ausgehen, versucht man es nun eben mit Netzneutralität. Wichtiges läuft da plötzlich ganz nebenbei. Fast beiläufig – das wurde noch gar nicht erwähnt – stellt der Antrag dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk implizit eine Vorfahrtsgarantie für seine Mediatheken und Co. in Aussicht, also genau die Online-Angebote, die wir alle mittlerweile über die neue Rundfunkabgabe bezahlen. Womit, Herr Schmidt, erklärt sich sonst die Forderung nach Regelungen zur Netzneutralität im Rundfunkstaatsvertrag? Werte Kolleginnen und Kollegen der SPD, das Thema Netzneutralität ist viel zu wichtig, als es im Wahlkampf derart zu verbrennen, und es ist auch zu wichtig für wahl-

(Finn-Ole Ritter)

kampftaktische Anbiederungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Die schwarz-gelbe Koalition, die Bundesregierung, ist beim Thema Netzneutralität hellwach, das zeigt die Gesetzesnovelle des Telekommunikationsgesetzes von 2011/2012. Die Bundesregierung ist mit dem neuen Paragraphen 45a ermächtigt, grundsätzliche Anforderungen an diskriminierungsfreie Datenübermittlung festzusetzen sowie Zugang zu Inhalten und Anwendungen im Internet per Verordnung zuzulassen

(Hansjörg Schmidt SPD: Tut sie ja nicht!)

und zudem die Bundesnetzagentur als zuständige Aufsichtsbehörde in die Lage zu versetzen, technische Richtlinien und Mindestanforderungen und technische Details festzulegen.

(Hansjörg Schmidt SPD: Die schieben sich doch die Schuld gegenseitig zu! Haben Sie die Debatte nicht verfolgt?)

Dadurch sind schnellere Anpassungen an einen sich dynamisch entwickelnden innovativen Markt besser möglich als mit einem starren Gesetz. Mögliche Rechtsunsicherheiten, die ein solches mit sich bringen würde, werden eingedämmt und der Innovationsspielraum dieser Zukunftsbranche bleibt gewahrt. Das ist der Unterschied zwischen gut gemacht durch die FDP und gut gemeint durch die SPD.

(Beifall bei der FDP – Hansjörg Schmidt SPD: Jetzt mal zur Sache!)

– Ich habe gerade schon etwas gesagt, Herr Schmidt. Sie müssten nur einmal zuhören, und das nicht nur dann, wenn es Ihnen gerade passt.

Wie Sie sehen, hat Schwarz-Gelb im Bund also bereits einige sehr sinnvolle Schritte unternommen.

An dieser Stelle ein Wort zum Zusatzantrag der LINKEN. Sie fordern mit dem Einleitungssatz des Petitums eine starre gesetzliche Regelung, statt sich zunächst einmal auf die Arbeit der Bundesnetzagentur zu verlassen. Warten Sie doch erst einmal deren Prüfungs- und Regulierungsergebnisse ab. Wir Liberale lehnen Ihren Antrag einer starren gesetzlichen Regelung ab.

Zu weiteren wichtigen inhaltlichen Fragen rund um das Thema Netzneutralität. Die mögliche Einführung von Volumentarifen im Festnetzbereich ist per se erst einmal kein Problem, das gibt es im Mobilfunkbereich auch schon länger. Wer das nicht hören möchte, kann ja mit den Füßen abstimmen, das heißt, seinen Anbieter wechseln – eine wunderbare marktwirtschaftliche Lösung per Wettbewerb. Schneller und besser kann es nicht funktionieren.

Problematisch ist allerdings – und jetzt komme ich auf die Petita, denen wir zustimmen – die ange-

dachte Bevorteilung eigener Kooperationspartner durch Internetanbieter. Das ist die eigentliche Gefahr für die Netzneutralität, und das dürfte auch die Kartellwächter sehr schnell auf den Plan rufen, da sonst der vorab beschriebene Anbieterwettbewerb in Gefahr ist. Langfristig droht sogar eine Monopolisierung des Marktes. Deshalb stehen wir Liberale solchen Entwicklungen auch sehr kritisch gegenüber. Derzeit prüft die Bundesnetzagentur als zuständige Aufsichtsbehörde allerdings noch entsprechende Vorhaben der Telekom. Warten wir also erst einmal ab, was die Bundesnetzagentur geregelt bekommt, Politik muss sich ja nicht immer sofort einmischen.

Abschließend noch ein paar Worte zum Routerzwang. Das Thema geistert seit mindestens einem Dreivierteljahr durch die Szene. Gemäß dem Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen muss jedes zulässige Endgerät, also auch jeder handelsübliche Router, ans Netz angeschlossen und genutzt werden können. Der Hauptstreitpunkt ist momentan, wo die Netzabschlusschnittstelle ist und was die sogenannte Telekommunikationsendeinrichtung ist. Einige Internetanbieter liefern ihre vorkonfigurierten Boxen gleich mit und sehen erst darin die Schnittstelle zu ihrem Netz und somit den Netzabschluss. – Ich merke, dass das ein bisschen technisch wird, aber Sie können mir bestimmt noch folgen, Herr Schmidt, oder?

(Hansjörg Schmidt SPD: So lange Sie sich selbst noch folgen können!)

Die derzeit viel gescholtene Telekom hält jedoch nach wie vor die erste Anschlussdose, die TAE-Dose, für den Netzabschluss. Diese Auffassung teilen wir aus liberaler Sicht, denn genau an dieser Stelle beginnt die Privatsphäre. Ab hier entscheidet der Bürger, welche Technik und welches Design er nutzt. Allerdings gilt auch die Vertragsfreiheit. Wenn die Nutzung eines spezifischen Geräts vereinbart wird, gilt das auch. Zur Not besteht ein Rücktrittsrecht oder Sonderkündigungsrecht bei Vertragsänderungen.

Das Fazit des Ganzen ist – Herr Schmidt, das wird Sie wahrscheinlich überraschen –, dass wir Punkt 1 und 3 Ihres Petitums zustimmen werden. Bei Punkt 2 konnten wir uns leider nicht wie die CDU dazu durchringen, zuzustimmen, weil das doch eine eindeutige Richtung hat. Aber das Ganze ist für uns so wichtig, modern wie komplex, sodass wir eine Überweisung an den Ausschuss befürworten. Wenn Sie es abstimmen, habe ich Ihnen mein Votum gerade genannt.

(Beifall bei der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau Artus das Wort.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! Die CDU im Bundestag ist der Auffassung, bei der Sicherung der Netzneutralität gehe es um ein Ansinnen aus SED-Zeiten, welches der LINKEN genetisch vererbt worden sei. Es sei neosozialistische Propaganda, das hat zumindest der Redner der Regierungsfraktion in Berlin vor Kurzem ausgeführt, als die Netzneutralität auf der Tagesordnung des Bundestags stand.

(Beifall bei *Christoph de Vries CDU*)

Insofern, Frau Wolff, habe ich mich heute über Ihre Äußerungen sehr gefreut.

Ein weiterer Redner der Regierungsfraktion behauptete dann, die Netzneutralität sei bereits gesetzlich festgeschrieben. Verehrte Abgeordnete, ich finde es schlimm, mit wie wenig Sachverstand und wie viel Polemik im Bundestag von CDU-Seite aus diskutiert wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Das zeigt einmal mehr, dass das Thema bei Ihrer Partei nicht gut aufgehoben ist. So ist es auch kein Wunder, dass eine überregionale Tageszeitung in der letzten Woche beklagte, dass der Netzneutralität viel zu wenig Aufmerksamkeit in den Parlamenten zukomme. Deswegen finden wir es gut, dass die SPD das hier auf die Tagesordnung gesetzt hat.

(*Hansjörg Schmidt SPD: So sind wir!*)

Herr Schmidt, insofern verstehe ich Ihren Wortbeitrag nicht, dass man darüber nicht mehr groß diskutieren müsse. Es ist richtig, heute zu diskutieren, und wir tun das auch gerade; Sie haben es selber zur Debatte angemeldet.

Alle Fraktionen der Opposition im Bundestag sahen es als erforderlich an, die Netzneutralität endlich gesetzlich festzuschreiben, im Grunde auch die FDP. Zumindest hat einer Ihrer Redner im Bundestag den Antrag der Links-Fraktion ausdrücklich unterstützt, Herr Ritter.

(*Christiane Schneider DIE LINKE: Herr Ritter, hört, hört!*)

Aber da die FDP in der Koalition ist und manchmal auch nicht zuhört, bewegt sie leider nichts in dieser Frage. Warum eigentlich machen Sie da nicht mehr Druck? Oder steht Ihr Dogma davor, Geschäftsaktivitäten so wenig wie möglich zu reglementieren? Ein bisschen habe ich das heute wieder herausgehört.

(*Finn-Ole Ritter FDP: Schrecklich!*)

Die Telekom hatte angekündigt, die Geschwindigkeit der Internetflatrate zu drosseln, wenn eine bestimmte Datenmenge aufgebraucht ist, es sei denn, man zahlt einen Aufpreis. Das ist ungefähr so – ich bringe auch noch einmal ein schönes Gleichnis, das ich in der "Süddeutschen Zeitung"

gefunden habe –, als wenn Mercedes Benz oder Volkswagen verschiedene Autobahnen bauen, aber nur ihre Modelle auf einer Asphaltdecke fahren dürfen und die anderen auf Schotterpisten. Daher ist es sehr zu begrüßen, dass es eine Petition gibt, die daraufhin eingebracht wurde und die in kurzer Zeit Zigtausende Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden hat. Die Netzneutralität muss endlich gesetzlich festgeschrieben werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Sie steht tatsächlich schon im Telekommunikationsgesetz, kann aber nur im Wege einer Verordnung – Herr Ritter hat das ellenlang ausgeführt –

(*Finn-Ole Ritter FDP: Aber nicht zu lange!*)

konkreter festgelegt werden; es passiert aber nicht. In Anbetracht der Bundestagsdebatte bezweifle ich auch, dass das noch passiert. Insofern habe ich Ihre Ausführungen hierzu nicht nachvollziehen können.

Es ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, verehrte Abgeordnete. Jeder Mensch muss freien und gleichen Zugang zum Internet haben. Deswegen haben wir diesen Antrag zusätzlich eingebracht, der unserer Auffassung nach diesen Aspekt deutlicher hervorhebt als der Antrag der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Hinzu kommt, dass der Vorschlag der SPD-Bürgerschaftsfraktion, die Netzneutralität – da schließe ich mich meinen Vorrednerinnen und Vorrednern ausdrücklich an – im Rundfunkstaatsvertrag zu verankern, völlig unausgegoren und politisch fragwürdig ist.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Katharina Wolff CDU – Finn-Ole Ritter FDP: Richtig!*)

Sie kennen unsere Kritik an Staatsverträgen beziehungsweise daran, wie häufig mit ihnen umgegangen wird. Sie werden in Hinterzimmern der Senatskanzleien und in Ministerpräsidentenkanzleien erstellt, von den Ersten Bürgermeistern und Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten gezeichnet und dann irgendwann von den Landesparlamenten abgenickt. Demokratie möchte DIE LINKE aber anders leben.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Wir möchten uns nicht selbst die Rechte nehmen zu entscheiden, wie die SPD-Bürgerschaftsfraktion das mit ihrem Vorschlag tut, und die Macht dem Ersten Bürgermeister zuschreiben. Das würde dann nämlich auch so bleiben, wenn Herr Scholz einmal nicht mehr Erster Bürgermeister ist.

(Zurufe von der SPD: Das dauert ja noch ewig!)

Spätestens der 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrag, durch den die GEZ-Gebühr in eine Haushaltsabgabe umgewandelt wurde, hat gezeigt, wie am Volk vorbei Politik gemacht wird.

(Kersten Artus)

Im Antrag der SPD fehlte außerdem der Hinweis auf die soziale Ungerechtigkeit. Der Antrag ist mir und meiner gesamten Fraktion viel zu wirtschaftslastig und unternehmerorientiert. Selbst der SPD-Antrag, der vor zwei Jahren in den Bundestag eingereicht wurde, war darauf ausgerichtet, die drohende Zwei-Klassen-Gesellschaft – dieses Wort haben Sie in Ihrem Antrag vehement gemieden, in Ihrem Antrag auf Bundesebene stand es –, die durch die Verletzung der Netzneutralität entsteht, zu verhindern. Auch deswegen haben wir diesen eigenen Antrag gestellt, stellen ihn hier zur Abstimmung und bitten die Bürgerschaft, ihm zuzustimmen. Wir würden uns allerdings auch dem nicht vollständigen und damit schlecht gemachten SPD-Antrag nicht verweigern, weil er grundsätzlich natürlich die richtige Intention hat, würden uns aber bei Ziffer 2 enthalten.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat das Wort Herr Senator Horch.

(*Dr. Till Steffen GRÜNE:* Wo ist unser Medienbürgermeister?)

Senator Frank Horch:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Nutzung des Internets ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen, die Wachstumsraten sind weiter stark gestiegen. Neue Kommunikationsformen und Plattformen haben sich auf weltweit verfügbaren Infrastrukturen enorm entwickelt. Schon mehr als eine Milliarde Menschen weltweit greifen zum Beispiel auf Facebook zu.

Das Internet ist eine Basis für neue Geschäftsmodelle und Start-up-Unternehmen und damit auch für wirtschaftliches Wachstum, das in seiner Dynamik, aber auch in seinen absoluten Zahlen bisher gewohnte Kategorien längst überschritten hat. Das Internet ist damit zu einem globalen Wachstumstreiber der gesamten Wirtschaft geworden.

(Beifall bei der SPD)

Eine grundlegende Voraussetzung für solche Entwicklungen ist, dass das Netz für alle Nutzungen und Daten jeglicher Art zur Verfügung steht. Begrenzender Faktor ist hier die Bandbreite, die in der Regel ein knappes Gut ist. Dass es sich bei der Verteilung um einen natürlichen Konflikt handelt, ist keine neue Erscheinung, das wissen wir seit vielen Jahren. Spätestens die Diskussionen um die von der Deutschen Telekom angekündigte neue Tarifstruktur – Stichwort Bandbreitendrosselung – und über Autobahnen mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten haben gezeigt, dass wir dringend eine Regelung benötigen, die für die Marktteilnehmer, das heißt, für die Netzbetreiber, die Dienstleister und die Kunden, einen verlässlichen Gesamtrahmen darstellt.

(Beifall bei der SPD)

Dies soll verhindern, dass bestimmte Premiumdienste das Netz dominieren und die vorhandenen Bandbreiten für andere Dienste so stark beschränken, dass deren Nutzung ins Hintertreffen gerät und ihre Entwicklungschancen letztendlich begrenzt würden. Diskriminierung fremder Dienste und Dienstleistungen und Bevorzugung eigener Dienste durch die Netzbetreiber müssen ausgeschlossen werden.

(Beifall bei der SPD)

Klar ist, dass hier an einer sensiblen Stellschraube gedreht wird und dass deren konkrete Einstellung enorme Folgen haben kann. Das gilt, ob wir das wahrhaben wollen oder nicht, sowohl ökonomisch als auch im Hinblick auf das Recht der Bürger, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Das Grundrecht der Informationsfreiheit ist eine wichtige Basis unserer demokratischen Grundordnung. Das Internet ist eine solche allgemein zugängliche Quelle und soll es auch unbedingt bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Der Grundsatz der Netzneutralität hat dabei einen ganz hohen Stellenwert. Bereits bei der jüngsten Novellierung des Telekommunikationsgesetzes wurde darüber diskutiert, ob und in welcher Art und Weise der Grundsatz der Netzneutralität im Telekommunikationsgesetz verankert werden soll. Herausgekommen ist Anfang 2012 dann, das muss man deutlich sagen, leider nur ein fauler Kompromiss, der sich als ungenügend und ungeeignet zur Lösung ganz konkreter Fragen und Probleme erwiesen hat. Die in dem Telekommunikationsgesetz aufgenommene Verordnungsermächtigung zur Definition der Netzneutralität ist im Grundsatz eine gute Sache. Dies setzt jedoch voraus, dass man seitens der aktuellen Bundesregierung auch gewillt ist, Gebrauch von dieser Möglichkeit zu machen. Hierfür gibt es aber zurzeit keinerlei Anzeichen. Die jüngst begonnene Diskussion über die Verpflichtung der Netzbetreiber, konkret angebotene Bandbreiten auch zu gewährleisten, mag ein erster Schritt sein, hat aber für das eigentliche Thema, die Netzneutralität, nur eine geringe Bedeutung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Das Netz muss weiter ausgebaut werden, und hier sehe ich vor allen Dingen den Bund in allen Ländern in Deutschland in der Pflicht. Die Hoffnung, bestehende Bandbreitenprobleme allein durch einen weiteren Ausbau des Netzes zu lösen, halte ich aber für eine Illusion. Schon angesichts der gewaltigen Kosten des flächendeckenden Ausbaus, aber auch angesichts der Entwicklung neuer und immer bandbreitintensiverer Dienste werden wir voraussichtlich niemals den Punkt erreichen, an dem keinerlei Bandbreitenprobleme mehr bestehen werden, womit die Frage der Netzneutralität de facto geklärt

(Senator Frank Horch)

wäre. Es handelt sich vielmehr um einen fortlaufenden Prozess der Entwicklung von Bandbreiten der Dienste und nicht um eine Lösung, die man in einem gewaltigen Schritt erreichen kann und damit dann für alle Zukunft das Problem gelöst hat.

Eine hundertprozentige Gleichbehandlung aller Daten wird nicht möglich sein. Sie ist auch nicht notwendig, denn natürlich gibt es Daten, die mit Priorität behandelt werden müssen, wie zum Beispiel das gesamte Netzwerkmanagement bei Sprachtelefondiensten oder auch bei Gesundheitsanwendungen, die sogenannte "eMedicine". Umgekehrt kann es aber auch Daten geben, die nicht unbedingt in Echtzeit direkt übermittelt werden müssen. Es kann daher unter Umständen sinnvoll sein, verschiedene Kategorien zu bilden, die dann unterschiedlich behandelt werden, was die Neutralität angeht. Wie diese Kategorien aussehen werden, wird noch intensiv zu diskutieren sein. Klar ist aber, dass es innerhalb einer Kategorie keine Ungleichbehandlung geben darf. Aus meiner Sicht ist es nicht unzulässig und kein Verstoß gegen den Grundsatz der Neutralität, hier zu differenzieren, wie ich das eben versucht habe, deutlich zu machen. Allerdings muss klar sein, was unter technischen Gesichtspunkten noch zulässig sein soll und was nicht mehr geht.

Was wir also brauchen, ist eine ebenso transparente wie intelligente Regelung, die damit beginnen muss, dass endlich einmal klar definiert wird, was wir unter Netzneutralität genau verstehen wollen. Die aktuelle Diskussion ist nämlich deshalb häufig so unergiebig, weil jeder unter Netzneutralität etwas anderes versteht. Der vorliegende Antrag gibt einen wichtigen Anstoß hierfür. Er nennt zu beachtende Parameter und stellt die richtigen Fragen, die von allen Fraktionen auch schon entsprechend beantwortet wurden. Gut finde ich persönlich, dass er das zu lösende Problem nicht zu vereinfachen versucht, sondern differenziert und in seiner juristischen wie ökonomischen Komplexität genau richtig darstellt. Er kann und soll dazu beitragen, dass die Bundesregierung erkennt, dass sie sich bewegen und schon in dieser Legislaturperiode zu wichtigen Schritten in die richtige Richtung kommen muss, damit die Entwicklung in Deutschland nicht verschlafen, dringender Handlungsbedarf nicht versäumt und wichtige Regelungen nicht getroffen werden. Seitens des Senats begrüße ich den Antrag daher ganz ausdrücklich.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir zur Abstimmung kommen.

Wer stimmt einer Überweisung federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien und mitberatend an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zu? – Die Gegen-

probe. – Enthaltungen? – Damit ist das Überweisungsbegehren abgelehnt.

Wir stimmen in der Sache ab. Zunächst zum Antrag der LINKEN aus Drucksache 20/8355. Ziffern 4 und 5 möchten die GRÜNEN separat abstimmen lassen.

Wer möchte also den Antrag mit Ausnahme der Ziffern 4 und 5 annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Ausnahme der Ziffern 4 und 5 abgelehnt.

Wer möchte sich diesen Ziffern 4 und 5 anschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind auch diese abgelehnt.

Wir kommen zum Antrag der SPD-Fraktion, Drucksache 20/8203. Hier möchte die FDP-Fraktion Ziffer 2 separat abstimmen lassen.

Wer möchte also dem Antrag mit Ausnahme der Ziffer 2 seine Zustimmung geben? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit Ausnahme von Ziffer 2 angenommen.

Wer möchte dann noch Ziffer 2 annehmen? – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit hat auch Ziffer 2 eine Mehrheit gefunden.

Wir kommen zu Punkt 63 der Tagesordnung, Drucksache 20/8202, Antrag der SPD-Fraktion: EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel umsetzen.

**[Antrag der SPD-Fraktion:
EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung
von Menschenhandel umsetzen
– Drs 20/8202 –]**

Diese Drucksache möchte die FDP-Fraktion auch an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung überweisen.

Wird das Wort gewünscht? – Frau Dobusch, bitte.

Gabi Dobusch SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Das Phänomen Menschenhandel ist alt und als Geschäftsmodell offenbar nicht auszurotten, weil höchst wandelbar und daher auch resistent. Die Ware Mensch verspricht auch im 21. Jahrhundert und auch hier bei uns immer noch satte Gewinnmargen bei minimalem Risiko. Die damit verbundenen menschenverachtenden Praktiken gilt es also zu bekämpfen, die Geldströme einzudämmen und die Täter zu verurteilen – mit aller Macht, mit aller Konsequenz, und zwar hier bei uns in Europa und weltweit.

(Beifall bei der SPD – Glocke)

Präsidentin Carola Veit (unterbrechend): Verzeihen Sie, Frau Dobusch. – Meine Damen und Her-

(Präsidentin Carola Veit)

ren, so funktioniert das nicht. Ich möchte Sie noch einmal bitten, entweder hinauszugehen, wenn Sie sich länger unterhalten möchten, oder zuzuhören. – Frau Dobusch, bitte.

Gabi Dobusch SPD (fortfahrend): Andererseits aber, und dies kommt häufig zu kurz, ist es unsere Pflicht, zunächst und vor allem denjenigen zu helfen, die, aus welchen Gründen auch immer, Opfer dieser skrupellosen Menschenhändler wurden.

Auf EU-Ebene hat man das erkannt. Mit der Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer von 2011 wurden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, ihre Hausaufgaben zu machen und nationales Recht anzupassen. Das war auch höchste Zeit. Und was macht die Bundesregierung? Zwei Jahre lang gar nichts. Und nun, nach Ablauf der Frist Ende März, verfällt man in panikartige Hektik und versucht, einen völlig unzulänglichen Gesetzentwurf in unzumutbarer Weise innerhalb weniger Tage durchzupeitschen.

(*Roland Heintze CDU*: Das kennen Sie doch aus Hamburg!)

So wird man diesem kriminellen Geschehen und auch den Opfern nicht gerecht, die oft jahrelange Martyrien hinter sich haben. So wird man auch nicht dem neueren Straftatbestand, dem Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft, gerecht, der immer noch zu wenig Anwendung findet. Dabei finden wir in diesem Bereich mittlerweile Ausbeutungsverhältnisse ganz neuer Art, in Hamburg beispielsweise den Tagelöhnermarkt. Hier gilt es, die dahinterliegenden Strukturen aufzudecken. Deshalb befasst sich nun auf Initiative der SPD-Fraktion der Runde Tisch "Fairness und klare Regeln am Hamburger Arbeitsmarkt" mit diesem wichtigen Thema.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Was wir dringend brauchen, ist ein besserer Schutz und eine bessere Fürsorge für die Opfer des Menschenhandels, dieses schweren Verbrechens. Es sind überwiegend Frauen, aber auch Männer, Mädchen und Jungen. Diese brauchen zum Beispiel Verbesserungen beim Bleiberecht, unter Umständen auch entkoppelt von der Mitwirkung am Strafverfahren, da die Opfer häufig unter Druck stehen und erpresst werden. Wir brauchen eine Anpassung des deutschen Rechts, um den Nachweis von Menschenhandel zu erleichtern, und wir brauchen wahrscheinlich eine Verlängerung der Verjährungsfristen, denn viele Opfer sind erst nach Ihrer Genesung in der Lage und bereit, auszusagen, von den zivilrechtlichen Möglichkeiten im Hinblick auf Entschädigung und so weiter einmal ganz abgesehen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, denn die Zahl der Opfer ist in den letzten Jahren kontinuierlich ge-

stiegen, während die Zahl der Verurteilungen stetig sinkt, ein skandalöser und nicht hinnehmbarer Zustand.

(Beifall bei der SPD)

In Hamburg hat die vorbildlich arbeitende Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel, KOOFRA, in 2012 54 Fälle betreut: 53 Frauen, 1 Mann, davon 2 Fälle im Zusammenhang mit Menschenhandel zum Zwecke der Ausbeutung der Arbeitskraft.

Wir werden unserer Verantwortung nachkommen, indem wir das Thema im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen und im Rahmen des Opferschutzplans aufgreifen – dann auch gerne in den Ausschüssen, Frau von Treuenfels –, im Rahmen von länderübergreifenden Aktivitäten wie der Ostseeparlamentarierkonferenz, aber auch im Bundesrat, um der Bundesregierung gegebenenfalls Beine zu machen. Denn die laxen Haltung, die diese gegenüber dem Menschenhandel, diesen massivsten Menschenrechtsverletzungen, einnimmt, ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der SPD)

Das nun in letzter Minute vorgelegte Gesetz ist keine den Tatbeständen gerecht werdende adäquate Umsetzung der EU-Richtlinie. Da gibt es Nachbesserungsbedarf, und den fordern wir ein, denn den Opfern von Menschenhandel muss geholfen werden – mit aller Macht, mit aller Konsequenz, und zwar weltweit, in Europa und auch hier bei uns. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Carola Veit: Das Wort hat Herr Trepoll.

André Trepoll CDU:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der von der SPD-Fraktion zur Debatte vorliegende Antrag, der den Senat auffordert, sich im Bundesrat für die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Verhütung und Bekämpfung von Menschenhandel einzusetzen, ist ein kläglicher Versuch, auf einen bereits fahrenden Zug aufzuspringen, Frau Dobusch. Jedoch wie bei Zügen üblich, die den Bahnhof bereits verlassen haben, sind die Türen während der Fahrt geschlossen. Deswegen macht ein Aufspringen Ihrerseits auch keinen Sinn.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Gabi Dobusch SPD*: Abwarten!)

Bereits in der vergangenen Woche wurde der Gesetzentwurf der Koalition aus CDU/CSU und FDP zur Bekämpfung des Menschenhandels und der Überwachung von Prostitutionsstätten im Bundestag in erster Lesung beraten, der genau das umsetzen wird, was die EU-Richtlinie vorgibt,

(*Gabi Dobusch SPD*: Tut er nicht!)

(André Trepoll)

nämlich zukünftig endlich konsequent gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution mit aller Härte des Gesetzes vorzugehen.

Der Gesetzentwurf der schwarz-gelben Koalition sieht unter anderem vor, dass sich zukünftig auch derjenige wegen Menschenhandels strafbar macht, der dabei beispielsweise eine Organentnahme zum Ziel hat oder die Straftaten oder die Bettelei eines anderen ausnutzen will; wir haben da auch schon unsere Erfahrung in Hamburg. Zusätzlich drohen den Tätern in Zukunft höhere Strafen, wenn das Opfer beispielsweise noch nicht volljährig ist oder leichtfertig in Todesgefahr gebracht wird.

Auch die sexuelle Ausbeutung als eines der größten Probleme des Menschenhandels soll durch den Gesetzentwurf effektiv bekämpft werden, indem eine gravierende Schutzlücke endlich geschlossen wird, die das rot-grüne Prostitutionsgesetz von 2002 hinterlassen hat.

(Beifall bei der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Zuhälter und Bordellbetreiber hatten als Folge des damaligen rot-grünen Gesetzes nahezu freies und unkontrolliertes Spiel in ihren Geschäftsgebaren. Die Kriminalität im Rotlichtmilieu wurde dadurch stark begünstigt. Und anstelle dieses Show-Antrags, Frau Dobusch, hätte ich mir von Ihnen etwas mehr Selbstkritik über die fatalen Auswirkungen des von Ihnen verantworteten Gesetzes gewünscht.

(Beifall bei der CDU und der FDP – *Gabi Dobusch SPD*: Diese Vermischung ist fatal und schadet den Opfern von Menschenhandel! Wir reden hier von Menschenhandel, sonst nichts!)

Der schwarz-gelbe Gesetzentwurf in Berlin sieht deshalb vor, dass Betreiber von Bordellen zukünftig überprüft und die Bordelle kontrolliert werden können und der Betrieb durch Auflagen eingeschränkt werden kann, insbesondere wenn es zum Schutz der Prostituierten oder der Allgemeinheit erforderlich ist.

Meine Damen und Herren! Wie Sie sehen, ist Ihr Antrag völlig überflüssig und zu spät. Die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag handelt längst dementsprechend. Ich kann in Ihrem Antrag auch keinerlei neue oder weitergehende Forderungen entdecken, die einen Beschluss unserer Bürgerschaft jetzt noch notwendig machen. Uns allen wäre am meisten geholfen, wenn Sie Ihren Antrag zurückziehen würden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Präsidentin Carola Veit: Frau Möller hat nun das Wort.

Antje Möller GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich muss zugeben, dass ich einen ähnlichen Vorschlag machen wollte wie Herr Trepoll: nicht, dass Sie den Antrag zurückziehen, aber dass Sie ihn in eine Resolution umwandeln. Alles, was Sie inhaltlich gesagt haben, passt und stimmt. Mit dem Thema Menschenhandel wurde sich in der Bundesrepublik bisher viel zu wenig befasst. Auf Bundesebene ist das Thema erst einmal im Keller verschwunden. Und aufgrund des inzwischen drohenden Wahltags, aber auch der Tatsache, dass seit April die Verordnung unmittelbar gilt, wird jetzt etwas gemacht. Aber wenn wir nun einen Antrag von Ihnen bekommen, der sagt, wir sollen den Senat auffordern, sich im Bundesrat dafür einzusetzen – ich bin gar nicht sicher, ob der Bundesrat noch vor der Sommerpause tagt, dann tagt er vielleicht noch einmal danach, und dann haben wir Bundestagswahl –, dann stimmt das schon ein bisschen mit dem Zug, hinter den man sich wirft. Es ist doch viel wichtiger, die inhaltliche Kritik an dem, was Schwarz-Gelb da noch schnell umzusetzen versucht, zu führen, und das hätten wir mit einer Resolution wirklich gut tun können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Cansu Özdemir DIE LINKE*)

Sie haben einige Punkte genannt, die wir teilen. Der Gesetzentwurf ist nicht gut, das muss man schlicht und einfach sagen, Herr Trepoll. Er ist überhaupt nicht ausreichend. Es gibt deutliche Kritik zum Beispiel vom Institut für Menschenrechte, das sagt, da passe nichts zusammen. Die Schnittstelle zum Thema Arbeitsausbeutung passe nicht, es bestehe die Notwendigkeit, eine Zwangslage belegen zu müssen, und das habe noch nie jemand gemacht. Es gebe einen Flickenteppich an Normen, so wird es in der Stellungnahme des Instituts beschrieben, strafrechtlich sei das alles nicht schlüssig und es werde auch nicht konsequent mit den Opferrechten umgegangen. Das kann man nun wirklich nicht als einen guten Entwurf bezeichnen.

Peinlich ist – das wurde schon gesagt –, dass man seit 2008 weiß, dass es diese Richtlinie geben wird. 2011 wurde sie beschlossen, und immer noch hat die CDU sich nicht in der Lage gesehen, das Ausländerrecht und die Aufenthaltsregelungen im Umgang mit Opfern von Menschenhandel so zu überarbeiten, dass sie den Menschen auch Mut machen, auszusagen und ihre Peiniger vor Gericht zu bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es ein bisschen traurig, dass die hamburgischen Projekte, die in diesem Bereich arbeiten, in Ihrem Antragstext gar nicht vorkommen und von Frau Dobusch nur nebenbei in einem Halbsatz erwähnt wurden. Die hamburgische Arbeit ist gut und erfolgreich. Sie hätte es verdient, einen größeren

(Antje Möller)

Raum in Ihrer Rede und in unserer politischen Debatte einzunehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Carola Veit: Nun hat Frau von Treuenfels das Wort.

Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich weiß, dass wir uns alle einig sind – ich glaube, das muss man gar nicht weiter betonen –, dass der Menschenhandel ein wirklich furchtbares Verbrechen ist und dagegen mit aller Kraft vorgegangen werden muss.

(Beifall bei der FDP)

Wie in manch anderen Bereichen gilt allerdings auch bei diesem Thema, dass rot-grüne Politik das Problem leider nicht behoben hat ganz nach dem altbekanntem Motto: Gut gemeint ist lange nicht gut gemacht. Denn das rot-grüne Prostitutionsgesetz von 2001 hat am Menschenhandel in Deutschland nichts geändert, weil nämlich das Idealbild der selbstbestimmten Prostituierten ein Trugbild geblieben ist.

(Beifall bei der FDP und bei *Ralf Niedmers CDU*)

Stattdessen haben sich die Zustände verschlechtert. Heute werden Tausende junger Frauen aus Südosteuropa quer durch die EU nach Deutschland geschleust, in Bordelle verkauft und zur Prostitution gezwungen; wir alle wissen das. Um diesem Zweig des Menschenhandels Einhalt zu gebieten, wird die notwendige Korrektur nun durch den Gesetzentwurf der schwarz-gelben Koalition vorgenommen. Eine sehr notwendige Gesetzesänderung erfolgte in der Gewerbeordnung; Herr Treppoll hat das meiste schon erwähnt. Komischerweise sagen wir heute das Gleiche, weil zufälligerweise in der Regierung. Der Betrieb von Prostitutionsstätten gehört nun zum überwachungsbedürftigen Gewerbe. Das ist sehr wichtig, denn die Behörden erhalten nun endlich Überprüfungs- und Kontrollmöglichkeiten des Prostitutionsgewerbes. Ich stimme Ihnen zu, dass das noch nicht reicht, aber wir haben immerhin den ersten richtigen Schritt getan. Wir brauchen auch einen intensiveren Schutz anderer Opfer des Menschenhandels, die zur Bettelei oder zur Organentnahme gezwungen werden. Die Regierungsfractionen haben diese Fälle in den Straftatbestand des Menschenhandels, Paragraph 233 StGB, aufgenommen. Auch das Schutzalter der Opfer sexueller Ausbeutung und der Förderung des Menschenhandels wurde auf 18 Jahre angehoben.

Meine Damen und Herren von der SPD! Damit ist ein sehr wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan. Der Senat bräuchte dem Gesetzentwurf der Regierungskoalition eigentlich nur noch zuzustimmen,

statt darüber zu lamentieren, dass wir die Fristen verpassen. Auch die Berufung auf die Europarechtskonvention ist für mich keine Ausrede, die ist nämlich seit 2012 längst ratifiziert.

Der Ruf von GRÜNEN und LINKEN nach Einführung von Aufenthaltstiteln ist für mich eigentlich nur eine Geste. Er versucht erstens zu verschleiern, dass die meisten Opfer von Menschenhandel in der EU aus EU-Mitgliedsstaaten kommen. Die brauchen, wie jeder weiß, überhaupt keinen Aufenthaltstitel. Sie brauchen dagegen ganz andere Hilfsmaßnahmen wie psychologische Betreuung und dergleichen mehr, die in den meisten Fällen schon sehr gut gewährt wird.

Zweitens gibt es für EU-Ausländer ausreichende Möglichkeiten, einen Aufenthaltstitel zu erlangen. Deshalb gilt, meine Damen und Herren von der SPD: Anstatt hier vorzupreschen und knapp verpasste Umsetzungsfristen zu kritisieren, hätte es Ihnen offen gestanden, eigene Vorschläge im Bundestag oder Bundesrat einzubringen. Das haben wir vermisst.

(Gabi Dobusch SPD: Im Bundestag gibt es doch eine Vorlage! Haben Sie die nicht gelesen?)

Ihr Antrag hat sich erübrigt und deshalb werden wir ihn ablehnen. Wir bedauern allerdings, dass Sie ihn noch nicht einmal im Ausschuss diskutieren wollen, weil das Thema für uns wichtig ist. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Özdemir.

Cansu Özdemir DIE LINKE:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Weltweit sind fast 21 Millionen Menschen von Zwangsarbeit betroffen. Die Illegalität ist das Druckmittel, Menschen gnadenlos auszubeuten, sei es im Haushalt, in der Pflege, in Restaurants, auf Baustellen oder in Bordellen. Oft bekommen die Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen keinen Lohn. Sie haben niemanden, an den sie sich wenden können, und schweigen aus Angst vor einer Abschiebung.

Wirtschaftliche Not, Kriege, zu versorgende Kinder oder Eltern, politische oder religiöse Verfolgung und die Hoffnung auf eine bessere Zukunft bringt die Menschen durch falsche Versprechen nach Deutschland, manche auch nach Hamburg. Sexuelle Ausbeutung, menschenverachtende Löhne und überlange Arbeitszeiten sind für diese Menschen an der Tagesordnung. Gerade einmal 5 bis 10 Prozent der Fälle von Menschenhandel werden den zuständigen Behörden überhaupt bekannt. Opfer von Menschenhandel sind überwiegend Frauen und Kinder. Eben wurde gesagt, dass es

(Cansu Özdemir)

auch junge Männer sind und sogar ganze Familien.

Die Europäische Kommission hat eine Studie in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse liegen uns nun vor und zeigen deutlich, dass Deutschland eine Drehscheibe dieser modernen Sklaverei ist. Ein EU-Gesetz sollte Opfern von Menschenhandel helfen. Die Frist zur Übertragung der Richtlinie in nationales Recht ist am 5. April verstrichen. Die Bundesregierung – das muss ich noch einmal sagen, auch wenn Sie das ärgert – hat sie verstreichen lassen, und das ist wirklich ein Armutszeugnis.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen dringend Maßnahmen, die die Rechte der Opfer stärken, die den Menschenhandel unterbinden, aber vor allem müssen die Profiteure strafrechtlich verfolgt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Den Tätern müssen ihre Gewinne entzogen und für die Entschädigung der Opfer eingesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Gabi Dobusch SPD*)

Die Opfer müssen endlich geschützt werden anstatt sie zu kriminalisieren oder zu stigmatisieren.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Gabi Dobusch SPD*)

Sie müssen die Möglichkeit haben, sich an die zuständigen Behörden zu wenden, ohne dabei Angst zu haben, Konsequenzen daraus zu tragen wie zum Beispiel eine Abschiebung. Die Opfer brauchen Rechtsbeistand und Rechtshilfe, Schutz, Unterkünfte und medizinische sowie psychische Betreuung.

Kinder brauchen besonderen Schutz. Den Betroffenen muss auch der Zugang zum Arbeitsmarkt, zu sozialen Leistungen und zu Bildungsangeboten ermöglicht werden. Dazu brauchen sie aber einen sicheren und eigenständigen Aufenthaltsstatus.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir kritisieren die Bundesebene, aber wir müssen auch schauen, was auf Landesebene noch zu tun ist. Ich denke, in Hamburg ist noch genug zu tun. Vor allem Projekte und Anlaufstellen für Opfer von Menschenhandel müssen ausgebaut und gestärkt werden, aber auch "Streetwork" muss gestärkt werden.

Hamburg ist eine Metropole, die aufgrund der Finanzkrise der EU viele Migrantinnen und Migranten in der letzten Zeit aus den osteuropäischen, seit Neuestem jedoch auch aus den südeuropäischen Ländern anzieht. Der Senat muss hier rechtzeitig handeln. Handeln heißt aber beispielsweise nicht, die Sexarbeiterinnen zu stigmatisieren oder sie zu vertreiben, sondern Menschenhandel zum

Zwecke sexueller Ausbeutung zu verhindern und die Opfer zu schützen.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Kazim Abaci SPD* und *Antje Möller GRÜNE*)

Wir stimmen dem Antrag der SPD-Fraktion zu. Ich glaube auch, dass wir den Antrag bis zum Wahlkampf vielleicht nicht mehr wiederfinden. Aber ich denke schon, dass das eine gute Sache ist.

(*Dr. Andreas Dressel SPD*: In der Datenbank!)

– In der Datenbank vielleicht schon, aber wichtig ist es doch auch, das in Ihren Köpfen wiederzufinden und das, was man auf dem Papier hat, in die Praxis umzusetzen.

Wir stimmen dem Antrag zu und fordern auch die Bundesregierung auf, ihre Versäumnisse nachzuholen, ihre Hausaufgaben besser zu machen. Sie hatte zwei Jahre Zeit, hat es aber nicht gemacht. Wir erwarten auch vom Hamburger Senat, die hiesige Arbeit in Sachen Opferschutz zu stärken.

(Beifall bei der LINKEN und bei *Kazim Abaci* und *Andrea Rugbarth, beide SPD*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/8202 an den Ausschuss für Justiz, Datenschutz und Gleichstellung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist abgelehnt.

Dann lasse ich in der Sache abstimmen.

Wer dem Antrag der SPD-Fraktion aus der Drucksache 20/8202 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Punkt 55 der Tagesordnung, Drucksache 20/8001, Antrag der CDU-Fraktion: Benachteiligung behinderter Menschen bei der Berechnung der Kita-Gebühren und der Gebühren für die Randzeiten- und Ferienbetreuung an den Ganztagschulen stoppen.

**[Antrag der CDU-Fraktion:
Benachteiligung behinderter Menschen bei der Berechnung der Kita-Gebühren und der Gebühren für die Randzeiten- und Ferienbetreuung an den Ganztagschulen stoppen
– Drs 20/8001 –]**

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr de Vries.

Christoph de Vries CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Behinderte Menschen sind in vielerlei Hinsicht benachteiligt und, um es bildlich zu sagen, sie haben es schwerer als andere, die Hürden des Alltags zu überwinden. Deswegen haben Gesellschaft und Politik im letzten Jahrzehnt eine Menge getan, um diese Benachteiligungen abzumildern.

Im Jahr 2002 wurde das Behindertengleichstellungsgesetz verabschiedet, dessen Ziel es ist, die Benachteiligung von behinderten Menschen zu beseitigen und zu verhindern sowie die gleichberechtigte Teilhabe von behinderten Menschen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten. Diese rechtliche Absicherung wurde noch einmal vorgenommen durch den Beschluss des allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes im Jahr 2006.

Auch das SGB IX enthält umfangreiche Regelungen zum Bereich der Leistung, zur Rehabilitation und Teilhabe. Inzwischen gibt es in Deutschland Antidiskriminierungsstellen, es gibt einen Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen und Gleichstellungsbeauftragte in den Ländern und vor allen Dingen auch die Vorgabe an Arbeitgeber, bevorzugt schwerbehinderte Menschen einzustellen. Es gibt noch ein weiteres Thema, das wir auch häufig diskutieren, die Barrierefreiheit von Gebäuden, Bahnhöfen und Kultur- und Tourismusangeboten, die wir mehr und mehr vorangetrieben haben, zuallerletzt natürlich auch das Thema Inklusion der Kinder in der Kita und in den Schulen.

Kurzum, wenn man es zusammenfasst, so sind Deutschland und Hamburg auf dem mühsamen Weg gleichberechtigter Teilhabe von behinderten Menschen bereits ein großes Stück vorangekommen. Dies ist eine beachtliche Leistung, die nicht zu unterschätzen ist.

(Beifall bei der CDU)

Aber gleichwohl haben behinderte Menschen in ihrem Lebensalltag erhebliche finanzielle Mehraufwendungen zu tragen. Um diese persönlichen Nachteile auszugleichen, gibt es eine entsprechende Regelung im Steuerrecht, nämlich diese Belastungen als außergewöhnliche Belastungen anzuerkennen durch Pauschalbeträge nach Paragraph 33b des Einkommensteuergesetzes. Sie werden auf der Lohnsteuerkarte eingetragen und gelten dann für das gesamte Kalenderjahr. Das Besondere ist, dass ein separater Nachweis dieser Mehrbelastungen nicht erforderlich ist, um die Freibeträge geltend zu machen.

Jetzt komme ich zum Thema. Genau diesem Nachteilsausgleich im Steuerrecht läuft die jetzige Beitragsbemessung in Hamburg für die Betreuung der Kinder in der Kita und in den Rand- und Ferienzeiten der GBS-Betreuung zuwider. Diese Beitragsbemessung richtet sich nämlich nach dem

Jahresnettoeinkommen. Gleiches gilt im Übrigen auch für das Mittagessen an den Grundschulen. Das Nettoeinkommen von behinderten Eltern ist eben höher, weil dieser Steuerfreibetrag gewährt wird, sodass auch zwangsläufig die Eigenanteile, die behinderte Eltern für die Betreuung ihrer Kinder zu zahlen haben, höher sind. Das bedeutet, dass das, was den Eltern auf der einen Seite steuerrechtlich zu Recht gegeben wird, ihnen auf der anderen Seite wieder zu Unrecht genommen wird. Diese Benachteiligung wollen wir als CDU nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke* GRÜNE und *Tim Golke* DIE LINKE – Glocke)

Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr de Vries, bevor Sie den nächsten Gedanken entwickeln: Wir befinden uns hier auch eindeutig an den Randzeiten der Diskussion des Parlaments, aber ich möchte insbesondere die Abgeordneten, die gerade den Senat daran hindern zuzuhören, bitten, die Gespräche entweder später zu führen oder draußen.

Christoph de Vries CDU (fortfahrend): – Danke. Es ändert sich aber auch nichts. Aber vielleicht können wir die Aufmerksamkeit des Senators doch noch gewinnen.

Wir waren an der Stelle stehengeblieben, dass diese Benachteiligung eben nicht mit dem steuerrechtlich gewährten Pauschalbetrag vereinbar ist und es eigentlich keine fachliche Rechtfertigung für diese finanzielle Benachteiligung gibt. Die Schulbehörde hat in dem Zusammenhang auf die Möglichkeit verwiesen, im Einzelfall einen Härtefallantrag zu stellen. Aber genau das widerspricht dem Ziel des Bundesgesetzgebers, und es führt auch bei den betroffenen Eltern zu einem Mehraufwand, der eigentlich nicht zu rechtfertigen ist.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke* GRÜNE, *Finn-Ole Ritter* FDP und *Tim Golke* DIE LINKE)

Deswegen sagen wir, dass diese Ungerechtigkeit bei der Beitragsbemessung unverzüglich beendet werden muss. Das sollten wir auch fraktionsübergreifend Hand in Hand tun, liebe Kollegen hier im Raum.

(Beifall bei der CDU und bei *Finn-Ole Ritter* FDP – *Mehmet Yildiz* DIE LINKE: Das machen wir auch!)

Es kann nämlich nicht sein, dass behinderte Eltern bei der Berechnung für die Kita- und GBS-Betreuung finanziell benachteiligt werden. Diese Lücke im Gesetz muss jetzt geschlossen werden. Und wir als CDU wollen eine klare und allgemeine Regelung, die den pauschalen Nachteilsausgleich bei

(Christoph de Vries)

der Berechnung der Zuzahlungen der Eltern eben nicht mehr als Einkommen berücksichtigt.

Wenn wir daran denken, dass wir im nächsten Jahr fast flächendeckend die GBS in Hamburg haben, dann wissen wir, dass zahlreiche Eltern davon betroffen sind. Das macht deutlich, dass wir hohen Handlungsdruck haben. Den Eltern sollte jetzt die erforderliche Sicherheit gegeben werden.

Ich komme zum Schluss noch einmal auf das, was ich eingangs erwähnte. Behinderte Menschen sind im Alltag schon genug benachteiligt, und die Politik sollte ihnen das Leben nicht zusätzlich erschweren. – Danke.

(Beifall bei der CDU und bei *Christiane Blömeke GRÜNE*, *Tim Golke* und *Mehmet Yildiz*, beide *DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Czech.

Matthias Czech SPD: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Im vorliegenden Antrag der CDU-Fraktion wird von einer gerechten Beitragsbemessung gesprochen. Das finde ich schon erstaunlich. Schließlich wurde der Beitrag für die Kita-Gebühren unter Ihrer Regierungsverantwortung erhöht. Diese Ungerechtigkeit haben wir abgeschafft. Sie haben die ganztägige Betreuung an Schulen in wissentlicher Unterfinanzierung organisiert, die SPD hat es geändert.

(Zurufe von der CDU)

115 Millionen Euro jährlich, das sind 30 Millionen Euro mehr als von Schwarz-Grün geplant. Sie haben den Rechtsanspruch garantiert. Mehr Gerechtigkeit zu fordern, wenn man für Studiengebühren, Büchergeld und erhöhte Kita-Gebühren steht, ist schon erstaunlich. Da haben Sie sich als Partei der Bildungsgebühren sichtlich profiliert.

Ihr Antrag geht auch in Richtung der Familienpolitik. Da können wir einen Blick auf die Plakate der letzten Tage werfen.

(*Mehmet Yildiz DIE LINKE:* Herr Czech, haben Sie den Antrag richtig gelesen?)

– Mehmet, habe ich, keine Panik.

(*Birgit Stöver CDU:* Thema!)

Wenn man sich die Plakate anschaut, dann wirft man einen schönen Blick auf Ihre Familienpolitik. Man sieht eine Frau, die von Kindern träumt und vom Kinderglück, so schön und so klischeehaft. Das Beste ist, dass darüber vier Männer und eine Frau diskutieren.

Jetzt zum Thema mehr Gerechtigkeit. Sie sprechen davon, dass Pauschbeträge bei der GBS eingerechnet werden. Warum hat das eigentlich nicht

Ihr Sozialsenator gemacht? Jetzt ist er Fraktionschef, aber damals hätte er das machen können.

(Beifall bei der SPD und bei *Finn-Ole Ritter FDP*)

Vielleicht hat er damals schon erkannt, dass damit faktisch mehr Ungerechtigkeit geschaffen wird. Paragraph 33b Einkommensteuergesetz sieht vor, dass behinderte Menschen 310 Euro bis 1420 Euro von ihrem zu versteuernden Einkommen pauschal absetzen können, und das ist richtig. Dann wird für die Berechnung der Beiträge für die Kita und für die Rand- und Ferienzeiten Paragraph 82 des SGB XII angewendet. Hier regelt ein Bundesgesetz eindeutig, dass sogenannte Pauschbeträge zum Nettoeinkommen hinzugezählt werden müssen. Beiträge für Kita und GBS werden also abhängig vom Einkommen gesehen. Und in diesem Falle muss man auch, wenn man sich die Abhängigkeit der Eltern ansieht, sich nicht die Eltern als solche anschauen, sondern ihr Einkommen, wenn man tatsächlich von Gerechtigkeit spricht.

(*Roland Heintze CDU:* Sagt wer?)

Deshalb darf dieser Pauschbetrag nicht bevorzugt werden gegenüber anderen Pauschbeträgen. Würde man hier eine Gruppe herausnehmen, machte man ein Fass ohne Boden auf und schaffte scheinbare Gerechtigkeit und tatsächliche Ungerechtigkeit. Ich halte diesen Effekt für vertretbar, denn nach meinen Berechnungen – vielleicht haben Sie andere Berechnungen – kommen wir im höchsten Fall auf einen Betrag von 27 Euro.

(*Roland Heintze CDU:* Das ist ja nichts!)

Das entspricht keinem Viertel der steuerlichen Ersparnis, und ich bin vom extremsten Fall ausgegangen. Im Einzelfall – darauf hatten Sie richtig hingewiesen, Herr de Vries – gilt weiterhin, dass zumutbare Belastungen immer noch geregelt werden können.

Abschließend gilt festzuhalten: Wir betreiben eine gerechte Familienpolitik, Sie hingegen tun so als ob. Die Gebühren sind gering. Eine achtstündige Beschulung und Betreuung ist möglich und steht jedem zu. Aus diesen und den anderen dargelegten Gründen hält die SPD den Antrag für nicht gerechtfertigt und lehnt ihn daher ab. – Schönen Abend noch.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Blömeke.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Sagen Sie mal was zum Thema!)

Christiane Blömeke GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Thema komme ich gleich, aber vorab frage ich mich, ob es der

(Christiane Blömeke)

SPD-Fraktion nicht langsam peinlich ist und Herrn Czech vielleicht auch, dass Sie jede Kita-Debatte mit einem generellen Schulterklopfen für die SPD beginnen und wie toll Sie doch im Kita-Bereich sind.

(Beifall bei der CDU und bei *Anja Hajduk GRÜNE* und *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP*)

Damit schaffen Sie es besonders gut, zuerst gar nicht zum Thema zu reden, aber auch das Folgende, was Sie über das Plakat-Studium sagten, zeugte nicht gerade davon, dass Sie sich mit dem Thema beschäftigt haben. Und der Redebeitrag von Herrn Czech, der dann irgendwann zum Thema führte, hat genauso wenig überzeugt.

Vielleicht darf ich Ihnen einmal auf die Sprünge helfen, wie dieses Thema entstanden ist. Wir sind als Abgeordnete aus dem Familienausschuss alle vom Landeselternausschuss angeschrieben worden. Dieses Thema ist dem Landeselternausschuss aufgefallen, und ich finde, glücklicherweise, denn der LEA hat damit eine Gesetzeslücke gefunden, und das ist erst in dieser Legislaturperiode aufgefallen. Daran merkt man auch, dass gerade beim Thema Inklusion der Teufel wirklich im Detail steckt. Es wurde vorher einfach noch nicht bemerkt, weder vom schwarz-grünen Senat noch vom damaligen LEA oder von diesem Senat.

Wir wurden alle angeschrieben, und die CDU hat dieses Thema aufgegriffen und daraus einen Antrag gemacht. Glücklicherweise, kann ich nur sagen, denn in der Sache hat die CDU mit ihrem Antrag durchaus recht. Wir haben eine Gesetzeslücke, die es gilt zu schließen. Es ist doch absurd, dass man auf der einen Seite für Menschen mit Behinderung eine Steuerentlastung schafft, die man auf der anderen Seite durch eine Mehrbelastung wieder einkassiert. Das ist eine absurde Entwicklung, die es abzustellen gilt.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei *Katharina Fegebank, Anja Hajduk, beide GRÜNE*, und *Tim Golke DIE LINKE*)

Von daher, Herr de Vries, teile ich Ihren Wunsch, Hand in Hand zu gehen. Das hörte sich schön an, und ich hatte uns im Geiste schon alle vor mir gesehen, wie wir hier stehen und alle Hand in Hand sagen, dass für die Menschen mit Behinderung in dieser Stadt etwas getan wird. Aber wir müssen sehen, dass diese Hand-in-Hand-Kette einen deutlichen Bruch hat. Den hat sie nämlich bei der SPD-Fraktion, und das finde ich ausgesprochen bedauerlich, denn wir sind beim Thema Inklusion und Gleichstellung von behinderten Menschen bei Weitem noch nicht so weit, wie wir es eigentlich möchten.

(Vereinzelter Beifall bei den GRÜNEN und der CDU – *Finn-Ole Ritter FDP*: Hand in Hand!)

Es lohnt sich aber, noch einmal in den CDU-Antrag zu sehen. Ich finde, er hat an einer Stelle eine Schwäche, und zwar betrifft diese Ungerechtigkeit meiner Ansicht nach nicht nur die behinderten Eltern, sondern auch Eltern, die behinderte Kinder haben. Die können nämlich den Pauschbetrag ihrer Kinder auf sich übertragen. Das heißt, wir müssten eigentlich diesen Antrag noch einmal prüfen, um zu sehen, inwieweit auch die Eltern von behinderten Kindern von dieser Ungerechtigkeit betroffen sind.

Ich kann überhaupt nicht nachvollziehen, dass die SPD-Fraktion diesen Antrag nicht einmal überweist. Mein Verständnis ist zumindest, dass man darüber im Familienausschuss noch einmal reden müsste, um sich dieses Detail anzuschauen.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Tim Golke DIE LINKE*)

Vielleicht ist es aber auch symptomatisch, weil wir im Bereich der Inklusion bei den Kitas insgesamt nicht recht weiterkommen. Ich möchte daran erinnern, dass wir noch immer eine unbefriedigende Situation in der Frühförderung für alle Kinder unter drei Jahren haben. Der Senat hat hier erneut vorgelegt, dass das Ganze kostenneutral geschehen solle. Wir sind jetzt bei einer Regelung, nachdem die Krankenkassen sich verweigert hatten, dass die Kinder unter drei Jahren mit Rezept in der Kita ihre Therapie erhalten. Das wird genauso ein völlig absurder Weg. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wir ihn mittragen, wenn wir darüber noch einmal diskutieren. Komplizierter geht es nicht.

Das ist ein weiteres Zeichen dafür, dass die SPD sich nicht bemüht, Menschen mit Behinderung gerecht zu werden, laut CDU-Antrag weder in der Finanzierung noch in der Bezahlung, aber auch nicht in der Gleichbehandlung der Kinder mit Behinderung. Wir haben einen Rechtsanspruch für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr. Aber das gilt nicht für die Kinder mit Behinderung, weil die Eingliederungshilfe in der Kita noch nicht abgesenkt wurde. Die SPD ist nicht bereit, Landesmittel dafür aufzuwenden, damit diese Kinder den Gleichstand haben wie alle Kinder. Das macht ein wenig deutlich, dass bei der SPD nicht sehr viel Energie und Ehrgeiz dahinter steht, alle Menschen gleichzustellen und die Inklusion wirklich voranzutreiben.

Ich wiederhole es noch einmal: Ich finde es sehr bedauerlich, dass Sie sich weigern, im Ausschuss über diesen sinnvollen Antrag zu debattieren. Mich interessiert auch, was der Landeselternausschuss dazu sagen wird. Das werden wir dann erfahren. Ich denke, die Enttäuschung wird groß sein, dass hier ein Teil der Menschen einfach vergessen wird.

(Beifall bei den GRÜNEN, der CDU und bei *Anna-Elisabeth von Treuenfels FDP* und *Dora Heyenn DIE LINKE*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ritter.

(Beifall bei der FDP und bei *Dr. Walter Scheuerl CDU*)

Finn-Ole Ritter FDP:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Auch wir sehen den CDU-Antrag als unterstützenswert an und stimmen ihm zu. Ich kann die Worte, die ich von der SPD gehört habe, nicht ganz nachvollziehen. Wir haben einen Entlastungsbetrag im Steuerrecht, der durch Sie auch gar nicht angezweifelt wird. Das heißt, es geht darum, die Familien mit besonderen Situationen über die Steuer zu entlasten. Und bei der Prüfung, ob ein Kind in die Kita gehen kann, wird das nicht berücksichtigt beziehungsweise wird das Nettoeinkommen, das entlastet wurde, voll angerechnet. Wenn das das soziale Verständnis in Ihrem S ist, dann sind wir näher am Sozialen als Sie selbst.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich habe mir überlegt, was die Argumentation von Senator Scheele ist, so etwas abzulehnen oder nicht einmal zu überweisen. Darauf bin ich gespannt. Ich kann es mir aber schon vorstellen. Es gibt nämlich die Möglichkeit des Härtefalls im Einzelfall. Es könnte jetzt jeder bezüglich des Nettoeinkommens sagen, er sei ein Härtefall, denn er hätte ein behindertes Kind und müsse besonders entlastet werden. Das ist natürlich ein tolles Gefühl für die Eltern, nicht gleichbehandelt zu werden. Wenn Sie ohnehin sagen, dass alle, die diesen Pauschbetrag bekommen, einen Härtefall beantragen könnten, dann kann man doch gleich pauschalisieren und Bürokratie abbauen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich verstehe nicht, warum die SPD bei diesem Thema nicht zumindest im Ausschuss darüber sprechen will. Frau Blömeke hatte noch andere Dinge angerissen, die noch mit dazukommen. Selbst Herr Czech hat gesagt, es gäbe noch andere Pauschbeträge. Muss man über die auch noch einmal sprechen? Ich will das Fass nicht zu groß aufmachen, aber das Thema ist es schon wert, darüber zu sprechen. Ich bin wirklich gespannt auf Herrn Scheele gleich; das geht mir nicht immer so, aber jetzt schon. Vielleicht kommt er noch und sagt etwas dazu. Denn wie will er begründen, dass drei Fraktionen – ich weiß nicht, wie die LINKEN sich verhalten – und der LEA sagen, man brauche hier eine Regelung, und die SPD sagt, man brauche sie nicht, sie würde dies ablehnen und möchte noch nicht einmal im Ausschuss darüber reden. Ich bin sehr gespannt auf die Argumentation.

(*Robert Heinemann CDU:* Es gibt ja noch nicht mal eine Begründung!)

Wir werden dem Antrag auf jeden Fall zustimmen und hoffen, dass die SPD sich vielleicht doch noch zu einer Überweisung durchringen kann.

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Yıldiz.

Mehmet Yıldiz DIE LINKE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Czech, Ihre Rede war ein Schlag ins Gesicht der behinderten Eltern.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der FDP)

Ich finde es feige, dass Sie nicht einmal diesen Antrag an den Ausschuss überweisen, um darüber zu diskutieren, was inhaltlich eigentlich richtig ist und was auch der LEA Ihnen ins Gesicht gesagt hat. Der Landeselternausschuss hat es auch uns gesagt, und deswegen haben wir darüber diskutiert. Weil wir diesen Antrag auch inhaltlich richtig finden, unterstützen wir ihn. Und sie wagen es nicht einmal, ihn an den Ausschuss zu überweisen. Ich weiß nicht, was Sie bei der nächsten Sitzung mit dem Landeselternausschuss dazu sagen werden, ob Sie wieder herumeiern oder ob Sie ihnen die Worte, die Sie hier ausgewählt haben, direkt ins Gesicht sagen. Ich finde, das ist unverantwortlich.

(Beifall bei der LINKEN, der FDP und bei *Robert Heinemann CDU*)

Sie reden viel von Inklusion und haben immer schöne Texte. Wenn Senator Scheele im Ausschuss darüber berichtet, erzählt er in einem dreiviertelstündigen Bericht, wie toll das sei und dass man das machen solle. Dieser Auffassung bin ich natürlich auch. Aber wenn es dann konkret wird, weil es nicht die SPD selbst ist, stimmen Sie nicht zu oder überweisen nicht einmal.

Geben Sie sich bitte einen Ruck, gerade gegenüber diesen Eltern, damit man im Ausschuss darüber diskutieren kann und gemeinsam schaut, was man hier machen kann, auch wenn es ein CDU-Antrag ist.

(*Finn-Ole Ritter FDP:* Das macht doch nichts!)

Aber er ist ein inhaltlich richtiger Antrag. Stimmen Sie bitte zu, zumindest im Ausschuss darüber zu beraten. Ansonsten fände ich es wirklich unverantwortlich, wie Sie mit solchen Themen umgehen. – Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr de Vries.

Christoph de Vries CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Czech, die Tendenz, mit diesem Antrag umzugehen, war mir durchaus

(Christoph de Vries)

bekannt. Aber Ihr Vortrag hat mich doch, ehrlich gesagt, erschreckt.

(Katharina Wolff CDU: Erschüttert!)

Ich hatte gesagt, ich fände es gut, wenn wir dieses Thema Hand in Hand angehen würden. Bildlich gesprochen muss ich jedoch sagen, dass Sie mit Ihren Äußerungen diesen Handschlag ausgeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ihr Vortrag war von keiner Sachkenntnis getrübt. Die Art und Weise, wie Sie mit diesem Anliegen umgehen, das wir formuliert haben, finde ich erschreckend. Wenn ich mich recht entsinne und aufgepasst habe, dann ist in Ihrem Beitrag nicht einmal der Ausdruck behinderte Menschen vorgekommen, und das bei so einem Thema, das Sie als Sozialdemokrat wirklich etwas angehen sollte. Mich wundert auch, dass sich in Ihren Reihen kein Unmut bei solchen Äußerungen regt.

(Beifall bei der CDU, der FDP, der LINKEN und bei Anja Hajduk GRÜNE)

Mir ist es ernsthaft ein Rätsel, wie man so lapidar mit dem Anliegen umgehen kann. Ich erwarte eigentlich auch, dass Senator Scheele diese Äußerungen nicht so kommentarlos hinnimmt und stehenlässt, sondern dass er sich dazu auch noch äußert. Herr Scheele, es ist doch durchaus so, dass hier schon Gespräche geführt worden sind mit dem LEA. Soweit ich weiß, gibt es auch ein gewisses Verständnis für diese Problematik in Ihrer Behörde. Das steht in völligem Widerspruch zu dem, was durch die SPD-Fraktion geäußert wurde.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei Tim Golke DIE LINKE)

Sie haben sich doch im Wahlkampf und danach gern damit geschmückt, dass Sie mit dem LEA eine Vereinbarung getroffen und sich verständigt haben. Es wurde keine Gelegenheit ausgelassen, dies zu erwähnen.

Frau Blömeke sagte es schon, es ist eine Initiative, die der LEA uns nahegebracht hat, eine Lücke, die vorher gar nicht aufgefallen war. Insofern geht auch der Vorwurf ins Leere, dass wir das in der Vergangenheit schon längst hätten machen können, einmal abgesehen davon, dass das eine Platitüde ist und Sie die nach zweieinhalb Jahren Regierung einmal sein lassen sollten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Art und Weise, wie Sie damit umgehen, wird dem Thema nicht gerecht und ist letztendlich auch ein Affront gegen den LEA an dieser Stelle. Das sollten Sie so nicht stehenlassen.

(Beifall bei der CDU, der FDP und bei Anja Hajduk GRÜNE und Tim Golke DIE LINKE)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer sich dem Antrag der CDU-Fraktion aus der Drucksache 20/8001 anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wir kommen zum Punkt 75, Drucksache 20/8215, dem Antrag der GRÜNEN Fraktion: Einführung einer Hamburger Pflegekammer prüfen.

**[Antrag der GRÜNEN Fraktion:
Einführung einer Hamburger Pflegekammer
prüfen
– Drs 20/8215 –]**

Diese Drucksache möchte die SPD-Fraktion an den Gesundheitsausschuss überweisen.

Wer wünscht das Wort? – Frau Schmitt.

Heidrun Schmitt GRÜNE: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! In vielen Bundesländern wird derzeit über die Einrichtung von Pflegekammern diskutiert; unsere Nachbarn sind dabei. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein hat die Gründung einer Pflegekammer beschlossen, und auch in Niedersachsen wird das Thema bewegt. Dort hat eine Umfrage unter den Pflegekräften ergeben, dass rund 70 Prozent die Gründung einer Pflegekammer als berufsständische Vertretung begrüßen und befürworten würden. In Rheinland-Pfalz, wo zurzeit die Umsetzung am weitesten vorangeschritten ist, lag die Zustimmung sogar bei 75 Prozent. Diese Zahlen zeigen, wie groß der Wunsch unter den Pflegekräften ist, durch eine eigene Kammer ihren Berufsstand zu stärken. Professionell Pflegende sind die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen, verfügen aber über keine vergleichbare Stimme wie etwa Ärzte, Apotheker oder Psychotherapeuten. Im verkammerten Gesundheitswesen fallen daher die Belange der Pflege systematisch hinten runter. Diesen Zustand wollen wir beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine Kammer schafft den institutionellen Rahmen dafür, dass die Pflegenden zentrale Belange ihres Berufes endlich selbst regeln können. Dazu gehört die Definition der pflegerischen Berufsfelder, die Festlegung und Überwachung der Berufsordnung, die Anerkennung von Aus- und Weiterbildung und nicht zuletzt die Qualitätssicherung in der Pflege. Die Kammer wäre fachliche Ansprechpartnerin im Gesetzgebungsverfahren und erhielte endlich eine Stimme in der Gesundheits- und Pflegepolitik beispielsweise in der neuen Landeskonferenz Versorgung, die sich in Hamburg im Frühjahr konstituiert

(Heidrun Schmitt)

hat. Obwohl es auch hier um wichtige pflegerische Themen geht, wie beispielsweise die Hygiene in der ambulanten und stationären Versorgung, insbesondere an den Übergängen von ambulanter zu stationärer Versorgung und umgekehrt, sind Pflegekräfte auch hier einmal wieder nicht vertreten. Unserer Ansicht nach muss die Pflege mit an den Verhandlungstisch, wenn es um pflegerische Versorgung geht. Das Fachwissen der professionell Pflegenden darf hier nicht fehlen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Wir steuern auf eine eklatante Verschärfung des Fachkräftemangels in der Pflege zu. Wir haben erst vor Kurzem im Zusammenhang mit der Ausbildungsumlage in der Altenpflege über das Thema gesprochen und auch dargestellt, welche große Aufgabe dahinter steckt. Immer wieder wird angesichts des Fachkräftemangels betont, wie wichtig die Aufwertung des Pflegeberufs ist. Mit der Einführung einer Pflegekammer haben wir auf Landesebene die Möglichkeit, direkt auf diese Aufwertung hinzuwirken. Indem Pflegekräfte selbst die fachlichen Standards und die Qualitätssicherung überwachen und fortentwickeln, stärken wir das pflegerische Selbstverständnis insgesamt. Auch in der Frage der Weiterentwicklung der Pflegeberufe, etwa bei der Definition pflegerischer Kompetenzen in Abgrenzung zu ärztlichen Kompetenzen, kann die Kammer in Zukunft eine wichtige Rolle spielen. Pflegeberufe sind keine Assistenzberufe, sondern eine eigenständige Säule in unserem Gesundheitssystem. Eine Landespflegekammer würde diesem Umstand in Hamburg angemessen Rechnung tragen.

Selbstverständlich kann eine Pflegekammer nicht alle Probleme in der Pflege lösen. Wie auch die Ausbildungsumlage ist sie aber ein Baustein für die Stärkung der Pflege, ein Baustein mit Potenzial zur tragenden Säule, wenn Sie wie ich der Auffassung sind, dass die professionell Pflegenden am besten wissen, was gute Pflege ausmacht und was gute Pflege braucht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der praktischen Ausgestaltung werden noch einige Punkte zu klären sein, beispielsweise Fragen der beteiligten Berufsgruppen, der Regelung der Mitgliedschaft und einer möglichst schlanken Organisation. Das sind unserer Ansicht nach jedoch lösbare Probleme und keine grundsätzlichen Ablehnungsgründe.

Einen häufig genannten Kritikpunkt möchte ich vorwegnehmen. Er betrifft die mit einer Kammer verbundene Pflichtmitgliedschaft. Auch in meiner Fraktion gibt es Bedenken, ob einer solchen Pflichtmitgliedschaft zugestimmt werden kann. Wir glauben aber, dass diese Frage die Pflegekräfte selbst beantworten sollten und dieser bedenkenswerte Punkt nicht instrumentalisiert werden sollte,

um eine Kammer zu verhindern. Wir fordern daher in unserem Antrag die Durchführung einer Umfrage unter allen Pflegefachkräften in Hamburg, wie sie zur Kammer stehen. Unserer Ansicht nach überwiegen die Vorteile einer Kammergründung für die Pflegeberufe und daher fordern wir, die Umsetzungsmöglichkeiten in Hamburg ernsthaft zu prüfen. Über noch offene Fragen wollen wir gern weiter diskutieren. Daher freuen wir uns auch über den Überweisungsvorschlag der SPD an den Gesundheitsausschuss. Ich bin gespannt auf die Diskussion. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Karin Timmermann.

Karin Timmermann SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, die SPD-Fraktion teilt Ihre Auffassung, dass die Einrichtung einer Pflegekammer für Hamburg zu prüfen ist. Sie tut dies insbesondere vor dem Hintergrund von fast 25 000 Pflegefachkräften in Hamburg und eines steigenden Bedarfs angesichts der demografischen Entwicklungen in Hamburg. Einer Aufforderung, wie sie in Ihrem Antrag formuliert worden ist, bedurfte es aber nicht, die zuständige Behörde handelt nämlich bereits.

(Beifall bei der SPD – *Jens Kerstan GRÜNE:* Seit wann das denn?)

Im Rahmen der Prüfung wird zu klären sein, ob und wie durch die Schaffung einer Pflegekammer Anerkennung und Wertschätzung für die Pflegeberufe und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege erreicht werden können und ob langfristig eine Verbesserung der Pflegesituation für die Bürgerinnen und Bürger erreicht wird. Auf der zehnten Fachtagung des Hamburger Pflegerats im April dieses Jahres stand das Thema "Schaffung einer Pflegekammer" auf der Tagesordnung. Es wurde seitens des Pflegerats dargestellt, dass die Umfrage unter den Mitgliedern ein sehr positives Votum ergab. Sie haben darauf hingewiesen, dass es zurzeit keine Kammer für die pflegerischen Berufe gibt, dennoch ist in Hamburg das Stimmungsbild sehr unklar. Es gibt eine Anzahl von Verbänden und Pflegekräften im Gesundheitswesen, die sich dagegen aussprechen, aber genauso gibt es eine große Anzahl, die sich dafür aussprechen.

Meine Damen und Herren! Wir sind der Auffassung, dass eine Umfrage bei den Verbänden und den Pflegefachkräften ein wichtiges Signal ist. In den anderen Bundesländern ist das Thema Pflegekammer auf der Agenda und befindet sich in der Prüfung. Für Niedersachsen und Rheinland-Pfalz liegen die Befragungsergebnisse vor; in Schleswig-Holstein und Bayern laufen die Umfragen noch.

(Karin Timmermann)

Bremen hat sich gegen die Einrichtung einer Pflegekammer ausgesprochen, dort gibt es allerdings eine Arbeitnehmerkammer. Wir begrüßen, dass sich die Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz mit diesem Thema schon befasst und eine repräsentative Umfrage in Auftrag geben wird. Von daher glauben wir, dass wir im Ausschuss weitere Informationen bekommen. Ich möchte jetzt nicht weiter auf das Thema eingehen, weil ich denke, dass uns im Ausschuss genügend Zeit zur Verfügung steht, um dieses gemeinsam zu diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Föcking.

Dr. Friederike Föcking CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Mit großem Interesse höre ich Ihre Ankündigung, Frau Timmermann, einer geplanten repräsentativen Umfrage unter den Hamburger Pflegekräften. Ich habe eine dringende Bitte. Frau Senatorin, versuchen Sie bitte, mehr Pflegekräfte zu mobilisieren, an dieser Umfrage teilzunehmen, als an der erwähnten Umfrage in Rheinland-Pfalz. Dort gab es zwar eine Zustimmung von 75 Prozent, es haben sich aber insgesamt nur 20 Prozent aller Pflegekräfte beteiligt. Wenn wir also ein Meinungsbild haben wollen, dann wäre es sehr schön, wenn mehr Hamburger Pflegekräfte ihre Stimme abgeben würden.

(Beifall bei der CDU)

Schon das macht deutlich, dass die Hoffnung, die manche auf die Einführung dieser Kammer setzen, vielleicht nicht den tatsächlichen Möglichkeiten entspricht, auch wenn das in dem Antrag der GRÜNEN so klingt. Es ist sicher richtig, dass Pflegekräfte die mit Abstand größte Gruppe im Gesundheitswesen bilden und dass sie oft keine starke Stimme haben wie die in Kammern organisierten Ärzte, Zahnärzte, Apotheker. Es ist auch richtig, dass alles getan werden muss, den Pflegeberuf attraktiver zu machen. Hier haben Sie die CDU natürlich an Ihrer Seite. Ob aber die Kammern der wichtige Baustein sind, um das Gewicht der Pflege in der Öffentlichkeit und in der Politik zu erhöhen, ist nicht eindeutig. Kammern gibt es in der Regel für freie Berufe, und sie übernehmen dann als öffentlich-rechtliche Körperschaften quasi hoheitliche Aufgaben, disziplinieren ihre Mitglieder durch Berufsordnungen und sind teilweise auch Träger von Versorgungseinrichtungen. Die allermeisten Pflegekräfte sind aber nicht selbstständig, sondern Angestellte, sie haben also alle gängigen Arbeitnehmerrechte. Auch im Antrag heißt es, dass die Kammern keine tarifparteilichen Funktionen übernehmen sollen.

(Doris Müller SPD: Sollen sie auch nicht!)

Als Angestellte sind die Pflegekräfte auch sozialversichert. Insofern würde die Kammer also nicht so etwas wie ein Versorgungswerk für das Alter etablieren. Ziel einer Kammer ist es, die Berufsrechte der Mitglieder zu schützen und Qualitätsstandards zu sichern. Nun haben wir aber in Hamburg, seinerzeit unter Schwarz-Grün eingeführt, seit 2009 mit der Hamburger Pflegefachkräfteberufsordnung ein Berufsgesetz, das den Verantwortungsbereich des Pflegeberufs klar definiert. Insofern stellt sich auch hier wieder die Frage, die ich selbst noch nicht beantwortete: Brauchen wir in Hamburg eine Pflegekammer?

Die sozialpolitische Interessenvertretung übernehmen jetzt die verschiedenen Berufsverbände. Andererseits, das soll hier nicht verschwiegen werden, hat sich auch der Deutsche Pflegerat als Dachorganisation der Pflegeverbände für Kammern ausgesprochen. Ein Problem, das Sie schon angesprochen haben, ist die Pflichtmitgliedschaft; auch darauf will ich jetzt nicht weiter eingehen. Nur so viel, sie kann eben doch für viele Pflegekräfte zur finanziellen Belastung werden. Es bleibt also die Frage, ob eine Pflegekammer mehr bringt als mehr Bürokratie. Das ist eine von vielen Fragen, die wir gern im Ausschuss besprechen möchten, die wir auch für klärungsbedürftig halten. Vielleicht können wir uns sogar auf eine Expertenanhörung einigen – das müssen wir dann noch sehen –, weil ich denke, dass nicht nur ich diese Fragen habe. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst einmal bin ich völlig überrascht, dass die GRÜNEN eine Verkammerung fordern.

(Jens Kerstan GRÜNE: Ja, da staunen Sie!)

Ich kann mich noch entsinnen, dass vor zehn Jahren Willfried Maier – der eine oder andere wird ihn noch kennen – in jeder dritten Sitzung unfreundliche Reden über die Handelskammer gehalten hat. Es ist erstaunlich, dass nun die GRÜNEN mit diesem Thema kommen. Bei Ihnen war doch Verkammerung bis vor Kurzem ein Schimpfwort. Nun wollen Sie eine Verkammerung. Es ist nun einmal so, dass auch GRÜNE lernen können, GRÜNE haben besonders viel zu lernen, aber immerhin ist ein Anfang gemacht.

(Beifall bei der FDP und bei Arno Münster SPD)

Das Kammerprinzip hat aus Sicht der FDP erhebliche Vorteile. Es ist eine Selbstverwaltung anstelle einer Staatsverwaltung. Meistens ist eine Selbstverwaltung besser als eine Staatsverwaltung. Aber

(Dr. Wieland Schinnenburg)

– das wurde zum Teil schon erwähnt – eine Pflegekammer würde sich von der Zusammensetzung der Betroffenen her deutlich von den anderen Kammern unterscheiden. Die Masse der Mitglieder hätte keine akademische Ausbildung und, wichtiger, keine Leitungsfunktion. Das heißt, die meisten sind sehr weisungsabhängig. Es gibt also eine ganze Reihe von Gegenargumenten, vor allem die zusätzliche Bürokratie. Es klang schon durch: Wir würden mindestens 16 Kammern haben, nicht nur eine in Hamburg. Die Entwicklung geht in die Richtung, dass alle Bundesländer eine Kammer bekommen. Das ist ein erheblicher bürokratischer Aufwand.

Der nächste Punkt betrifft das Beitragssystem. Pflichtmitgliedschaft oder Pflichtbeiträge würden natürlich anders gestaltet sein als bei Ärztekammern oder Anwaltskammern. Dort gibt es in der Regel einen Einheitsbeitrag. Eine Pflegekammer müsste natürlich zum Beispiel gerade bei Teilzeitbeschäftigten einen anderen Beitrag erheben als bei Pflegegesellschaften oder Führungspersonal. Mit anderen Worten, wir hätten ein relativ kompliziertes Beitragssystem. Es müsste auch auf einer kontrollierten Erhebung der jeweiligen Einkünfte basieren, das heißt, dass die Kammer sehr genau kontrollieren müsste, wie viel das Mitglied verdient, um daraus den Beitrag abzuleiten. Wollen wir diese finanzielle Transparenz der Mitarbeiter gegenüber einer Kammer?

Wir haben bereits jetzt, nächstes Gegenargument, sehr starke Berufsverbände. Gerade der Schutz der Angestellten ist im Pflegebereich, Herr Rose wird das sicher bestätigen, durch die Gewerkschaft ver.di sehr gut gewährleistet. Die kümmern sich darum. Also gerade die brauchen nicht unbedingt gestützt zu werden, wenn überhaupt ginge es um den Pflegebereich insgesamt.

Punkt 3 des Antrags betrifft die repräsentative Umfrage. Das kann man natürlich nur ablehnen. Sie können doch nicht ernsthaft zur Frage, ob man eine Pflegekammer einrichten will, nur die sozialversicherungspflichtigen Angestellten befragen. Sie müssen dann natürliche sämtliche Pflegefachkräfte, auch die kleinen Selbstständigen, befragen und sämtliche größeren Pflegefirmen. Sonst ist diese Umfrage mit Sicherheit verkehrt. Die Frage an die Senatorin wäre, wenn sie denn, anders als Herr Scheele, bereit ist, sich hier zu äußern: Wie wollen Sie Ihre angekündigte Umfrage machen? Wenn sie nur die Meinung von 20 Prozent der Pflegekräfte abbildet, dann ist sie mit Sicherheit keine repräsentative Umfrage. Wenn nur das angestellte Pflegepersonal befragt wird, dann ist es mit Sicherheit auch keine repräsentative Umfrage. Die Frage ist also, wie Sie das gestalten wollen. Einfach irgendeine Umfrage zu machen, trägt wenig zur Erkenntnis bei.

Zu einem weiteren Punkt möchte ich auch gern etwas von der Senatorin hören. Sinn einer Verkammerung ist doch unter anderem, das wird auch bei Anwälten, Ärzten Zahnärzten und so weiter gewährleistet, dass dadurch die Behörden Personal abbauen. Wir brauchen weniger Aufsichtspersonal in Behörden oder fast gar keins mehr, wenn eine starke Kammer zur Verfügung steht. So lautet die Frage an die Senatorin: Wie viel Personal wären Sie bereit, bei Ihrer Behörde, den Bezirksämtern und sonst wo in Hamburg abzubauen, falls wir eine Pflegekammer einführen? Das ist ein schöner Beitrag zum Abbau des Personals. Wie ich allerdings Sie und den Senat kenne, werden Sie das nicht machen. Dazu würde ich gern eine Aussage haben. Dies alles können Sie jetzt gleich sagen, ansonsten im Ausschuss. Die FDP unterstützt eine Überweisung an den Gesundheitsausschuss. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Artus.

Kersten Artus DIE LINKE:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Herren und Damen! DIE LINKE steht der Einführung einer Pflegekammer sehr skeptisch gegenüber. Mir ist bislang und auch in der jetzigen Debatte noch kein Argument untergekommen, warum sie sinnvoll sein soll. Es gibt aber jede Menge Gegenargumente. Ich bin gegen eine Institution, die einen ganzen Berufsstand dazu verpflichtet, zwangsweise bei ihr Mitglied zu werden und auch noch Geld dafür zu bezahlen. Wenn ich als Zwangsmitglied gegen die Politik der Pflegekammer wäre, dann kann ich nicht einfach austreten. Das verstößt aber gegen einfache demokratische Grundprinzipien. Berufsständische Einrichtungen haben zudem die Eigenart, andere Interessen auszublenden. Daher ist die Pflegekammer vom Ansatz her auch unsolidarisch. Eine Kammer kann sich auch nur sehr begrenzt für die Interessen ihrer Mitglieder einsetzen, ganz im Gegensatz zu einer Gewerkschaft, die zur Not zum Mittel des Arbeitskampfes greifen kann. Es würde sich auch nicht um eine Kammer handeln, wie meine Vorredner und Vorrednerinnen schon erwähnt haben, sondern um 16 Kammern, pro Bundesland eine. Das aber würde gleichzeitig eine Zersplitterung der Interessen bedeuten. Pflege ist in vielen Bereichen aber ein bundespolitisches Thema.

Die Probleme der Pflege werden durch eine Kammer nicht gelöst, sondern es wird nur eine weitere Institution im Gesundheitswesen geschaffen, deren Funktionäre und Funktionärinnen genährt werden wollen. Die Probleme der Pflege, ihre Unterfinanzierung, die schlechte Bezahlung der Pflegekräfte, die gesundheitsbelastenden Arbeitsbedingungen, die uneinheitliche Ausbildungssituation, die Schwarzarbeit von vorwiegend Osteuropäerin-

(Kersten Artus)

nen und die grenzwertige Belastung von pflegenden Angehörigen, das unzureichende Pflegezeitgesetz – das alles hat politische Hintergründe, die mit den Mehrheiten im Bundestag zu tun haben und nicht mit dem Fehlen einer Pflegekammer.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich würde eine Pflegekammer die gewerkschaftliche Organisation schwächen, allein schon wegen des eventuell dann doppelt zu zahlenden Beitrags. Liebe GRÜNE, hier stimmt Ihre Begründung für eine Pflegekammer hinten und vorne nicht. Wir aus der Bürgerschaft haben neulich zu viert in der HAW auf dem Podium gesessen und vor Pflegestudierenden über das Thema gesprochen. Das waren Martin Schäfer, Heidrun Schmitt, Frank Schira und ich; die FDP glänzte durch Abwesenheit. Mir ist an diesem Abend klar geworden, dass die Beschäftigten in der Pflege zwar eine starke und eine noch stärkere Interessenvertretung benötigen, dass das eine Pflegekammer aber nicht sein kann. Es geht auf dem privatisierten Pflegemarkt doch nicht um die besseren Argumente, es geht handfest ums Geld. Es finden Verteilungskämpfe statt, und die müssen streitbar durchgesetzt und geführt werden. Das Kammerwesen trägt nicht zur sozialen Gerechtigkeit bei, sondern verfolgt Eigeninteressen.

(Arno Münster SPD: Das ist eine Interessenvertretung!)

Ich verstehe auch die Befragung nicht. Es sollen examinierte Pflegefachkräfte befragt werden, die derzeit in Hamburg sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind. Warum nicht alle, die in der Pflege arbeiten? Das ist vom Prinzip her ein mangelhafter und damit kritikwürdiger Ansatz. Er ist unsolidarisch und blendet die Komplexität der Pflegepolitik aus. Wir sind zwar für eine Überweisung an den Gesundheitsausschuss, denn wir können und sollten das noch einmal vertieft diskutieren, aber ich würde neue Argumente erwarten. Aus meiner Sicht ist dieser Vorschuss für die Pflege ein Schuss nach hinten für die Beschäftigten und die zu Pflegenden.

Vielleicht noch ein Hinweis an die sozialdemokratische Bürgerschaftsfraktion. Die SPD im Bundestag lehnt eine Pflegekammer ab. Hilde Mattheis, das ist die Berichterstatterin der SPD-Bundestagsfraktion für Pflege, Psychiatrie, Armut und Gesundheit, sagte:

"Die Verkammerung wurzelt in der Feudalzeit."

Schönen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Schmitt.

Heidrun Schmitt GRÜNE: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Frau Artus, ich möchte gern noch etwas zum Verhältnis von Gewerkschaft und Kammern sagen,

(Wolfgang Rose SPD: Ausschuss! Ausschuss!)

denn das wird leider häufig in ein Konkurrenzverhältnis gesetzt, was nicht stimmt. Es wird befürchtet, das wurde eben auch ausgeführt, dass die Gewerkschaft vielleicht geschwächt wird, wenn es eine Kammer gibt. Meine Überzeugung ist zunächst, dass sie unterschiedliche Aufgaben haben. Wir haben es im Antrag schon etwas dargelegt. Die Gewerkschaft als Tarifpartei hat natürlich völlig andere Aufgaben als eine Kammer, die quasi Hüterin der fachlichen Standards ist. Ich fordere daher die Gewerkschaft auf, die Kammer als eine Bündnispartnerin anzusehen, denn die von beiden Interessenvertretungsorganisationen verfolgten Ziele sind doch ähnliche. Man könnte sich wunderbar an diesen Stellen ergänzen, um auf unterschiedlichem Terrain für die Interessen und Belange der Pflege einzutreten. Meine Überzeugung ist, dass der Weg zu besseren Arbeitsbedingungen, das, wofür natürlich auch ver.di streitet, über Qualität geht, dass es dringend notwendig ist, Qualitätsstandards festzulegen und gerade in gesetzgeberischen Prozessen fachliche Ansprechpartner zu haben. Das ist momentan ein Riesenmanko. Die professionell Pflegenden brauchen beides. Sie brauchen eine starke Gewerkschaft und sie brauchen eine starke Kammer. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/8215 an den Gesundheitsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zum lang erwarteten Punkt 69 der Tagesordnung, Drucksache 20/8209, Antrag der FDP-Fraktion: Einsatz von Port Feeder Barges im Hamburger Hafen.

**[Antrag der FDP-Fraktion:
Einsatz von Port Feeder Barges im Hamburger Hafen
– Drs 20/8209 –]**

Die FDP-Fraktion möchte diese Drucksache an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien überweisen.

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Wird hierzu das Wort gewünscht? – Herr Dr. Kluth, Sie bekommen es.

Dr. Thomas-Sönke Kluth FDP:* Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die FDP-Fraktion hat einen Antrag zum Thema Port Feeder Barges im Hamburger Hafen vorgelegt und zur Debatte angemeldet. Das wirft natürlich die Frage auf: Was sind überhaupt Port Feeder Barges?

(Anja Hajduk GRÜNE: Was Gutes! – Dora Heyenn DIE LINKE: Das erzählen Sie uns doch jetzt!)

Jetzt wird es technisch. Port Feeder Barges sind Leichter-Plattformen auf dem Wasser, die selbstfahrend und mit einem Verladekran ausgestattet sind. Mit ihnen können im Hafengebiet Containerladungen bis 170 TEU von A nach B, von einem Standort zum anderen transportiert werden, und zwar, das macht das Besondere aus, auf dem Wasser. Warum ist dieses Konzept von Feeder Barges nun für den Hamburger Hafen so interessant? Ich will zwei Punkte nennen.

Viele Dienstleistungen rund um Packen, Lagern und Reparieren finden östlich des Köhlbrands statt. Die großen Terminals stehen jedoch westlich davon. Daher müssen Tag für Tag Waren innerhalb des Hafens per Umfuhr von einem Standort zum anderen gebracht werden. Der Senat schätzt das Volumen dieser Umfuhren auf rund 360 000 TEU. Der weit überwiegende Teil davon wird per Lkw transportiert. Das ist logischerweise eine beträchtliche Belastung für den Straßenverkehr im Hafen, gerade für das Nadelöhr Köhlbrandbrücke.

Ein anderer Punkt sind die Feederverkehre mit Feederschiffen. Um ausreichend beladen zu werden, müssen diese Feederschiffe oft mehrere Terminals anfahren, verbunden mit Wartezeiten, um dort jeweils Slots für die Beladung zu erhalten, also ein sogenanntes Terminal-Hopping.

(Zuruf von Arno Münster SPD)

– Herr Kollege Münster, immer mit der Ruhe. Zur HHLA komme ich noch.

Dieser Prozess ist oft zeitaufwendig und verursacht dadurch nicht selten zusätzliche Kosten. Das Konzept der Port Feeder Barges eröffnet hingegen die Möglichkeit, zur Lösung dieses Problems beizutragen, denn die schwimmende Plattform kann eine Lücke im hafengebundenen Wirtschaftsverkehr schließen, Umfuhren beschleunigen und Kosten einsparen. Darüber hinaus ergibt sich die Möglichkeit, Schadstoffe im Hafengebiet zu reduzieren, zum Beispiel durch den Betrieb solcher Barges mit Flüssiggas.

Die erwähnten Vorteile sind unserer Meinung nach mindestens einer Prüfung der Rahmenbedingungen für den Einsatz von Port Feeder Barges sei-

tens der Behörde wert. Vor dem Hintergrund dieser Vorteile scheint es uns unverständlich, warum Senat und HHLA bei diesem Konzept seit Langem eher auf stur schalten und die Port Feeder Barges als angeblich unwirtschaftlich beurteilen. Möglicherweise mag das damit zusammenhängen, dass die HHLA eben nicht nur der größte Lagerhalter und Umschlagbetrieb im Hafen ist, sondern zurzeit auch den Löwenanteil der Hafenumfahrten mit dem Lkw abwickelt. So mag sich die Einschätzung, Feeder Barges seien unwirtschaftlich, möglicherweise eher auf die Einnahmesituation und den Ertrag der HHLA beziehen als auf das gute Konzept selbst. Das kann aber aus unserer Sicht kein Grund dafür sein, ein sinnvolles und ökologisch vernünftiges Konzept nicht weiterzuverfolgen. Wir freuen uns daher über die Überweisung an den Ausschuss und auf eine spannende Diskussion dort. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Balcke.

(Hans-Detlef Roock CDU: Kein Federball, sondern Feeder Barges!)

Jan Balcke SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir brauchen vor dem Hintergrund des prognostizierten steigenden Containerumschlags neue Transportkonzepte im Hafen. Die Problemfelder heute sind die Containerumfuhr, wie schon gesagt wurde, die Feederschiffabfertigung sowie die Binnenschiffabfertigung. Diese Themen werden uns nicht nur in den nächsten Monaten, sondern auch in den nächsten Jahren begleiten. Vor diesem Hintergrund sind neue Ideen willkommen, die werden geprüft. Allerdings ist eines völlig klar: Bis heute, das hat Herr Kluth auch angedeutet, wurde der Nerv der Hafenwirtschaft mit diesem Konzept noch nicht getroffen, aber dennoch wollen uns gern mit dieser Initiative, dieser Idee auseinandersetzen. Klar ist unserer Meinung nach aber auch, dass dieses Projekt ohne die Hafenwirtschaft nicht realisierbar sein wird, aber wir wollen es auf Haut und Nieren prüfen. Es bedarf allerdings in der Tat einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung. Die muss erst erbracht werden. Der Markt muss dieses Angebot annehmen; das kann nicht allein von der Politik gesteuert werden. Wir werden uns im Ausschuss damit auseinandersetzen und stimmen der Überweisung zu. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Stemmann.

Hjalmar Stemmann CDU:* Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir halten das

(Hjalmar Stemmann)

Projekt Port Feeder Barges für sehr lobenswert, es bedarf der Unterstützung. Wir sehen nicht, dass es von der Hafenvirtschaft in toto nicht mitgetragen wird, Herr Balcke. Bekanntermaßen hatte die Entwicklerfirma bereits Abfertigungsverträge mit allen großen Terminalbetreibern geschlossen; darauf werde ich zum Schluss meiner kurzen Rede noch kommen.

Ich möchte einmal die Vorteile einer solchen Port Feeder Barge aufzählen. Herr Kluth erwähnte eben schon die Reduzierung von hafenen internen Lkw-Fahrten, den sogenannten Straßenumfahrungen; 2010 waren das immerhin 4500 am Tag, also rund eine Million im Jahr. Davon können doch einige eingespart werden. Die Köhlbrandbrücke könnte entlastet und damit ihre Lebenszeit verlängert werden – ein Projekt, mit dem wir uns sicherlich auch demnächst beschäftigen werden, denn 30 Prozent des Verkehrs über die Köhlbrandbrücke ist Lkw-Verkehr. Das Binnenschiff, in der Flutdebatte vorhin schon einmal erwähnt, könnte leichter und kostengünstiger einen Anschluss an den Containerverkehr finden, und es gäbe mit dieser Technologie die Möglichkeit, separate Binnenschiffterminal zu schaffen. Die Feederschiffe, die ein zentrales Werkzeug im Hamburger Hafen sind, um die Container aus Übersee in die Ostseeregion oder nach England zu bringen, würden ebenfalls weniger Umläufe haben. Bisher hat ein durchschnittliches Feederschiff vier Umläufe im Hamburger Hafen und nimmt zum Teil weniger als hundert Container auf. Das gilt ungefähr als die Wirtschaftlichkeitsgrenze. Wenn das zentral über solche Port Feeder Barges laufen würde, dann wäre das wesentlich günstiger.

(Beifall bei der CDU – *Arno Münster SPD*: So einfach ist das nicht, Herr Stemmann!)

Eine Port Feeder Barge ist umweltfreundlich, denn sie könnte mit Gas, mit LNG, betrieben werden, und, nicht zu vergessen, sie wäre auch im Notfall geeignet, eine Katastrophe im Hamburger Hafen zu verhindern. Wir hatten vor wenigen Tagen die Debatte über den Brand auf dem Frachter, der Atommüll geladen hatte. Vorher hatte auch niemand daran gedacht, dass so etwas passieren kann. Ich möchte an ein Unglück erinnern, das 2005 in der Schelde passiert ist. Dort ist ein sogenanntes Panamax-Schiff auseinandergebrochen, ein Schiff von 5000 TEU-Einheiten, weil es nach einer Havarie nicht schnell genug entladen werden konnte. Die Kapazitäten, die wir dafür im Hafen haben, die beiden alten HHLA-Kräne III und IV, sind von 1941 und 1957. Sie sind dazu nicht wirklich geeignet.

Warum stockt das Projekt aus unserer Sicht? Wir haben den Eindruck, dass in der HHLA ein Gedankenwechsel durchgeführt wurde unter Federführung eines Vorstandsmitglieds, gegen das morgen ein Antrag auf Nichtentlastung auf der Hauptversammlung vorliegt. Vielleicht sollten wir das im

Wirtschaftsausschuss beraten. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Dr. Tjarks.

Dr. Anjes Tjarks GRÜNE:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich will nicht wiederholen, was meine Vorredner gesagt haben.

(*Jens Kerstan GRÜNE*: Sehr gut, weiter so!)

Die FDP fordert in ihrem Antrag nichts Übertriebenes. Sie will lediglich die Möglichkeiten und Rahmenbedingungen für den Einsatz der Port Feeder Barges im Hamburger Hafen prüfen. Das ist unseres Erachtens eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Wer ständig von Innovation spricht und einer Behörde für Innovation vorsteht, der sollte innovative Ideen prüfen und nicht von vornherein ausschließen.

(Beifall bei *Anja Hajduk GRÜNE*)

Deswegen unterstützen wir die Überweisung, und wir unterstützen diesen Antrag auch materiell. Wenn wir im Ausschuss über den Tagesordnungspunkt diskutieren, dann legen wir – Herr Kluth hat das eben schon ein bisschen angedeutet – auch Wert darauf, dass diese Prüfung dann auch ernsthaft stattfindet beziehungsweise ernsthafte Gründe dargelegt werden und man nicht den Eindruck gewinnt, dass die HHLA diesen Gedankenwechsel aus – ich will das so formulieren – nichtmateriellen Gründen vollzogen hat. Ich hoffe, dass Sie das nachvollziehbar darlegen können beziehungsweise dass die Prüfung anständig nachvollziehbar abläuft. Ansonsten müssen wir noch einmal nachfragen. Ich freue mich auf die weitere Debatte. – Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei *Karin Prien CDU*)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Heyenn.

Dora Heyenn DIE LINKE:* Ich will auch nichts wiederholen. Die FDP will prüfen lassen, ob selbstfahrende Leichter mit bordeigener Umschlaganlage im Hafen eingesetzt werden können. Das ist prinzipiell gut, wenn auch nicht neu, und wir werden das unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN und vereinzelt bei der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Barbara Duden: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann gehe ich davon aus, dass jetzt jeder weiß, was Port Feeder

(Vizepräsidentin Barbara Duden)

Barges sind, und wir können zur Abstimmung können.

Wer einer Überweisung der Drucksache 20/8209 an den Ausschuss für Wirtschaft, Innovation und Medien zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das Überweisungsbegehren ist einstimmig angenommen.

Wir sind am Ende des ersten Sitzungstages und sehen uns morgen wieder.

Ende: 21.03 Uhr

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Anja Domres und Frank Schira